

# **Diplomarbeit**

Neoliberalismuskritik mit Pierre Bourdieu  
Von der Mont Pelerin Society zur Initiative Neue Soziale  
Marktwirtschaft

eingereicht von Raffael Scholz

am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften  
der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Mai 2014

## Inhalt

1.	Einleitung.....	2
2.	Pierre Bourdieu und der Neoliberalismus .....	7
2.1	Merkmale des Neoliberalismus .....	8
2.2	Der neoliberale Diskurs.....	11
2.3	Komplizenschaft .....	13
2.4	Folgen des Neoliberalismus .....	19
2.5	Gegenwehr .....	25
3.	Symbolische Gewalt.....	28
3.1	Genese und Aktualität des Konzepts.....	28
3.2	Abkehr vom Ideologie-Begriff.....	31
3.3	Die symbolische Wende.....	35
4.	Das Projekt Neoliberalismus .....	39
4.1	Versuch einer Begriffsdefinition.....	39
4.2	Die Krise des Liberalismus .....	42
4.3	Die Gründung der Mont Pelerin Society.....	44
4.4	Nachkriegszeit und Kalter Krieg.....	47
4.4.1	Die WAAGE – beeinflusst durch die MPS und Vorbild der INSM.....	48
4.5	Aufstieg in den 60er-Jahren .....	51
4.6	Die Krise des Fordismus und die 70er-Jahre.....	53
4.7	Der Neoliberalismus etabliert sich – die 80er-Jahre .....	57
4.8	Hegemonie und öffentliche Zweifel – die 90er-Jahre .....	60
5.	Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.....	63
5.1	Arbeiten über die INSM.....	64
5.2	Entstehung und Auftrag .....	66
5.3	Kuratoren und Botschafter – Second Hand Dealers.....	68
5.3.1	Professor Dr. Thomas Straubhaar im Interview .....	70
5.4	Integrierte Kommunikation .....	75
5.5	PR-Journalismus .....	76
5.6	Drittmittel-Fernsehen .....	79
5.7	Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen.....	82
5.8	Wirtschaft und Schule .....	84
5.9	Schlüsselwörter .....	86
5.9.1	„Sozial ist, ...“ .....	89
6.	Abschlussbetrachtung.....	91

Literaturverzeichnis

Eidesstattliche Erklärung

# 1. Einleitung

„Dieses Europa hat keine andere Utopie als jene, die sich zwangsläufig aus den Unternehmensbilanzen und Buchführungen ergibt, kein positives Projekt, nur das der *shareholders*, denen es nur noch um maximale Renditen geht, denen Bildung und Kultur nur noch als Produktionsfaktor in den Sinn kommen [...] es ist höchste Zeit, die Voraussetzungen für den kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie zu schaffen [...] [Hervorhebung im Original]“

Buchrücken von Gegenfeuer (vgl. Bourdieu 1998a).

„Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform“

Friedrich August von Hayek (Hayek 2001, S. 76).

„Für mich ist Marktwirtschaft Ausdruck von Freiheit, von individueller Freiheit. Und nicht anders kann das System funktionieren, weil wir zulassen, dass Menschen jeden Tag von Neuem entscheiden, was sie tun wollen, nicht? Das ist das, was Marktwirtschaft im Prozess in Gang setzt und weil wir damit im Prinzip sagen, dass die Einzelnen, dass die Individuen einer Gesellschaft die Entscheidungskompetenz haben, die Entscheidungsfreiheit haben, [...] und wir Freiheit und Verantwortung nicht als Zumutung, sondern als Zutrauen verstehen“

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft und Kurator der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (zitiert nach Baetz 2005).

Nach dem Kollaps des internationalen Finanzsystems 2008 und der sich abzeichnenden Weltwirtschaftskrise sahen Intellektuelle wie Jürgen Habermas oder Joseph Stiglitz das Ende des Neoliberalismus gekommen (vgl. Assheuer 2009, Stiglitz 2008). Vier Jahre später, anlässlich des Erscheinens seines Buchs *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus* (Crouch 2011), äußerte der Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch in einem Interview: „Der Neoliberalismus ist nicht nur nicht tot, sondern noch stärker geworden“ (zitiert nach Hesse 2012). Vor dem Hintergrund von TTIP (dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA), der fehlenden Regulierung der Finanzmärkte, ausbleibenden Bankenreformen und der durch die vorherrschende Euroschuldenkrise aufgezwungenen Austeritätspolitik folgt diese Arbeit Crouchs Befund.

Wieso wird nach dem Beinahe-Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems immer noch an den dahinter stehenden Ideen festgehalten? In einem offenen Brief der Kritischen Ökonomen der Universität Frankfurt von Anfang 2014, äußern sich die Wirtschaftswissenschaftler zur inhaltlichen Umstrukturierung des Bachelor-Kurses „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ wie folgt:

„Der bisherige Inhalt der Vorlesung [...] war bestimmt durch eine historische Heranführung an moderne Wirtschaftssysteme und einer Vorstellung verschiedenster volkswirtschaftlicher Theorien, denen andere Betrachtungsweisen gegenüber der gegenwärtig vorherrschenden neoklassischen Lehrmeinung zugrunde liegen. [...] Wir als Kritische Ökonomen befürchten

nun, dass der Kurs zukünftig seinen Schwerpunkt auf die Vermittlung neoklassisch statischer Modelle legen wird [...] Insbesondere die Erfahrungen aus der Finanzkrise zeigen, dass die aktuellen ökonomische Theorien in Teilen wenig hilfreich waren, diese Krise vorherzusehen und auch keine ausreichenden Antworten geben, wie die Folgen der Krise überwunden werden können“ (vgl. Asta Frankfurt 2014).

Das Paradox: Trotz einer der schwersten Weltwirtschaftskrisen leben neoliberale Ideen weiter, bestimmen die Wissenschaft, die Politik und damit die Menschen. Gleichzeitig bekennen sich nur noch ganz wenige Akteure offen zum Neoliberalismus. Der Begriff beschreibt

„ein so uneinheitliches Phänomen bzw. wird derart unterschiedlich verwendet, dass die Kennzeichnung der verschiedensten Entwicklungen als ‚neoliberal‘ zu einer nahezu vollständigen inhaltlichen Entleerung des Begriffs führt. Schnell wird etwa aus dem Neoliberalismus ein umfassender ‚Turbo-‘ oder ‚Raubtier-Kapitalismus‘, womit über die Wünschbarkeit einer dieser Wirtschaftsform entsprechenden Gesellschaftsordnung bereits entschieden ist. So jedenfalls stellt sich die Konnotation des Begriffs inzwischen für diejenigen dar, die sich wohl noch vor einiger Zeit als neoliberal bezeichnet hätten, dies aber mittlerweile weit von sich weisen, da sie der Meinung sind, der Begriff habe sich zu einem Kampfbegriff und einem wachsweißen ‚Catch-All-Term‘ gewandelt“ (Biebricher 2012, S. 9 f.).

Für manche stellt er sich als Einheitsdenken<sup>1</sup> dar. Als solches wurde er unter anderem von Pierre Bourdieu popularisiert (vgl. Bourdieu 1998a). Andere führen aus, dass der Begriff schwer zu fassen sei, die neoliberalen Strömungen aber auf ein gemeinsames Fundament bezogen werden können (vgl. Nicoll 2009). Wie auch immer der Begriff bestimmt wird: Einigkeit herrscht bezüglich der hegemonialen Stellung im wirtschaftspolitischen Diskurs.

Eine mögliche Erklärung für *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus* (Crouch 2011) soll in dieser Arbeit mit Rückgriff auf Pierre Bourdieu formuliert werden. Mit seinen Begriffen lässt sich nachvollziehen, wie soziale Praxis durch die in den Habitus<sup>2</sup> verinnerlichten Dispositionen generiert wird. Bourdieu nimmt an, dass alle Formen von Macht und Herrschaft<sup>3</sup> der symbolischen Legitimation bedürfen, die sich in scheinbar freiwilliger Anerkennung durch die Beherrschten äußert. In symbolischen Kämpfen<sup>4</sup>, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Klassifikationen, Sichtweisen und Begriffe für die sozialen Verhältnisse, versuchen Akteure ihre spezifische Definition

---

<sup>1</sup> Ignacio Ramonet, ehemaliger Chefredakteur der Le Monde Diplomatique und Ehrenpräsident der globalisierungskritischen Attac-Bewegung, prägte den Begriff des *pensée unique* (vgl. Ramonet 1995).

<sup>2</sup> Zum Begriff des Habitus Kraus 2002 und Schwingel 2011.

<sup>3</sup> Für die vorliegende Arbeit reicht der Macht- und Herrschaftsbegriff von Max Weber aus: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht. *Herrschaft* soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden [Hervorhebung im Original]“ (Weber 1972, S. 28).

<sup>4</sup> Zum Paradigma des sozialen Kampfes bei Bourdieu Schwingel 1993.

sozialer Ordnung zu generalisieren und auf diesem Weg in den Habitus der Subjekte zu verankern.<sup>5</sup> Etablieren sich diese Klassifikationen, die Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, die die Akteure auf die Welt anwenden, in der Doxa, in den von allen Akteuren geteilten Dispositionen des Habitus, wird das Fundament von Herrschaft verinnerlicht und Teil der Körper. Auf diesem Weg entfaltet sich symbolische Gewalt.<sup>6</sup> Die Anerkennung dieser Symbole wird produziert, indem in den symbolischen Kämpfen die Beherrschten ihrer kritischen Erkenntnismittel beraubt werden, da der Beherrschte, „um jenen [den Herrschenden] und sich selber zu denken, nur über die Erkenntnismittel verfügt, die er mit ihm teilt und die nichts anderes als die inkorporierte Form der Herrschaftsverhältnisse sind“ (Bourdieu 1997a, S. 164). Bourdieu will den willkürlichen und symbolischen Charakter von Herrschaftsverhältnissen aufzeigen, um diese zu demaskieren.

In der vorliegenden Arbeit soll Pierre Bourdieus Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und dem für ihn in diesem Zusammenhang essenziellen Begriff der symbolischen Gewalt vorgestellt werden. Ausgehend davon soll die Entwicklung des Neoliberalismus anhand der Entstehung der Mont Pelerin Society (MPS) als Vereinigung neoliberaler Intellektueller beschrieben werden, um anschließend die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) als advokatorischen Thinktank<sup>7</sup> zu analysieren. Bezogen auf den Neoliberalismus und dessen Fürsprecher in der und um die MPS soll gezeigt werden, wie seit Mitte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts versucht wurde – und dieses Projekt wird heute durch die INSM fortgesetzt –, unter Einsatz ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals symbolisches Kapital zu

---

<sup>5</sup> Dass dieser Vorgang nicht als reine Indoktrination zu verstehen ist, soll im Verlaufe der Arbeit gezeigt werden.

<sup>6</sup> Es lässt sich keine Stelle finden, an der Pierre Bourdieu ein abgeschlossenes Theoriekonzept zum Begriff der symbolischen Gewalt hinterlassen hätte. Er entwickelte das Thema im Laufe seines Schaffens als Soziologe und griff vor allem in späteren Büchern darauf zurück, insbesondere in *Meditationen* (vgl. Bourdieu 2001). Eine das Thema überblickende und lesenswerte Interpretation zum Begriff der symbolischen Gewalt hat Lothar Peter geschrieben (vgl. Peter 2004).

<sup>7</sup> „Die Autoren, die über *think tanks* in der angelsächsischen Sphäre geschrieben haben, treffen im allgemeinen die Unterscheidung zwischen unabhängigen Forschungszentren einerseits, von denen manche noch aus der Frühzeit des Jahrhunderts stammen, deren Arbeit nicht politisch ausgerichtet ist und welche die Bezeichnung *think tank* zu Recht tragen, weil ihre Aufgabe vorrangig in der Reflexion über diesen oder jenen Aspekt öffentlicher Politik besteht, und den ständig zunehmenden Forschungszentren andererseits, die sich der Verteidigung und der Veranschaulichung einer Doktrin widmen und nicht so sehr um den Fortschritt *des* Denkens, sondern viel mehr um die Verbreitung *ihres* Denkens bemüht sind. Zur Bezeichnung dieser Form verwenden die Forscher lieber den Begriff *advocacy tanks* [Hervorhebung im Original]“ (Dixon 2000, S. 8). Diese Definition des advokatorischen Thinktanks liegt der vorliegenden Arbeit zugrunde, da „das oberste Ziel der neoliberalen *think tanks*, um die es hier geht, vor allem darin besteht, politische Bekehrungsarbeit zu leisten [Hervorhebung im Original]“ (ebd.).

akkumulieren, das die Grundlage von symbolischer Herrschaft und Gewalt darstellt.<sup>8</sup> Beginnend in Europa und den USA, haben neoliberale Intellektuelle seit der Krise des Liberalismus zu Anfang des 20. Jahrhunderts an einer „symbolischen Wende“ (Bourdieu/Wacquant 1999, S. 5) gearbeitet, um neoliberale Gedanken in Zeiten des keynesianischen Konsens salonfähig zu machen und ihre Vorstellung einer freien Gesellschaft zu verwirklichen. Die Krise der nachfrageorientierten Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik in den 70er-Jahren ebnete den Boden für diese Transformation.

Nachdem der Kapitalismus am Ende des sogenannten Kalten Krieges eine hegemoniale Stellung erreicht hatte, war es den neoliberalen Intellektuellen in sämtlichen Lagern – bemerkenswerterweise auch in der Sozialdemokratie – gelungen, den Zwang zur Deregulierung und Flexibilisierung des Staates zu verankern. Die Prosperitätsversprechungen des Kapitalismus trafen jedoch nicht ein. Ende der 90er-Jahre vor allem in Deutschland unter Druck geraten, setzten sich die Vertreter des Neoliberalismus mit dem neoliberalen Reformismuskonzept der Sozialen Marktwirtschaft zur Wehr (vgl. Walpen 2004, S. 380). Diese Verteidigungsstrategie der Befürworter des Marktes mündete in die Gründung mehrerer sogenannter Reforminitiativen, darunter der INSM, der erfolgreichsten dieser Erfindungen (vgl. Speth 2004).

Anhand der durch die MPS angestoßenen Aktivität soll gezeigt werden, wie die „symbolische Berieselung“ (Bourdieu 1998a, S. 40) mit neoliberalen Ideen über Jahrzehnte bewirkt hat, dass diese Vorstellungen in die Habitus der Subjekte diffundierten. Im Anschluss an Bourdieu wird Neoliberalismus dabei als Projekt begriffen; es geht Bourdieu

„um das mehr oder weniger bewusste Verabreden einer Wirtschaftspolitik und ihrer Propagierung als umfassender Denkweise, die getragen wird von einem Ensemble gesellschaftlich herrschender Eliten und zugleich, als deren ‚ökonomischer Habitus‘, herausgewachsen ist aus dem dominanten ökonomischen Verhältnis. Und es geht um die Ergebenheit, mit der die Beherrschten, die subalternen Klassen und insbesondere die Ausgegrenzten den gesellschaftlichen Umbruch in der Krise des Fordismus hinnehmen“ (Herkommer 2004, S. 20).

Die Neuausrichtung des Liberalismus und das in diesem Zusammenhang beginnende Projekt des Neoliberalismus werden anhand der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der MPS und ihrer Mitglieder nachvollzogen. Denn ohne das Einbeziehen von

---

<sup>8</sup> Zu Bourdieus Kapital-Begriff Bourdieu 1992b.

Thinktanks und deren Unterstützer\_innen in die Analyse des Neoliberalismus gerät die symbolische „Wirkungsmacht zur Magie“ (vgl. Walpen 2004, S. 11).

Dass das neoliberale Projekt keineswegs zum vergangenen Zeitgeschehen gehört, soll im Anschluss daran anhand der INSM veranschaulicht werden, die in der Tradition der dem Neoliberalismus verbundenen Intellektuellen und Organisationen steht und deren „Strategie explizit darauf zielt, die Zustimmung in der Bevölkerung zu neoliberalen Konzepten zu steigern“ (Brand 2006, S. 144). Um es in Anlehnung an Max Weber zu schreiben: Dass der Kapitalismus sich die von ihm benötigten Wirtschaftssubjekte erzieht, hat die INSM definitiv erkannt (vgl. Weber 1988, S. 37).

## 2. Pierre Bourdieu und der Neoliberalismus

„Das, um was es heute geht, ist die Rückeroberung der Demokratie und ihr Sieg über die Technokratie. Es muß Schluß sein mit der Tyrannei der ‚Experten‘ vom Typ Weltbank oder internationaler Währungsfond, die ohne jede Diskussion die Gesetze des neuen Leviathan, nämlich der ‚Finanzmärkte‘, durchsetzen, und die erst gar nicht vorhaben, zu verhandeln, sondern nur ‚erklären‘. Es muß Schluß gemacht werden mit diesem neuen Glauben an die historische Unabwendbarkeit, die die Theoretiker des Liberalismus dozieren [...]“

Pierre Bourdieu vor streikenden Eisenbahnern am Gare de Lyon (Bourdieu 1998a, S. 35 f.).

Pierre Bourdieu sorgte in den 90er-Jahren für öffentliches Aufsehen, war er doch einer der engagiertesten linken Intellektuellen in der Sache wider die Neoliberalisierung der Gesellschaft – das „Ärgernis Bourdieu“ (vgl. Peter 1999). Sein Einsatz für die Menschen aus den sogenannten Banlieues, den Randbezirken der Städte, in *Das Elend der Welt* (vgl. Bourdieu/Accardo 1997) oder seine scharfe Analyse eines in Le Monde erschienenen Interviews mit Hans Tietmeyer<sup>9</sup> (vgl. Bourdieu 1996) haben ihn auch in Deutschland in den Neoliberalismus-Diskurs gehievt (vgl. Zeit Online 1998). 1996 gründete er die Schriftenreihe *raisons d’agir*<sup>10</sup> mit dem Ziel, Literatur, die sich mit aktuellen politischen und sozialen Problemen beschäftigte, zu bündeln, um sich zusammen gegen die Finanzwelt und den Marktfundamentalismus samt seiner vermeintlich natürlichen ökonomischen Entwicklungen zu wehren (vgl. Bourdieu 1998a).

Im folgenden Abschnitt soll Bourdieus Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus beispielhaft an der Publikation *Gegenfeuer – Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion* (ebd.) dargelegt werden, die 1998 in deutscher Sprache erschien. Wie der Titel erahnen lässt, bricht Bourdieu in diesem Texten, wie im ein Jahr zuvor in deutscher Sprache erschienenen *Das Elend der Welt* (vgl. Bourdieu/Accardo 1997), bewusst mit dem Ideal wissenschaftlicher Neutralität, das ihm „heute als Weltflucht im Namen der *Wertfreiheit* erscheint, als Versuchung, politischen Fragen ganz gezielt aus dem Weg zu gehen – und damit auf einfachste Art die Anerkennung einer Wissenschaft zu erlangen, die sich vor allem um äußerliche Merkmale ihrer Geltung bemüht [Hervorhebung im Original]“ (Bourdieu 1998a, S. 7). In dem Sammelband sind vor allem Interviews, Reden und Aufsätze enthalten, mit

---

<sup>9</sup> Tietmeyer ist ehemaliger Präsident der Deutschen Bundesbank, war jahrelang Vorsitzender des INSM-Kuratoriums und ist heute noch Botschafter der Initiative.

<sup>10</sup> Dort finden sich unter anderem Schriften von Michael Hardt, Antonio Negri, Luc Boltanski, Loic Wacquant und Pierre Bourdieu selbst (vgl. *raisons d’agir* 2014). Übersetzt: „Gründe zu handeln“.



denen auch ein Publikum erreicht werden soll, das sich nicht innerhalb des akademischen Diskurses wiederfindet.

## 2.1 Merkmale des Neoliberalismus

Bourdieu konstatiert eine „Auflösung des Gesellschaftsvertrages“<sup>11</sup> (ebd., S. 8), für die er den Neoliberalismus als „konservative Revolution“<sup>12</sup> (ebd., S. 44) verantwortlich macht. Ebenso wie die konservativen Revolutionen in den 1930er-Jahrumgebe sich der Neoliberalismus mit dem „Schein des Revolutionären“ (ebd.) und mache gleichzeitig die „historischen Errungenschaften der sozialen Bewegungen des vergangenen Jahrhunderts nach und nach zunichte“ (ebd., S. 8.). Im Vergleich zu damals habe sich das Gesicht der Revolution jedoch verändert:

„[Es] geht nun nicht mehr, wie früher, um die Beschwörung einer verklärten Vergangenheit, die Feier von Blut und Boden, um die archaischen Themen alter Agrarmythologien. Diese konservative Revolution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft (in diesem Fall die Ökonomie) für sich in Anspruch, um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken und Handeln archaisch erscheinen läßt“ (ebd., S. 44).

Indem sie sich auf ökonomische Theorien berufe, gebe sich die neoliberale Revolution wissenschaftlich. So akkumuliere sie symbolisches Kapital, wodurch sie öffentlich wirksamer und schwerer durchschaubar werde (vgl. ebd., S. 61). Seine symbolische Wirksamkeit beziehe der Neoliberalismus aus der ökonomisch-politischen Macht der Finanzmärkte, die den Staat von außen angreifen, während von innen die Bankiers und Finanzpolitiker als Agenten der Märkte agierten. Diese hätten ein Interesse daran, den Wohlfahrtsstaat lieber heute als morgen zu dekonstruieren (vgl. ebd., S.49).

Die Etablierung von prekären Arbeitsverhältnissen und das Erzeugen von Wettbewerb auf globaler und individueller Ebene gehören für Bourdieu zu den Strategien der neoliberalen Intellektuellen (vgl. ebd., S.8). Durch die Verlagerung der europäischen Industrieproduktion in Länder, die kaum Abgaben von der Industrie einfordern könnten, und durch die Kapitalflexibilität, die Investitionen über fast alle Staatsgrenzen hinweg ermögliche, werde Konkurrenz im globalen Maßstab institutionalisiert (vgl. ebd., S.47).

Auf dem flexibilisierten Finanzmarkt seien es einige wenige Staaten, die sich gegen die Unternehmen behaupten könnten. Weniger starke Regierungen könnten nur

---

<sup>11</sup> Bourdieu bezieht sich an dieser Stelle auf Rousseaus Schlüsselwerk der Aufklärungsphilosophie *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts*. Darin formuliert Rousseau, dass nur das Allgemeinwohl Ziel politischer Bestrebungen sein solle (vgl. Rousseau 2000).

<sup>12</sup> Zum Neoliberalismus als konservative Revolution vgl. auch Bourdieu 2005c.

verschwindend geringen Einfluss auf die Investoren nehmen, wodurch Großanleger Gelegenheit erhielten, die Politik ganzer Staaten mitzubestimmen, die nicht mehr unabhängig von ausländischen Kapitalströmen agieren könnten (vgl. ebd., S. 48). Diese Strukturzwänge seien aber nur scheinbar die Ursache der Globalisierung – vor allem sei sie die Folge des Kapital-Wettbewerbs, der

„die Arbeitnehmer nicht mehr nur der Konkurrenz mit ihren Landsleuten oder gar, wie Demagogen glauben machen wollen, mit den auf dem eigenen Staatsgebiet niedergelassenen Ausländern aussetzt, die ja ganz offenkundig die ersten Opfer der Prekarisierung sind, sondern in Wirklichkeit mit den zur Annahme von Elendslöhnen gezwungenen Arbeitern vom anderen Ende der Welt“ (ebd. S. 100).

Bourdieu geht davon aus, dass die Prekarisierung der Arbeitnehmer ein Produkt ordnungspolitischen Willens ist (vgl. ebd., S. 99). „Es [das flexible Unternehmen] sucht die Kosten zu senken, aber auch diese Kostensenkung möglich zu machen, indem es den Arbeitnehmer der permanenten Drohung des Arbeitsplatzverlustes aussetzt“ (ebd.). Die gesamte materielle und kulturelle, öffentliche und private Produktion wird so in einen Prekarisierungsstrom hineingezogen (vgl. ebd.). Die Herrschaft durch Prekarität sieht Bourdieu als Teil einer neuen Herrschaftsform, die sich auf latente Unsicherheit stützt.<sup>13</sup> Er schlägt den Begriff der „Flexploitation“ (ebd., S. 100) vor – Ausbeutung durch Flexibilisierung. Diese Ausbeutungsform, hervorgerufen durch vermeintlich natürliche Entwicklungen, rechtfertigt sich quasi selbst und rufe „Gehorsam und Unterwerfung hervor“ (ebd., S. 101). Diese Form von Herrschaft diffundiere in sämtliche Beschäftigungsbereiche. Fatal daran sei, dass die unter ständiger Unsicherheit leidenden Beschäftigten jeglicher Planungschancen beraubt würden. Die Unsicherheit verwehre „jede rationale Vorwegnahme der Zukunft und vor allen Dingen jenes Mindestmaß an Hoffnung und Glauben an die Zukunft, das für eine vor allem kollektive Auflehnung gegen eine noch so unerträgliche Gegenwart notwendig ist“ (ebd., S. 97).

Ein weiteres Merkmal des Neoliberalismus stellt für Bourdieu die Reaktivierung des „Sozialdarwinismus“ (ebd., S. 51) dar. Die neoliberale Theorie basiere zu großen Teilen

---

<sup>13</sup> Alex Demirovic analysiert das ähnlich: Die gegenwärtige Regulationsform des Kapitalismus zeichnet sich ihm zufolge durch „Herrschaft durch Kontingenz“ aus (vgl. Demirovic 2001). Ungewissheit regiere die Welt, Krisen und Freiheit würden zu einem einheitlichen Konzept von Instabilität verschmelzen. „Es ist ein Paradox: Herrschen durch Freiheit. Dies wird mittels des Begriffs der Kontingenz ermöglicht, der auf einer neuartigen Subjektivierungstechnologie aufruht, die die Identität des einzelnen Subjekts mit dem Wissen um Ungewissheit und Indeterminiertheit konstituiert. Alle sind zur Freiheit genötigt, zu überlegen, ob sie nicht in jedem Moment anders entscheiden sollten, weil sie antizipieren müssen, dass sie falsch handeln und eine Gelegenheit verpassen könnten. Gerade diese Antizipation, die zu einer prinzipiellen Überforderung der Einzelnen führt, zwingt jedoch zurück in eine Situation, die alles belässt, wie es ist“ (Demirovic 2001, S. 233 f.).

auf dem Konzept des Homo Oeconomicus<sup>14</sup> – des rationalen, Kosten und Nutzen abwägenden Subjekts. Das naturwissenschaftliche Prinzip des Darwinismus werde auf das Soziale übertragen und verschaffe der politisch intendierten Hierarchie die Maske eines biologischen Gesetzes, dem sich die Akteure unterzuordnen hätten, frei nach dem Motto: Nur die Stärksten überleben.

„Max Weber hat gesagt, daß es die Herrschenden immer nach einer ‚Theodizee ihrer Privilegien‘ verlange, oder besser, nach einer Soziodizee, einer gedanklichen Rechtfertigung ihrer gesellschaftlichen Sonderrechte. Kompetenz bildet heute das Herzstück dieser Soziodizee, die nicht nur, und ganz naheliegend, von den Herrschenden anerkannt wird, sondern auch von allen anderen“ (ebd., S. 51 f.).<sup>15</sup>

Soziale Ungerechtigkeit wird naturalisiert, verschleiert und damit institutionalisiert.<sup>16</sup> Im Pauperismus habe es noch die Gruppe der „verdienstvollen Armen“ (ebd., S. 52) gegeben. Unter den Prämissen des Neoliberalismus dagegen seien Arme per se „unmoralisch, verdorben, Säufer, sie sind dumm und unfähig“ (ebd.). Vom Sozialdarwinismus sei es nicht weit zu einem ungeheuer ausgeprägten Individualismus, der ein weiteres Kennzeichen des Neoliberalismus darstelle:

„[D]abei handelt es sich um eine Art sich selbst verwirklichender Prophezeiung, die darauf abzielt, die philosophischen Fundamente des *welfare state* und, vor allem, den Begriff von kollektiver Verantwortung (im Fall eines Arbeitsunfalles, bei Krankheit oder Not) zu zerstören, der eine grundlegende Errungenschaft gesellschaftlichen (und soziologischen) Denkens ist. Es ist auch die Rückkehr zum Individuum, die es ermöglicht, ‚das Opfer zu tadeln‘, das für sein Unglück allein verantwortlich ist, um ihm die *selfhelp* zu predigen, und dies alles unter dem Deckmantel der endlos beschworenen Notwendigkeit, die Unternehmenskosten zu senken [Hervorhebungen im Original]“ (ebd., S. 18).

Der Wettbewerb zwischen den Akteuren werde so verstärkt, da jeder für sich selbst verantwortlich sei, frei und allein. Die Individualisierung der Arbeitsverhältnisse bringe „individuelle Zielvorgaben, individuelle Bewertungsverfahren, individuelle Lohnerhöhungen oder Leistungszuschläge, individuelle Beförderungen“ (ebd., S. 112) mit sich. Bourdieu nennt das

---

<sup>14</sup> Der Homo Oeconomicus stellt eine basale Komponente in den neoliberalen Strömungen dar. Unter anderem kommt die Annahme des kalkulierenden, immer rational handelnden Individuums in der Neuen Politischen Ökonomie und der Public-Choice-Theorie zum Tragen. Bekanntere Autoren in diesem Zusammenhang sind die folgenden MPS-Intellektuellen: James M. Buchanan (gewann 1986 den Preis der schwedischen Reichsbank, der in Erinnerung an Alfred Nobel vergeben wird; aus dem neoliberalen Lager oftmals und auf symbolische Anerkennungseffekte zielend auch als Wirtschaftsnobelpreis bezeichnet), Gary S. Becker (der den Preis 1992 gewann) und George Stigler (der den Preis 1982 gewann). Bourdieu kritisiert das Konstrukt des Homo Oeconomicus vehement (vgl. Bourdieu 2009).

<sup>15</sup> Zum „Rassismus der Intelligenz“ vgl. Bourdieu 1993, S. 252–256.

<sup>16</sup> „Es gibt die *winner*s und die *losers*, es gibt den Adel, das, was ich den Staatsadel nenne, Leute, die alle Kennzeichen eines Adels im mittelalterlichen Sinne tragen, die ihr Ansehen und Gewicht aber ihrer Ausbildung verdanken, also geistigen Fähigkeiten, die wie eine Himmelsgabe betrachtet werden, von denen wir aber wissen, daß sie tatsächlich von der Gesellschaft verteilt werden, daß diese Ungleichheiten gesellschaftliche Ungleichheiten sind [Hervorhebung im Original]“ (Bourdieu 1998a, S. 51).

„Strategien der ‚Delegation von Verantwortung‘, die die Selbstaussbeutung der Angestellten gewährleisten sollen, Beschäftigte, die zwar wie einfache Lohnempfänger in einem streng hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis stehen, gleichzeitig aber für ihre Verkaufszahlen, ihre Außenstelle, ihr Geschäft verantwortlich gemacht werden wie ‚Selbstständige‘“ (ebd.).

Durch diese Herrschaftstechnik solle Solidarität und kollektiver Zusammenhalt zerstört werden. Der Verbreitung der genannten Merkmale, die er als „*Programm der planmäßigen Zerstörung der Kollektive* [Hervorhebung im Original]“ kennzeichnet (ebd., S. 110), diene der öffentliche Diskurs.

## 2.2 Der neoliberale Diskurs

Der neoliberale Diskurs wird von Pierre Bourdieu als herrschaftlicher Diskurs bezeichnet. Unter Bezug auf Erving Goffman vergleicht er ihn mit dem psychiatrischen Diskurs in der Anstalt.<sup>17</sup> Der Diskurs sei

„nur deshalb so mächtig und so schwer zu bekämpfen [...], weil er alle Kräfte in einer Welt der Kräftebeziehungen für sich hat, zu deren Schaffung als solcher er beiträgt, weil er die Entscheidungen derjenigen ausrichtet, die die wirtschaftlichen Beziehungen beherrschen und ihnen derart seine eigentümliche, ganz symbolische Macht hinzufügt“ (ebd.).

Jeden Tag sei zu hören, dass hier und dort eingespart werden müsse und dass die Lohnkürzungen alle nur Produkt logischer Entwicklung seien. Der Diskurs gebe sich alternativlos. Bourdieu sieht eine „umfassende Arbeit symbolischer Einprägungen“ (ebd., S. 39) am Werk, die dem Diskurs den Anschein des Natürlichen gebe und ihn als evolutionäre Entwicklung im biologischen Sinne darstelle. Er konstatiert der konservativen Revolution eine „höchst nachhaltige Gemeinschaftsarbeit“ (ebd.) und sieht den Neoliberalismus als Projekt und Unternehmung<sup>18</sup>, die, „anfangs gegen den Strom, unermüdlich jene Vorstellungen produziert hat, die nach und nach wie selbstverständlich geworden sind“ (ebd.). Ökonomische Tendenzen würden im Diskurs schicksalhaft verklärt und deshalb symbolisch wirksam (vgl. ebd., S. 39 f.). Fundamentale Annahmen des Neoliberalismus könnten so wie selbstverständlich durchgesetzt werden: „[M]an lässt ein größtmögliches Wachstum von Produktivität und

---

<sup>17</sup>Goffmans zentraler These zufolge ist es vor allem die Institution, die den Patienten zu dem werden lässt, was er werden soll. Es sei weniger die Krankheit, die den Akteur präge. Vgl. Goffman 2002.

<sup>18</sup> Keith Dixon, der in der Reihe *raisons d'agir* veröffentlicht hat, sieht das ebenso: „Wir verwenden hier den Begriff ‚neoliberale Revolution‘, weil es sich mehr um ein Projekt der ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation zur Errichtung einer neuen Ordnung handelt, in welcher der Markt zum Hauptschiedsrichter über alle Transaktionen wird, als um eine Rückkehr zu einem beliebigen status quo ante“ (Dixon 2000, S. 26).

Wettbewerb als letztes und einziges Ziel menschlichen Handelns gelten; oder glaubt, daß man sich den Kräften der Ökonomie nicht entziehen könne“ (ebd., S. 40).

Diese schicksalhafte Verklärung, durch die der neoliberale Diskurs geprägt sei, trage quasi religiöse Züge. Hans Tietmeyer, der „Hohepriester der D-Mark“ (ebd., S. 53), gebe fatalistische Worte von sich, wenn er Begriffe wie Befreiung, Freiheit und Deregulierung verwende. Er bediene sich „einer Reihe von Euphemismen [...], eines doppelbödigen Wortspiels“ (ebd., S. 58). Ein Beispiel dafür sei das „Wort ‚Reform‘, das darauf abzielt, eine Restauration als eine Revolution zu präsentieren, entsprechend einer Logik, die die Logik jedweder konservativen Revolution ist“ (ebd., S. 58).

Einen Grund für die symbolische Macht des neoliberalen Diskurses sieht Bourdieu darin, dass er sich als eine Art „große Kette des Seins“ (ebd., S. 62) präsentiere. Wie in der religiösen Metaphorik stehe am Ende ein Gott, von dem eine Reihe von Gliedern bis zu den „niedersten Realitäten“ (ebd.) herunterreiche.

„In der Verschwommenheit des Neoliberalismus steht ganz oben, an Gottes Stelle, ein Mathematiker, ganz unten steht ein Ideologe von *Esprit*<sup>19</sup>, der zwar keine große Ahnung von Ökonomie hat, dank einer Tünche aus technischem Vokabular jedoch den Anschein erwecken kann, er verstünde ein wenig davon [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 62 f.),

Diese Kette übe symbolische Autoritätseffekte auf die sozialen Akteure aus, die durch neoliberale Essayisten, Mathematiker, Bankiers und Journalisten in den Diskurs getragen würden (vgl. ebd., S. 63). So verbreite der Neoliberalismus einen Glauben an das „*Vertrauen der Märkte* [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 58),

„den *free trade faith*, nicht nur bei jenen, die davon tatsächlich leben, bei den Finanzleuten und Großunternehmern, sondern auch bei den höheren Beamten und Politikern, die im Namen der Wirtschaftlichkeit die Macht der Märkte heiligen, die eine Beseitigung administrativer oder politischer Hürden fordern, eine Aufhebung der Hindernisse für rein persönliche Bestrebungen individueller Profitmaximierung [...] [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 115).

Das Gesicht „historischer Unabwendbarkeit“ (ebd., S. 36), mit der dieses Programm daherkomme, ebne dem Neoliberalismus den Weg und solle den „religiösen Glauben“ (ebd., S. 44) an längst überholt geglaubte Vorstellungen von Unternehmertum revitalisieren.

Bourdieu zufolge präsentiert sich der Diskurs in geschöner Sprache, die die Akteure überschwemme, weil sie in den Medien überall präsent sei (vgl. ebd., S. 40). „In

---

<sup>19</sup> „*Esprit* ist eine intellektuelle Zeitschrift, die der ‚christlichen Subjektphilosophie‘ nahesteht und das Zentrum der Intellektuellenbewegung zur Unterstützung der Juppé-Reform bildet [Hervorhebung im Original]“ (Bourdieu 1998a, S. 63). Alain Juppé war von 1995 bis 1997 Premierminister Frankreichs und brachte tiefgreifende Reformen der sozialen Sicherungssysteme auf den Weg (vgl. Bensaïd 1996).

Frankreich zum Beispiel sagt man nicht mehr Unternehmer, sondern ‚lebendige Kräfte der Nation‘; man spricht nicht mehr von Stellenabbau, sondern von ‚Verschlankung‘ [...]“ (ebd., S. 41). Wörter wie Deregulierung, Anpassungsfähigkeit und Flexibilität trügen in hohem Maße dazu bei, den Neoliberalismus als Befreiungsbotschaft zu verbreiten. Das solle Investoren anlocken und gleichzeitig den Beschäftigten Misstrauen nehmen, „denn schließlich muß man sie trotz allem einrechnen, wenn man diese neue Wachstumsphase, die man ihnen vorgaukelt, haben und sie dazu bringen will, die unverzichtbare Anstrengung zu vollbringen“ (ebd., S. 55).

Bourdieu zeigt also, wie der durch Euphemismen geprägte Diskurs zur symbolischen Herrschaft des Neoliberalismus beiträgt. Im folgenden Teil wird dargestellt, welche Akteure es sind, die Bourdieu zufolge an der Realisierung des Neoliberalismus mitwirken, und wie dies geschieht.

### 2.3 Komplizenschaft

Die „konservative Revolution“ (ebd., S. 44) beziehe ihre Stärke nicht nur aus dem ökonomischen Kapital von Unternehmern, Bankiers und Aktionären, sondern ebenso aus der Macht von Akteuren des politischen Feldes. Und das seien nicht nur die konservativen und wirtschaftsliberalen Parteien, sondern auch und vor allem sozialdemokratische Politiker.<sup>20</sup> Sich selbst sozialistisch nennende Regierungen zögen sich aus dem öffentlichen Wohnungsbau, dem Rundfunk, den Schulen und Krankenhäusern zurück (vgl. ebd., S. 13).<sup>21</sup> In der Öffentlichkeit hätten die Sozialisten vor allem mit „Lobreden auf die Privatunternehmen (als ob Unternehmergeist nur in Unternehmen aktiv werden könnte) und der Ermutigung zur Durchsetzung von Privatinteressen“ (ebd., S. 14) auf sich aufmerksam gemacht.

Bourdieu zufolge ist der politische Spielraum nicht ansatzweise so klein und so sehr von der Ökonomie determiniert, wie oft von Politikern vorgegeben werde, um ihre Entscheidungen zu verteidigen. Die Regierenden wüssten lediglich nicht, wie das ihnen zu Verfügung stehende symbolische Kapital richtig einzusetzen sei, um Einfluss

---

<sup>20</sup> Für Deutschland und England gilt dies für Schröder und Blair im Jahr 1999. Mit der Neuen Mitte (Schröder) bzw. dem Dritten Weg (Blair) kam der Neoliberalismus endgültig in den vermeintlich linken Parteien an. Auch Wolfgang Clement, einer der Hauptinitiatoren der Agenda 2010, der zurzeit Vorsitzender des INSM-Kuratoriums ist, kann für diesen Typ Sozialdemokrat stehen.

<sup>21</sup> Von 1981 bis 1995 regierten die Sozialisten unter François Mitterrand Frankreich. *Gegenfeuer* besteht zum größten Teil aus Texten, die unter Mitterrand verfasst wurden.

zurückzugewinnen. „Ein vorbildliches Verhalten muß sich auf alle Bediensteten des Staates übertragen, vor allem, wenn dieser für sich die Tradition in Anspruch nimmt, den Interessen der Schwächsten zu dienen“ (ebd.). In die Medien schafften es jedoch vor allem Geschichten um Vetternwirtschaft, Missbrauch an öffentlichen Dienstleistungen und Korruption (vgl. ebd.). In diesem Zusammenhang kritisiert Bourdieu auch das Fernsehen, das „zum Verfall der staatsbürgerlichen Tugenden beigetragen“ (ebd., S. 15) habe. Es bringe vor allem „geltungssüchtige Charaktere auf die politische und intellektuelle Bühne“, „deren Hauptanliegen darin besteht, gesehen und zur Geltung gebracht zu werden [...]“ (ebd.). Es seien vor allem die Vertreter dessen, was er die „rechte Hand des Staates“ nennt, Absolventen der Kadernschulen in den Finanzministerien, den staatlichen und privaten Banken oder den ministeriellen Kabinetten, „die umso leidenschaftlicher eine Politik verfolgen, die ihre eigene Entlassung predigt, je weniger sie, wie die Unternehmensangestellten, Gefahr laufen können, deren mögliche Folgen zu bezahlen“ (ebd., S. 111). Politiker müssten sich heute mit den Insignien ökonomischer Rationalität schmücken, mangels ökonomischer Qualifikation führe das aber auf einen fatalen Weg.

„Zunächst müßte über die inneren Beschränkungen einer ökonomischen Theorie nachgedacht werden, die das in Rechnung zu stellen vergißt, was man soziale Kosten nennt. [...] Alle kritischen sozialen Kräfte [müssten] auf einer Gesamtrechnung ökonomischer Entscheidungen bestehen [...] und die Einberechnung ihrer sozialen Kosten fordern. Was wird auf lange Sicht dabei auflaufen, gerechnet in Entlassungen, Krankheiten, Selbstmorden, Alkoholismus, Drogenkonsum, familiärer Gewalt?“ (ebd., S. 48).

Die Versäumnisse der Politik helfen dem Neoliberalismus letzten Endes dabei sich zu etablieren, ganz im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung. Werden die Unternehmenssteuern immer weiter gesenkt, der Arbeitnehmerschutz geschwächt und die Finanzmärkte nicht reguliert, so ist irgendwann kein Geld mehr in den öffentlichen Kassen und die finanziellen Aufwendungen für soziale Leistungen werden so hoch, dass sie von den Steuerzahlern nicht mehr getragen werden können. Dann müssen Einrichtungen des Sozialstaats tatsächlich zurückgeschnitten werden. Diese Entwicklung begünstigt

„weltweit einen immer tieferen Schnitt zwischen dem Wirtschaftsleben und den gesellschaftlichen Tatsachen, mit dem, tatsächlich, ein ökonomisches Regime emporwächst, das mit seiner theoretischen Beschreibung übereinstimmt – es wird eine Art logische Maschine, die sich als Kette von Sachzwängen darstellen kann, von der die ökonomischen Akteure mitgerissen werden“ (ebd., S. 111).

Eine sehr ambivalente Rolle nehmen dabei die Ministerien, Institutionen und Einrichtungen ein, die Pierre Bourdieu zur „linken Hand des Staates“ zählt. Grob

kategorisiert fallen Tätigkeiten darunter, die man mit dem Feld der sozialen Arbeit assoziiert: Familienhelfer, Erzieher, kleine Beamte und Lehrer, die „Gesamtheit der Bediensteten der sogenannten kostenverursachenden Ministerien, die innerhalb des Staates aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Vergangenheit hervorgegangen sind“ (ebd., S. 12). Die Sozialarbeiter bewahrten die an den Rand gedrängten und isolierten Akteure davor, in Anomie<sup>22</sup> zu verfallen – und erhielten dadurch die soziale Ordnung aufrecht. So wirkten sie aber auch bei der Etablierung des Neoliberalismus mit, weil sie die Sicht auf die langfristigen Folgen einer solchen Politik verstellten (vgl. ebd., S. 117).<sup>23</sup>

Im wissenschaftlichen Feld sieht Bourdieu einen neuen Typ des Intellektuellen entstehen, der den Rückzug des Staates befeuert und „die Unterordnung unter die Werte der Ökonomie“ (ebd., S. 18) fordere.<sup>24</sup> Die politische Rolle des Intellektuellen werde neu bestimmt, es entsteht „eine Neudefinition der Philosophie und des Philosophen, [...] eine politische Philosophie ohne fachlichen Charakter, [...] eine auf die Politologie der Wahlabende reduzierte Gesellschaftswissenschaft [...]“ (ebd., S. 19). Bourdieu schließt sich Plato an, der solche Akteure als Doxosophen<sup>25</sup> bezeichnet habe.

„[E]in ‚Meinungstechnologe‘, der sich für wissenschaftlich hält [...] stellt politische Probleme in denselben Termini dar, in denen sie von Geschäftsleuten, Politikern und auf Politik spezialisierten Journalisten dargestellt werden (von genau denen also, die Umfragen in Auftrag geben können)“ (ebd.).

Das Problem der Intellektuellen sieht er vor allem darin, dass sie aufgrund ihres großen Besitzes an kulturellem Kapital zu den Herrschenden gehörten, in der oberen Klasse aber wiederum von der ökonomischen Elite beherrscht würden (vgl. ebd., S. 52).<sup>26</sup> Sie

---

<sup>22</sup> Emile Durkheim versteht unter Anomie fehlende gesellschaftliche Integration die zu Angst und sogar Selbstmord führen kann (vgl. Durkheim 2008).

<sup>23</sup> Bourdieu fordert deshalb aber nicht etwa eine Beseitigung der Sozialarbeit.

<sup>24</sup> Peter Sloterdijk könnte exemplarisch für diesen Typ stehen (vgl. Sloterdijk 2009). Axel Honneth hat eine in diesem Zusammenhang lesenswerte Antwort auf Sloterdijk formuliert (vgl. Honneth 2009). Jan Rehmann hat zu dieser Debatte ein Buch verfasst (vgl. Rehmann 2010).

<sup>25</sup> „Für mich sind ‚Doxosophen‘ die Scheingelehrten der Meinungen, oder der Scheinbarkeiten, die Meinungsforscher und Meinungsdeuter, jene Leute, die uns glauben machen wollen, dass das Volk spricht, dass es unaufhörlich über alle wichtigen Dinge redet [...] ‚Meinen heißt Sprechen‘, hat Platon gesagt. Nun ist aber nichts ungleicher verteilt als diese Fähigkeit, und natürlich stört eine solche Feststellung das gute demokratische Gewissen: alle Leute sind gleich, so lautet das Dogma. Doch zu behaupten, alle Leute seien vor der Meinung gleich, ist ein Irrtum, ein politischer Fehler [...]. Die persönliche Meinung ist ein Luxus. Es gibt in der gesellschaftlichen Welt Leute, die ‚gesprochen werden‘, für die man spricht, weil sie selbst nicht sprechen, für die man Fragen stellt, weil sie selbst sie nicht stellen können. Im großen Spiel der demokratischen Mystifikation geht man heute soweit, ihnen die Gelegenheit zu geben, auf Fragen zu antworten, die sie selbst nicht hätten aufwerfen können. Man veranlasst sie damit zu falschen Antworten, die vergessen lassen, dass sie keine Fragen haben“ (Bourdieu 1998b, S. 72 f.).

<sup>26</sup> Zu Bourdieus Klassen-Konzept vgl. Bourdieu 2005a.



müssten sich also an den herrschenden Diskurs anpassen, um an der „Ideologie der Kompetenz“ (ebd., S. 51) mitwirken zu können. Ganz entscheidend für die Produktion symbolischer Gewalt seien die Wirtschaftswissenschaftler, sie leisteten „einen entscheidenden Beitrag zur Produktion und Reproduktion“ der „neoliberalen Utopie“ (ebd., S. 115). Dabei würden sie, wie viele andere Fürsprecher des Neoliberalismus, „die Dinge der Logik mit der Logik der Dinge“ (ebd.) vertauschen.

„Tief überzeugt von Modellen, die nie auch nur in Verlegenheit kamen, sich einer experimentellen Prüfung unterziehen zu müssen, mit ihrer eingefleischten Überheblichkeit angesichts der Erkenntnisse anderer historischer Wissenschaften, denen die Reinheit und kristalline Transparenz der eigenen mathematischen Spiele zu fehlen scheint und deren echten Nutzen und tiefe Komplexität sie meist unfähig sind zu verstehen, *wirken sie an einem ungeheuren ökonomischen und sozialen Wandel mit* [Hervorhebung des Autors], und selbst wenn einige seiner Folgen beunruhigend sein mögen [...], kann er ihnen doch nicht völlig mißfallen, denn abgesehen von einigen Querschlägern, die dann ‚spekulativen Blasen‘ zugeschrieben werden, scheint er (wie bestimmte Formen des Wahnsinns) der ultra-konsequenten Utopie Recht zu geben, der sie ihr Leben geweiht hat“ (ebd., S. 115 f.).

Der Wandel des Sozialen scheint den Ökonomen also in ihrer theoretischen Arbeit Recht zu geben, selbst wenn ihnen die sozialen Folgen, „das Elend und Leiden immer breiterer Schichten in den reichsten Ländern der Erde“ (ebd., S. 116), nicht gefallen müssen.

Für die Medien, insbesondere für das Fernsehen<sup>27</sup>, zeigt Pierre Bourdieu, „wie das journalistische Feld eine höchst spezifische Sichtweise des politischen Feldes produziert und durchsetzt, die sich aus der Struktur des journalistischen Feldes und den daraus hervorgehenden spezifischen Interessen der Journalisten verstehen läßt“ (ebd., S. 78). Der Journalismus im Allgemeinen und das Fernsehen im Speziellen seien vor allem von der Furcht geprägt anzuöden. Es gelte zu unterhalten, und das um jeden Preis. Politik erscheine dadurch „zwangsläufig als ziemlich undankbares Thema“ (ebd.), das schwer zu vermitteln sei, fast zu meiden, vor allem, wenn es um die Hauptsendezeiten gehe (vgl. ebd.). Bourdieu sieht die Tendenz, „den Leitartikler und interviewenden Reporter durch den Unterhaltungsanimateur zu ersetzen“ (ebd., S. 78 f.) und den Journalismus der „reinen Unterhaltung“ (ebd., S. 79) zu opfern. Politik im Fernsehen verkomme deshalb zur „demagogischen Vereinfachung“ (ebd.). Verteidigt werde das Fernsehprogramm im Allgemeinen durch den Hinweis, dass die Zuschauer genau das erwarten würden. Bourdieu sieht eine Angst vor sinkenden Quoten, die die Moderatoren dazu bewege, „lieber einen Streit als eine Debatte, lieber Polemik als Dialektik zu

---

<sup>27</sup> In seiner Monografie über das Fernsehen ist die Kritik detailliert nachzulesen (vgl. Bourdieu 1999).

senden“ (ebd.).<sup>28</sup> Diese Mechanismen trügen dazu bei, „daß es insgesamt zu einem Depolitisierungseffekt oder, genauer gesagt, zu einer Desillusionierung im Hinblick auf die Politik kommt“ (ebd., S. 82). Unterstützt würden die Journalisten in ihrer Vereinfachung und Polemisierung durch Mittelpersonen und politische Ratgeber, „deren Aufgabe es ist, die Politik bei jener Art des bewußt organisierten [...] politischen Marketings zu unterstützen, welches immer notwendiger wird, um politisch erfolgreich zu sein“ (ebd., S. 81). Auf Kosten von politischen Unternehmungen, deren Wirkung nicht sofort sichtbar und damit öffentlich auch nicht direkt wirksam ist, werde lediglich Politik betrieben, die auf „Ankündigungseffekte“ (ebd., S. 15) ziele. „Für viele Minister taugt eine Maßnahme anscheinend nur dann etwas, wenn sie unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden als bereits realisiert angekündigt werden kann“ (ebd.).

Kritisch sieht er auch die Fernsehnachrichten und das Bild, das sie von der Welt zeichnen, das „enthistorisiert und enthistorisierend“, „atomisiert und atomisierend“ sei (ebd., S. 83). Bourdieu zufolge entsteht so „eine Abfolge scheinbar absurder Geschichten, die sich letztendlich alle irgendwie ähneln, ein ununterbrochener Aufmarsch bedauernswerter Völker, eine Folge von Ereignissen, die ohne jede Erklärung auftreten und deshalb auch ohne jede Lösung wieder im Dunkel verschwinden werden [...]“ (ebd.). Diese Art von Berichterstattung sei nicht in der Lage, humanitäres Interesse zu wecken. Zusammenhanglose Geschichten folgten wild aufeinander, ohne jede Einordnung, und unterschieden sich kaum von Naturkatastrophen. „Diese Tragödien sind traditionelle, um nicht zu sagen: rituelle, journalistische Themen, sie sind spektakulär, und vor allem können sie ohne große Kosten behandelt werden, und die Wahrscheinlichkeit, daß ihre Opfer Solidarität oder wirklichen politischen Widerstand auslösen, ist genauso gering wie bei einer Zugentgleisung oder einem sonstigen Unfall“ (ebd., S. 84). Das Fernsehen kreierte so ein Bild von der Welt, das suggeriere, dass neben Gewalt, Verbrechen, Kriegen und Rassismus kaum etwas anderes anzutreffen sei. Die Zuschauer würden auf diese Weise ohnmächtig gemacht, ihnen werde eine „angsteinflößende Umwelt voller Bedrohungen“ (ebd.) präsentiert, gegen die man sich am besten verteidige, indem man sich isoliere. So entfalte sich, durch die Medien produziert, ein fatalistisches Weltbild, das politische Entscheidungen und soziale Auseinandersetzungen nicht in Relation setze und symbolische Gewalt wirksam werden lasse.

---

<sup>28</sup> Zuschauer populärer Politik-Talkshows könnten zur selben Ansicht gelangen (vgl. Diez 2014).

„Auf diese Weise schleicht sich langsam, aber sicher eine pessimistische Geschichtsphilosophie ein, die eher zu Rückzug und Resignation als zu Widerstand und Empörung anhält und die – weit davon entfernt zu mobilisieren und zu politisieren – eher dazu beiträgt, ausländerfeindliche Ängste zu schüren, genauso wie auch der Eindruck, Gewalt und Verbrechen nähmen ständig weiter zu, die Ängste und Phobien des Sicherheitsdenkens fördert“ (ebd.).

Die Akteure im journalistischen Feld unterteilt Bourdieu dabei in zwei Gruppen: diejenigen, „die wirklich Macht haben“ (ebd., S. 86), und die „Reportage-Tagelöhner, freien Mitarbeiter und all diese zur Prekarität verdamnten Unbekannten, die das hervorbringen, was noch im eigentlichen Sinne journalistisch am Journalismus ist“ (ebd.). Bei Erstgenannten finde man ein doppeltes Bewusstsein: auf der einen Seite die praktische Sicht auf die Arbeit, die sie ökonomisch, sozial und symbolisch von ihren Optionen profitieren lasse, und auf der anderen Seite die theoretische Perspektive, die „voller moralischer Maßstäbe“ (ebd.), sich selbst gegenüber aber nachsichtig sei. In der Öffentlichkeit führe das zur Vertuschung der eigenen Praxis, sogar vor sich selbst (vgl. ebd.). Bei den prekär arbeitenden Journalisten hingegen findet er „einen klareren Blick“ (ebd., S. 88), ihnen sei es zu verdanken, dass überhaupt noch eine gewisse Kenntnis der Welt des Journalismus vorzufinden sei. Doch die prekären Verhältnisse, unter denen Letztere arbeiteten und litten, ließen einen „*prekarisierten Habitus* [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 112) entstehen, der sie die eigene Unsicherheit immer wieder reproduzieren lasse, was auf lange Sicht zum „Niedergang der unabhängigen Kulturarbeit“ (ebd.) führen werde. Diese Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus, ob freiwillig oder unfreiwillig, lasse das neoliberale Gesellschaftsmodell also erst entstehen.

Ähnlich stehe es auch um die Akteure, die für die Europäische Union konstitutiv seien. Pierre Bourdieus Sicht auf die EU ist pessimistisch:

„Und es besteht gar kein Zweifel, daß die Schaffung eines geeinten Europa in der jetzigen Form ihren Teil zur Zerstörung der sozialen Errungenschaften beiträgt, wenn es ausschließlich ökonomischen Maßstäben folgt und soziale Anliegen keinen Platz in ihm finden. Im Namen dieses Europa, das keine wirkliche und wirksame Sozialcharta besitzt, fordern die Regierungen der Mitgliedsstaaten von ihren Bürgern oft schmerzhaft Kürzungen bei den Transfereinkommen ein, und meist treffen sie die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen, die Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Weil uns ein übernationales Arbeitsrecht fehlt, entsteht nun jener zerstörerische Wettbewerb zwischen Ländern, deren soziale Sicherungen bislang noch sehr ungleich entwickelt sind, eine negative Anpassungsspirale der sozialen Rechte, ein *socialdumping*, das der Wiederkehr des *Sozialchauvinismus* Tür und Tor öffnet [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 8).

Den EU-Politikern fehle eine Utopie, genauso wie den Politikern der Nationalstaaten. Bourdieu fragt vor diesem Hintergrund, wie man überrascht sein könne, wenn es für dieses Europa wenig Engagement gebe, „eher Gleichgültigkeit, Enttäuschung und

schließlich die Wiederkunft nationalistischen Gedankenguts“ (ebd.). In der Europäischen Union finden die Aktivitäten der neoliberalen Akteure ihre Verlängerung, ob freiwillig oder unfreiwillig, und auch die Komplizen werden vom neoliberalen Programm und seinen Folgen erfasst, die nachfolgend dargestellt werden sollen.

## 2.4 Folgen des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus, der für Bourdieu die Rückbildung des Staates zum Ziel hat, werde zur Gefahr für ein gesellschaftliches Konstrukt, „das auf einer zumindest teilweisen Zähmung der archaischen Kräfte des Marktes beruht und auf einer Art stillschweigendem und vorläufigem Pakt zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen“ (ebd., S. 8). Er sieht einen „massenhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Prekarität der Arbeitsverhältnisse“, Verhärtungen „der Machtbeziehungen im Berufsleben“ und eine Wiederbelebung von gesellschaftlichen und psychischen Zwängen, „die man längst für überwunden hielt“ (ebd.). Die republikanische Rechtsgleichheit in Bezug auf Bildung, Gesundheit, Kultur, Forschung, Kunst und Arbeit, und hier vor allem der öffentliche Dienst, stehe vor der Zerstörung. Tendenziell sollen aus öffentlichen Gütern private werden (ebd., S. 34 f.). Die Verunsicherung, die damit einhergehe, bringe enorme soziale Kosten mit sich:

„Man kann den *Gewalterhaltungssatz* nicht beschummeln: Gewalt geht nie verloren, die strukturelle Gewalt, die von den Finanzmärkten ausgeübt wird, der Zwang zu Entlassungen und die tiefgreifende Verunsicherung der Lebensverhältnisse, schlägt auf lange Sicht als Selbstmord, Straffälligkeit, Drogenmißbrauch, Alkoholismus zurück, in allen den kleinen oder großen Gewalttätigkeiten des Alltags [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 49).

Die französische Wohnungspolitik der 70er-Jahre, geprägt durch den aufkommenden Neoliberalismus, macht Bourdieu für die soziale Segregation und die gewalttätigen Auseinandersetzungen innerhalb der sogenannten Banlieues verantwortlich. Vor allem Immigranten seien in die Betonblöcke der großstädtischen Außenbezirke gezogen, in direkte Nachbarschaft der Reihenhäuser von Arbeitern und Kleinbürgern, die ihre für das Eigenheim aufgenommenen Kredite kaum noch bedienen könnten und Angst vor sozialem Abstieg hätten. Die sich dort entfaltende Gewalt innerhalb der unteren Klassen<sup>29</sup> werde durch einen „Strafstaat, der nur zuschlägt und sich nach und nach aller gesellschaftlichen Aufgaben entledigt“ (ebd., S. 43), beantwortet. Es lasse „sich [...]

---

<sup>29</sup> Zum Verhältnis zwischen Kleinbürgertum und Proletariat, die ihre sozialen Auseinandersetzungen vor allem über die Distinktionskämpfe im Alltag austragen, vgl. Bourdieu 2005a.

nachweisen, daß jene Probleme, die sich in den Vororten der großen Städte beobachten lassen, durch eine neoliberale Wohnungspolitik entstanden sind“ (ebd., S. 41).<sup>30</sup> Und ein paar Seiten später: „Eine Wohnungspolitik etwa, wie sie unter Giscard d’Estaing 1970 beschlossen wurde, hat langfristig soziale Kosten verursacht, die nirgendwo aufgeführt sind – wer erinnert sich denn, abgesehen von den Soziologen, zwanzig Jahre später an diese Maßnahme?“ (ebd., S. 48).<sup>31</sup>

Bourdieu sieht vor diesem Hintergrund eine Tendenz zur Zweiteilung des Staates. Auf der einen Seite stehe der „Vorsorgestaat für die Privilegierten“, auf der anderen Seite der unterdrückende „Polizeistaat für das Volk“ (ebd., S. 41), um dem „*Law-and-Order*“-Denken Befriedigung zu verschaffen“ (ebd., S. 32).<sup>32</sup> Er sieht eine Entwicklung, die er analog zu den US-amerikanischen Gettos begreift:

„Die Schwarzen im Ghetto von Chicago kennen den Staat nur in Gestalt des Polizisten, des Richters, des Gefängniswärters und des parole officer, des Bewährungshelfers, dem sie sich regelmäßig zeigen müssen, um nicht wieder im Gefängnis zu landen. Es scheint wie eine Verwirklichung des Traums aller Herrschenden, ein Staat, der sich, wie Loic Wacquant gezeigt hat, mehr und mehr auf seine polizeilichen Aufgaben beschränkt“ (ebd., S. 42).<sup>33</sup>

Hier gehöre wieder die „linke Hand des Staates“ zu den Leidtragenden, die sich mit den Haushaltskürzungen und Budgeteinsparungen im Feld der sozialen Arbeit konfrontiert sehe (vgl. ebd., S. 13): „Ich denke, daß die linke Hand des Staates das Gefühl hat, daß die rechte Hand nicht mehr weiß, oder schlimmer, nicht wirklich wissen will, was die

---

<sup>30</sup> Vgl. Bourdieu/Steinrück 2002. Mathieu Kassovitz’ *La Haine* (dt. *Hass*) zeigt filmisch, wie repressiver Alltag in den sogenannten Banlieues aussieht (vgl. Kassovitz 1995).

<sup>31</sup> D’Estaing war französischer Staatspräsident in den Jahren 1974–1981. In den 70ern ist die „Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates [...] im Namen des Liberalismus“ (Bourdieu 1998a, S. 17) eingeleitet worden: „Ich denke hier vor allem an die Wohnungspolitik. Ihr erklärtes Ziel war es, das Kleinbürgertum aus dem gemeineigenen Wohnraum (und damit aus dem ‚Kollektivismus‘) herauszulösen und es an den Privatbesitz von Einfamilienhäusern oder Eigentumswohnungen zu binden. Diese Politik [...] ist zweifellos die Hauptursache für die räumliche Segregation und damit für die sogenannten Probleme der ‚banlieues‘“ (ebd.).

<sup>32</sup> Ab Mitte der 80er lancierte v.a. das Manhattan Institute, ein neoliberaler Thinktank, einen neuartigen sozialen Sicherheits-Diskurs, der vor allem auf das Begriffspaar Kriminalität und Verwahrlosung setzte. Durch Begriffe wie Jugendkriminalität und städtische Gewalt wurden Realitäten geschaffen, die letztlich einen neoliberalen Gesellschaftsumbau nach sich zogen. Entgegen dem neoliberalen Credo, der Staat solle sich auf seine Kernaufgaben beschränken, wurde ein Ausbau des repressiven Staatsapparates gefordert. Diese Politik bringt Jahr für Jahr mehr Gefangene mit sich, deren sich der private Gefängnissektor der USA gerne annimmt (vgl. Walpen 2004, S. 209).

Innerhalb des Sicherheits-Diskurses wurde versucht, Armut und soziale Pathologien als genetisch bedingt darzustellen. Dazu wurden pseudowissenschaftliche Werke publiziert, die in der Reagan-Administration ihren Platz fanden (vgl. Murray 1994). Auch Thatcher bezog sich auf diese Publikationen, die zur Grundlage des *workfare state* wurden, des repressiven Sozialstaats. „In den Regierungen Reagan und Thatcher wurden dazu rechtliche Grundlagen gelegt und besonders durch drei Maßnahmen der Übergang vom *welfare* zum *workfare state* vollzogen: selektiver Abbau von Sozialleistungen, Privatisierung oder Einführen marktwirtschaftlicher Grundlagen [Hervorhebung im Original]“ (vgl. Walpen 2004, 210f.).

<sup>33</sup> Dazu Wacquants Arbeiten zum *workfare state* US-amerikanischer Prägung (vgl. Wacquant 2000, 2007, 2009).

linke Hand tut. Auf jeden Fall will sie den Preis dafür nicht bezahlen“ (ebd.). Die Einsparungen auf der einen Seite führten dazu, die Kosten auf der anderen Seite himmelhoch aufzutürmen, sodass diese zukünftig tatsächlich nicht mehr finanzierbar seien (vgl. ebd.). Durch den Rückzug des Staates, „die Aufhebungen der Errungenschaften des *welfare state* [Hervorhebung im Original]“ (ebd.), würden die Menschen das Vertrauen in den Staat und die Politik verlieren. „Das, was als Krise der Politik, als Antiparlamentarismus bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit ein Ver zweifeln am Staat als Verantwortlichem für das öffentliche Interesse“ (ebd.). So arbeite der Staat an seinem eigenen Untergang mit und ermögliche dem Neoliberalismus die „Verwirklichung jener neuen Ordnung“ (vgl. ebd., S. 116 f.).

„Prekarität ist überall“ (ebd., S. 96) lautet die Überschrift zu einem der letzten Abschnitte in *Gegenfeuer*. Bourdieu analysiert, dass im öffentlichen und privaten Bereich, in der Industrie- und Kulturproduktion, befristete Arbeitsverhältnisse und prekäre Teilzeitstellen zur Norm geworden seien. Konsequenz sei die allumfassende Unsicherheit des „seiner zeitlichen Strukturen beraubten Daseins und der daraus resultierende Verfall jeglichen Verhältnisses zur Welt, zu Raum und Zeit“ (ebd., S. 97). Bourdieu zufolge zeitigt dieses unsichere Arbeits- und Lebensverhältnis tiefgreifende Wirkungen. Er konstatiert das Vorhandensein einer „Reservearmee“<sup>34</sup> (ebd.), die den Beschäftigten das Gefühl gebe, jederzeit austauschbar zu sein. Aufgrund der „Überproduktion an Diplomen“ lasse sich diese Tatsache nicht mehr nur auf den untersten Qualifikationsebenen finden (vgl. ebd.).<sup>35</sup> Jede Stelle sei dadurch ein „zerbrechliches und bedrohtes Privileg“ (ebd.).

Komplizen für ihre „*Prekarisierungsstrategien* [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S.99) fänden die Agenten des Neoliberalismus dabei in den Journalisten, die tagtäglich daran erinnerten, wie knapp Arbeit sei. Strukturelle Arbeitslosigkeit werde so integraler Bestandteil neoliberaler Ordnung:

---

<sup>34</sup> Die Reservearmee hat für Bourdieu jedoch wenig emanzipatorisches Potenzial, bedroht sie doch nur die Menschen in Arbeitsverhältnissen und nicht die Verantwortlichen einer solchen Arbeitspolitik. Es handele sich letztlich um eine „Armee, die keine ist, weil Arbeitslosigkeit isoliert, atomisiert, individualisiert, demobilisiert und entsolidarisiert“ (Bourdieu 1998a, S. 113). Dazu an anderer Stelle: „Im Unterschied zum Subproletarier verfügt der Proletarier über dieses Minimum an gegenwärtiger Gewißheit und Sicherheit, das die Grundvoraussetzung dafür ist, überhaupt die Idee in Betracht zu ziehen, die Gegenwart in Bezug auf eine erhoffte Zukunft umzugestalten“ (Bourdieu 1998a, S. 98).

<sup>35</sup> Bourdieu möchte keine hochschwellige Hochschule und hat auch kein Mitleid mit den diplomierten Akteuren. Er sieht die Entwertung der Diplome gekoppelt an eine Entwertung des Arbeitslohns und an eine immer heftiger werdende Konkurrenzsituation unter den Arbeitssuchenden. Zum Verhältnis von Bildungstitel und Arbeitsmarkt vgl. Bourdieu/Köhler 1981.

„Diese Art ‚kollektive Mentalität‘ [...], die der gesamten Epoche gemein ist, bildet die Ursache für die Demoralisierung und Demobilisierung, die man in den unterentwickelten Ländern beobachten kann (wozu ich in den 60er Jahren in Algerien Gelegenheit hatte), die unter sehr hohen Arbeitslosen- oder Unterbeschäftigungsraten leiden und permanent von der Angst vor Arbeitslosigkeit beherrscht werden. [...] Wenn Arbeitslosigkeit heute in zahlreichen Ländern Europas so hohe Raten erreicht und Prekarität einen großen Teil der Bevölkerung [...] erfaßt, dann wird Arbeit zu einem raren Gut, das man sich um jeden Preis herbeisehnt und das die Arbeitnehmer auf Gedeih und Verderb den Arbeitgebern ausliefert, welche dann auch die ihnen auf diese Weise gegebene Macht [...] gebühlich mißbrauchen“ (ebd., S. 98 f.).<sup>36</sup>

Es bilden sich „Dispositionen zur Unterwerfung“ aus, „prekär[e] Habitus“, die die Ausbeutung etablieren (ebd., S. 112).<sup>37</sup> Die Gesellschaft spalte sich so in zwei Gruppen: eine, die immer kleiner wird und immer mehr arbeitet, und eine, die immer größer wird und keine Arbeit hat.

Prekarisierungstendenzen sieht Bourdieu auch im kulturellen Bereich. Literatur, Kunst, Wissenschaft – das Diktat „des ‚Kommerzes‘ und des ‚Kommerziellen‘ setzt sich jeden Tag weiter durch“ (ebd., S. 46). Die teilweise erkämpfte Unabhängigkeit kultureller Erzeugnisse gegenüber dem Markt befinde sich in einer Regression. Die „Konzentration des Verlagsgeschäfts“ und die zunehmende „Dienstfertigkeit der Literaturkritik“ seien unter anderem für die „Unterwerfung unter die Zwänge des schnellen verlegerischen Profits“ verantwortlich (ebd., S. 47). Pessimistisch stuft er auch die Lage der Sozialwissenschaften ein, „die dazu verdammt sind, entweder den unverhohlenen Wünschen der Unternehmen oder staatlichen Bürokratien nachzukommen oder an der Zensur der Macht und des Geldes zugrunde zu gehen“ (ebd.).

Prekarität ist dabei Folge wie auch Ursprung eines sich immer mehr verschärfenden Wettbewerbs, der alle Bereiche des Sozialen durchdringe. Der „Sozialdarwinismus“ (ebd., S. 51) und damit einhergehend die „Ideologie der Kompetenz“ (ebd.) ließen bei den Akteuren den Eindruck entstehen, in einer Art Kampf „Jeder gegen jeden“ zu stehen – Solidarität und Menschlichkeit blieben dabei auf der Strecke (vgl. ebd., S. 51 f.). Das Ungleichheit reproduzierende Schulsystem trage wenig zur Verbesserung der Lage bei. „Zu den gesellschaftlichen Leiden gehört vor allem auch ein Elend fehlender

---

<sup>36</sup> Er wendet sich explizit gegen jene Theoretiker, die in der verarmten und perspektivlosen Bauernbevölkerung revolutionäres Potenzial sahen (vgl. Bourdieu 2010). Dieses Argument greift er gegen den Neoliberalismus wieder auf. „Arbeitslose und Arbeitnehmer, die sich in einer prekären Lage befinden, lassen sich kaum mobilisieren, da sie in ihrer Fähigkeit, Zukunftsprojekte zu entwerfen, beeinträchtigt sind“ (Bourdieu 1998a, S. 98).

<sup>37</sup> Die Filme der Dardennes-Brüder, etwa *L'Enfant* (dt. *Das Kind*) oder *La Silence de Lorna* (dt. *Lornas Schweigen*), zeigen Perspektiven auf eine Welt, in der alle Bereiche des Lebens von dem Gedanken dominiert werden, Geld aufzutreiben zu müssen, um den Alltag bestreiten zu können (vgl. Dardenne/Dardenne 2005 und 2008). Zum ideologiekritischen Gehalt der Dardennes-Filme vgl. Sonderegger 2009.

Schulbildung, die nicht nur die gesellschaftliche Zukunft macht, sondern auch das Bild, das die Menschen von dieser Zukunft haben“ (ebd., S. 52). In einem unfairen und ausschließenden Schulsystem liegt für Bourdieu zweifellos eine der Erklärungen für die „Antriebslosigkeit“, „Faulheit“ und „fehlende Eigeninitiative“ der Beherrschten (ebd.), weniger an einem Sozialstaat, der zu viel umverteilen würde.<sup>38</sup> Für die betreffenden Akteure sei die durch die Schule ausgestellte Befähigung „Teilungsmaßstab zwischen den Beschäftigungslosen und den Stelleninhabern“ (ebd., S. 113). Diesen „*schulisch garantierten Befähigungen* [Hervorhebung im Original]“ liege eine durch die Schule reproduzierte soziale Ungleichheit zugrunde, die auch im Arbeitsleben die Grenzen abstecke „zwischen Angestellten und ‚Technikern‘ und den einfachen Arbeitern oder Angelernten, den neuen Parias der industriellen Ordnung“ (ebd.). So werde innerhalb des Betriebes die „Entsprechung der Schulabschlüsse verlängert“ (ebd., S. 114). Die Expansion der Informationstechnologie und die damit aufkommenden Leistungsanforderungen zwingen die Beschäftigten zur ständigen Weiterbildung und damit zu einem untereinander ausgetragenen Wettbewerb, den die älteren Arbeitssuchenden nicht gewinnen könnten.<sup>39</sup> Das allgemeine Unsicherheitsgefühl werde „durch ein geschickt entlang der Betriebshierarchie befördertes Gefühl der *Unwürdigkeit* [Hervorhebung im Original]“ (ebd.) verstärkt. Es sind vor allem die ungelerten Arbeiter, die Bourdieu einer Degradierung und politischen Distanzierung ausgesetzt sieht, was er unter anderem für das Aufkommen von Fremdenfeindlichkeit verantwortlich macht (vgl. ebd.).

„Verdammt dazu, sich im Verhältnis zum großen Schuladel zu denken, der mit den Führungsaufgaben betraut ist, und zum Kleinadel der Angestellten und Techniker, einem auf Abruf, der sich immer wieder *beweisen muß*, können die Arbeiter, in ihrer andauernden Schwebelage, bedroht vom Abstieg in die Unwürdigkeit der Stellensuchenden, nur ein enttäushtes Bild von sich und ihresgleichen gewinnen [Hervorhebung im Original]“ (ebd.).

---

<sup>38</sup>Zu Bourdieus Analyse passt ein Interview-Auszug mit Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen. „Wir müssen unsere sozialen Sicherungssysteme so ausrichten, dass sie zur Aufnahme regulärer Beschäftigung motivieren und nicht gegenteilige Anreize setzen.“ „Fördern und Fordern“ lautete Schäubles Antwort, als darüber diskutiert wurde, wie man den bundesdeutschen Haushalt denn entlasten könne (vgl. Zeit Online 2010). Dass wenig Beschäftigungsmotivation, wie Schäuble konstatiert, auch andere Gründe haben kann als ein Transfereinkommen, das „gegenteilige Anreize“ setzt, wird nicht in Betracht gezogen.

<sup>39</sup>„Der typische Informatikanwender ist männlich, jünger als 35 Jahre, verfügt über einen höheren Bildungsabschluss, bezieht ein gehobenes Einkommen, ist Städter und spricht Englisch.“ (Bourdieu 2002, S. 393). Durch die ungleiche Verteilung kulturellen Kapitals kommt es zu einer „digitalen Polarisierung“ unter den Akteuren (vgl. Herkommer 2003, S. 225).



Bourdieu beschreibt Prekarität als eine Art „kollektive Mentalität“ (ebd., S. 97).<sup>40</sup> Die „objektive Unsicherheit“ gehe einher mit „subjektiver Unsicherheit“ und betreffe so auch diejenigen, die zunächst nicht davon betroffen schienen (ebd.). Der neoliberale Diskurs reproduziere so kollektive Unsicherheit und damit symbolische Gewalt, die Bourdieu als einen der Hauptgründe für Demobilisierung und Demoralisierung ansieht (vgl. ebd.).

Die „symbolische Einprägungsarbeit“ (ebd., S.40) des neoliberalen Diskurses, „diese Art der symbolischen Berieselung, an der die Zeitungen und das Fernsehen in hohem Maße beteiligt sind (meist unbewußt denn die Leute, die solche Dinge wiederholen, tun dies größtenteils in gutem Glauben)“ (ebd.), lasse die Akteure die Unausweichlichkeit der Globalisierung wiederkauen, die es angeblich zu antizipieren gelte. Die Medien tragen so einen Entpolitisierungseffekt mit, „der seine Wirkung vor allem bei denjenigen Bevölkerungsteilen entfaltet, die bereits am meisten depolitisiert sind, also mehr bei Frauen als bei Männern, mehr bei denen mit niedriger Schulbildung als bei denen mit hoher, mehr bei den Armen als bei den Reichen“ (ebd., S. 89). Das Fernsehen führe in diesem Prozess auch die Presse „immer mehr auf Abwege in die Demagogie und die Unterwerfung unter kommerzielle Zwänge“ (ebd., S. 90), sodass die Globalisierung und andere Sachzwänge des neoliberalen Diskurses in sämtliche Gesellschaftsklassen diffundierten und auch die kritischen Akteure in den affirmierenden Diskurs zwingen. Bourdieu sieht eine klare Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat, sollte ihm eine wirklich kritische Gegenmacht fehlen (ebd., S. 20).

Wie oben beschrieben, wirken sich die Folgen der neoliberalen Agenda letztendlich auf die Konstitution des Staates aus. Einsparungen im Haushalt bringen soziale Kosten mit sich, die wiederum zu erneuten Sparmaßnahmen führen usw. Steuerausfälle durch Mindereinnahmen aufseiten der Angestellten, Arbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsverhältnisse erfordern Mehrausgaben im sozialen Bereich. Die „Ideologie der Kompetenz“ (ebd., S. 51) und die allgemeine Verunsicherung durch die symbolische Gewalt des neoliberalen Diskurses lassen soziale Spannungen entstehen und bringen die Demokratie in Gefahr. Bourdieu sieht einen Kreislauf in Gang gesetzt, der auf die

---

<sup>40</sup> Diesen Begriff benutzt Bourdieu nicht gern (vgl. Bourdieu 1998a, S. 97), höchstwahrscheinlich, weil er ihm zu nah am marxischen Ideologie-Begriff ist, siehe Kapitel 3.2.

Durchsetzung der neoliberalen Utopie, der „fleischgewordenen Höllenmaschine“ (ebd., S. 114), abzielt.

Der folgende Abschnitt soll zeigen, was Bourdieu auf dem Feld der Gegenmaßnahmen für möglich hält.

## 2.5 Gegenwehr

Bourdieu hat eine ganze Reihe von Vorschlägen, die vor allem das Ziel haben, dem Sozialstaat wieder mehr Handlungsspielraum zu geben, Arbeitnehmerrechte zu stärken und die „zivilisatorischen Errungenschaften“ (ebd., S. 8) des europäischen Wohlfahrtsstaats auf Weltmaßstab zu organisieren. Er nimmt sich vor allem die EU vor, die „in der jetzigen Form [ihren] Teil zur Zerstörung der sozialen Errungenschaften beiträgt“ (ebd.). Er fordert, einen „supranationalen“ (ebd., S. 118) EU-Staat zu schaffen, „als Zwischenschritt auf dem Weg zum Weltstaat“ (ebd.). Höchste Zeit sei es, „die Voraussetzungen für den kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie zu schaffen“ (ebd., S. 9), die es im Streiten gegen den Neoliberalismus hervorzubringen gelte.

Die Wissenschaftler – neben Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern – sind für Bourdieu unabdingbar im Kampf gegen die Autorität des demoralisierenden neoliberalen Diskurses. Sie sollen der Gegenbewegung durch ihr symbolisches Kapital Autorität verleihen (vgl. ebd., S. 60 ff.). Der Kampf gegen die symbolische Dimension des Neoliberalismus spiele dabei die wichtigste Rolle, denn gerade die symbolischen Formen seien bisher stark unterschätzt worden (vgl. ebd., S. 61). „Die sozialen Bewegungen weisen im Vergleich zu ihren Gegnern, welche auf Kommunikations- und Fernsehberater zurückgreifen können, einen Rückstand von mehreren symbolischen Revolutionen auf“ (ebd.). Um diesen Rückstand wettzumachen, bedarf es neuer „geistiger und kultureller Waffen“ (vgl. ebd.), neuer Formen der Organisation und Arbeitsteilung, mit denen die gegen den Neoliberalismus engagierten Akteure sich zur Wehr setzen müssten. „Dieser Ideologie, die ein schlicht und einfach konservatives Denken unter dem Deckmantel reiner Vernunft präsentiert, gilt es vernünftige Gründe, Argumente, Widerlegungen, Beweise entgegenzusetzen, kurzum: es gilt wissenschaftliche Arbeit zu leisten“ (ebd., S. 62).

Wie oben beschrieben, sieht Bourdieu in der wissenschaftlichen Symbolik und den damit einhergehenden symbolischen Profiten einen erheblichen Machtfaktor auf der

Seite des Neoliberalismus. Diese Autorität befinde sich in den Händen von Leuten, „die sich scheinbar alle vollkommen einig sind“ (ebd.). Da Übereinstimmung allgemein als Zeichen von Wahrheit angesehen werde, müsse man sich dieser Macht, die sich in diskursiven Netzwerken reproduziere, entgegenstemmen. Insbesondere die Soziologen könnten „diese Netzwerke demontieren und aufzeigen, daß dem Zirkulieren von Gedanken unterschwellig eine Zirkulation von Macht zugrundeliegt“ (ebd., S. 63).<sup>41</sup> Um die Macht des Diskurses zu brechen, schlägt Bourdieu außerdem Bündnisse zwischen Soziologen und Journalisten vor; diese müssten „*Widerstandskräfte* gegen die Mächte der Unterdrückung [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 89) entwickeln, die auf ihnen lasteten und die sie andernfalls durch die Diskursreproduktion auf die ganze Gesellschaft übertragen.

Die Intellektuellen, Wissenschaftler, Künstler usw. hätten dann die Aufgabe, „stichhaltige Analysen und innovative Vorschläge hinsichtlich der wichtigen Fragen zu erarbeiten, die die politisch-mediale Orthodoxie zu stellen verbietet“ (ebd., S. 37). Die vermeintlich „ehernen Gesetze der Finanzmärkte“ (ebd.) oder die ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen der neuen globalen Arbeitsteilung, wie sie sich gerade präsentiere, müssten unbedingt hinterfragt werden. Es müsse gegen die ungleiche Verteilung von kulturellem Kapital angegangen werden, vor allem in den Feldern Bildung und Kultur, speziell im Bereich der Informationstechnologie, die für Bourdieu eine der wichtigsten Produktivkräfte geworden ist (vgl. ebd.).

Er appelliert für Solidarität mit den Ausgebeuteten und Prekarisierten. Man müsse sie „ermutigen, gemeinsam gegen die zerstörerische Wirkung der Prekarität anzugehen“, ihre Würde aufrechtzuerhalten und der Entfremdung zu widerstehen (ebd., S. 101). Vor allem aber sollen sie dazu angehalten werden,

„sich auf *internationaler Ebene*, also auf derselben Ebene, auf der auch die Folgen der Prekarisierungspolitik wirksam werden, mit dem Ziel zu mobilisieren, diese Politik zu bekämpfen und die Konkurrenz zu neutralisieren, die sie zwischen den Arbeitnehmern erzeugen will [Hervorhebung im Original]“ (ebd.).

Hier sieht er besonders die Gewerkschaften in der Pflicht (vgl. ebd., S. 103 ff.). Der Mobilisierung des Prekariats, vor allem der Arbeitslosen, komme dabei besondere Bedeutung zu, denn „sie entreißt die Arbeitslosen und mit ihnen die von Tag zu Tag zunehmende Zahl der prekär Beschäftigten der Unsichtbarkeit, der Isolation, dem

---

<sup>41</sup> Den kritischen Soziologen weist Bourdieu im Kampf gegen die symbolische Gewalt eine herausragende Rolle zu (vgl. Bourdieu 1993). Zu Kritik dieser Position vgl. Celikates 2009.

Schweigen, kurz: dem Nichts“ (ebd., S. 104). Durch den Gang an die Öffentlichkeit verhelfen die Akteure sich und allen in ähnlicher Situation zu Selbstbewusstsein. So könnten gemeinsame Interessen offengelegt werden. Elementar für diese Unternehmungen sei der „Verzicht auf die ausschließlich berechnende und individualistische Sichtweise [...], welche den handelnden Menschen auf ein kalkulierendes Wesen reduziert, das nur mit der Lösung von Problemen rein ökonomischer Art im engsten Sinn des Wortes befaßt ist“ (ebd., S. 102).

Der „verengten und kurzsichtigen Ökonomie“ des Wirtschaftsliberalismus sei eine „*Ökonomie des Glücks* [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 49) entgegenzustellen, die individuelle und kollektive, materielle und symbolische Gewinne miteinbeziehe, die Arbeit und Sicherheit biete. Und eine Ökonomie, die materielle und symbolische Kosten vermerke, die durch Arbeitslosigkeit und prekäre Verhältnisse entstehen. So könne es gelingen, „Schritt für Schritt zur Verwirklichung der politischen, rechtlichen und kulturellen Voraussetzungen“ für einen „*kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie* [Hervorhebung des Autors]“ beitragen zu können (ebd., S. 9).

Bourdieu schreibt der Wissenschaft die Aufgabe zu, der Produktion und Zirkulation des neoliberalen Diskurses nachzugehen, der durch eine höchst nachhaltige Gemeinschaftsarbeit verrichtet wird. Im nächsten Abschnitt soll deshalb auf Bourdieus Begriff der symbolischen Gewalt eingegangen werden, um genauer zu verstehen, wieso die „symbolische Berieselung“ (ebd., S. 40) über Jahrzehnte wirksam wird, denn „es braucht Zeit, damit Falsches zu Wahrem wird“ (ebd., S. 39).

### 3. Symbolische Gewalt

„Eine solche Gesinnung [die Arbeit als absoluten Selbstzweck, als „Beruf“ betreibt] aber ist nichts Naturgegebenes. Sie kann auch weder durch hohe noch durch niedere Löhne unmittelbar hervorgehoben werden, sondern nur das Produkt eines lang andauernden Erziehungsprozesses sein“

Max Weber (Weber 1988, S. 46).

Pierre Bourdieus öffentliches Engagement gegen den Neoliberalismus und dessen symbolische Dimension zielt darauf, den ideologischen Gehalt dieses Gesellschaftskonzepts zu vergegenwärtigen. Der durch die Anhänger des Neoliberalismus vorangetriebene Umbau der Gesellschaft, die sogenannte Reformpolitik, bringt, wie im vorigen Kapitel ausgeführt, zum Beispiel eine sukzessive Privatisierung des Gesundheitssystems und Lockerungen beim Kündigungsschutz der Arbeitnehmer voran. Diese Politik wird von der Öffentlichkeit ohne viel Gegenwehr hingenommen, obwohl sie viele Akteure benachteiligt oder in Zukunft benachteiligen wird. Es scheint so, als sei der Sozial- und Wohlfahrtsstaat für das Gros der Bevölkerung und für die Mehrheit der Parteien ein Auslaufmodell.

Diese Politik wird, in Gestalt einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, Konsequenzen mit sich bringen, die Bourdieu „soziale Kosten“ (Bourdieu 1998a, S. 48) nennt. Wieso werden derartige Entscheidungen von weiten Teilen der Öffentlichkeit mitgetragen und befürwortet? Allgemeiner: Wie wird Herrschaft bis zu dem Punkt verinnerlicht, an dem sie von den Beherrschten als natürlich angesehen wird? Marx und Engels nannten dieses Phänomen Ideologie, Luc Boltanski, langjähriger Mitarbeiter Bourdieus, nennt es in Anlehnung an Max Webers *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* (vgl. Weber 1988) den „neuen Geist des Kapitalismus“ (vgl. Boltanski 2006). Pierre Bourdieu nennt es symbolische Gewalt.

#### 3.1 Genese und Aktualität des Konzepts

Bourdies Soziologie ist im Kern Macht- und Herrschaftssoziologie und aus der Beschäftigung mit anderen Analysen von Macht und Herrschaft hervorgegangen. Der soziale Raum ist für ihn wesentlich durch Kämpfe um Machtpositionen strukturiert:

„Gegenstand der Sozialwissenschaft ist eine Wirklichkeit, die alle individuellen und kollektiven Kämpfe umfaßt, welche die Wirklichkeit bewahren oder verändern wollen, und besonders die, bei denen es um Durchsetzung der legitimen Definition der Wirklichkeit geht und deren

symbolische Wirkung dazu beitragen kann, die bestehende Ordnung [...] zu erhalten oder zu untergraben“ (Bourdieu 1987, S. 375).

Diesem Paradigma verschrieben, verfolgt Bourdieu eine Soziologie

„die die jeweiligen Zustände der untersuchten Struktur immer zugleich als das Produkt der früheren Kämpfe um den Erhalt und die Veränderung dieser Struktur und als den Ursprung der aus ihnen resultierenden Veränderungen [...] anhand von konstitutiven Widersprüchen, Spannungen und Machtverhältnissen [darstellt]“ (Bourdieu 2006, S. 121).

Akteure folgen in den Machtkämpfen wesentlich unbewussten Strategien, die an die Regeln und Erwartungen des jeweiligen Feldes angepasst sind. Da Bourdieu das Soziale durch eine symbolische Ordnung konstituiert sieht, versucht er diese Kämpfe um die legitime Ordnung mit dem Begriff des Symbolischen zu fassen. Die sozial legitime Macht, die symbolische Macht, versteht er als Macht zur Durchsetzung von Bedeutungen.

Als Inspirationsquelle für seinen Symbol-Begriff nennt Bourdieu die Philosophie Pascals. Die Ausführungen dazu stehen in *Meditationen* (vgl. Bourdieu 2001). Er schließt ebenfalls an strukturalistische Sprach- und Kulturanalysen Lévi-Strauss‘ und Saussures an. Auch Ernst Cassirers Vorstellungen des Sozialen, das sich vor allem über symbolische Repräsentationen vermittele, spielen für das Konzept symbolischer Gewalt eine Rolle. Bourdieu aber legt sein Augenmerk auf die soziale Genese dieser Symbolsysteme, Cassirer macht kognitive Universalkategorien des Symbolischen aus (vgl. Schmidt/Woltersdorff 2008, S. 9). Elias und dessen Arbeiten zur Monopolisierung der Gewaltmittel im Prozess der Staatenbildung finden bei Bourdieu Einzug. Er erweitert diese Vorstellung durch die symbolische Dimension, die für ihn auch bei physischer Gewalt immer mitgedacht werden muss. Marx‘ Vorstellung, dass die Beherrschten ihre Herrschaft mittragen müssen, damit sie aufrecht erhalten wird, spielt für Bourdieu ebenfalls eine Rolle. Sein Fokus liegt aber auf den Körpern und deren habituellem Sozialisation und nicht dem Bewusstsein. Daneben sieht er eine relative Autonomie der symbolischen gegenüber der ökonomischen Herrschaft (vgl. ebd., S. 10). Max Weber prägte die Idee der Anerkennung von Macht und Herrschaft. Im Gegensatz zu Weber betont Bourdieu vor allem die unbewusste Komponente, die zur Reproduktion von Herrschaft beiträgt. Desweiteren sieht Bourdieu, und hier schließt er an Durkheim an, die Objektivität sozialer Herrschaft. Im Unterschied zu Durkheim betont Bourdieu die Relationalität von Gewaltverhältnissen im sozialen Raum. Bei Durkheim stehen diese außerhalb (vgl. Schmidt/Woltersdorff 2008, S. 10).

Das Konstrukt symbolischer Gewalt und seine theoretischen Anwendungsmöglichkeiten beschränken sich nicht auf die Soziologie – es lässt sich interdisziplinär anwenden. Im Sammelband von Robert Schmidt und Volker Woltersdorff finden sich politologische, philosophische und erziehungs- und literaturwissenschaftliche Texte die an Bourdieu rückgebunden sind (vgl. ebd., S. 14 f.). Dabei ist das Konzept empirisch offen und nicht abgeschlossen. Diese Tatsache macht die Idee symbolischer Gewalt vielseitig anwend- und erweiterbar, ist aber auch oft angeführter Kritikpunkt (vgl. ebd., S. 8 f.). Anwendung findet das Konzept vor allem in Bourdieus eigenen Arbeiten, wird aber auch in der gegenwärtigen Geschlechterforschung rezipiert (vgl. ebd., S. 14). Daneben sind Wacquants Arbeiten zur räumlichen und sozialen Exklusion der Subalternen in den Großstädten der USA bekannt geworden. Sie greifen auf das Konzept symbolischer Gewalt zurück (vgl. Wacquant 2000, 2007, 2009).

Kritik erfährt das Konzept wegen der vermeintlichen Determiniertheit des Habitus-Begriffs und Bourdieus angeblicher Überbetonung sozialer Strukturen (vgl. Celikates 2009, Butler 1998). Andere kritisieren, Bourdieu unterschätze die Anwendung physischer Gewalt und die Aufrechterhaltung von Herrschaft durch physischen Zwang (vgl. Schmidt/Woltersdorff, S. 15). Dazu kommt das Problem der Uneindeutigkeit des Konzepts - weil keine klaren Täter-Opfer Verhältnisse geschaffen würden, sei es schwierig daran anzuknüpfen. Um die symbolische Dimension von Macht und Herrschaft zu entschleiern, schlägt Bourdieu „nicht weniger als eine ‚symbolische Revolution‘“ (ebd., S. 16) vor. Dieser Vorschlag habe auch immer etwas intellektualistisches an sich, weil es Soziologen sein müssen, die den Akteuren den Spiegel vorhalten (vgl. ebd., S. 16).<sup>42</sup>

Nichtsdestotrotz ist Bourdieus Ausrichtung auf die Dimension des Symbolischen geeignet die Wechselwirkungen gesellschaftlicher Macht- und Hierarchiebildung zu erschließen.

---

<sup>42</sup> Für einen kritischen Überblick des Begriffs siehe auch Moebius 2011.

### 3.2 Abkehr vom Ideologie-Begriff

In den 70er-Jahren benutzte Bourdieu den Ideologie-Begriff noch, ohne ihn dabei dogmatisch zu verstehen, im Sinne einer Basis-Überbau-Konstellation. Etwa in seinen Untersuchungen zum religiösen Feld (vgl. Bourdieu 2000a).<sup>43</sup> In Anlehnung an Elias, der die Verinnerlichung sozialer Strukturen beschrieb und den Habitus zum soziologischen Begriff machte, geht Bourdieu davon aus, dass sich soziale Strukturen objektiviert im Körper befinden und zu großen Teilen unbewusst bleiben. Im Verlaufe seiner soziologischen Arbeit wendete er sich immer mehr der Inkorporierung von Gesellschaft zu.

„Als Produkt der Einverleibung einer sozialen Struktur in Form einer quasi natürlichen, oft ganz und gar angeboren wirkenden Disposition ist der Habitus die *vis insita*, die potentielle Energie, die schlafende Kraft, aus der die symbolische Gewalt, und zwar insbesondere die, die mittels performativer Äußerungen ausgeübt wird, ihre geheimnisvolle Wirksamkeit bezieht [Hervorhebung im Original]“ (Bourdieu 2001, S. 216).<sup>44</sup>

Bourdieu betont den körperlichen Aspekt von Herrschaft und sieht den Marxismus eher als Hindernis denn als Hilfe dabei, die Unterwerfung der Beherrschten zu explizieren. Der Ideologie-Begriff bringt ihm die Thematik zu nahe an den Bereich des Denkens heran. Dass sich das Soziale in die Körper einschreibt, dort (fast) unbewusst wirkt und zur Entfaltung symbolischer Gewalt führt, hält er für viel fundamentaler (vgl. ebd., S. 227).<sup>45</sup>

---

<sup>43</sup> „Soziale Magie“, die Transformation gesellschaftlicher Macht in Symbole, ist für Bourdieu konstitutiv für das Verkennen von Herrschaft und findet im religiösen Feld als „Urheimat kollektiver Verkennung“ ihre Basis (vgl. Bourdieu 2000a, S. 8). Man komme „zwangsläufig zu der Hypothese, dass es eine Entsprechung zwischen den sozialen Strukturen (oder streng genommen den Machtstrukturen) und den mentalen Strukturen geben muss, eine Entsprechung, die sich mittels der symbolischen Systeme, Sprache, Religion, Kunst etc., einstellt. Genauer gesagt, trägt die Religion zur (verschleierte) Durchsetzung der Prinzipien der Strukturierung der Wahrnehmung und des Denkens der Welt, insbesondere der Sozialwelt, in dem Maße bei, als sie ein System von Praktiken und Vorstellungen aufdrängt, dessen objektiv auf einem Prinzip der politischen Teilung beruhende Struktur als natürliche-übernatürliche Struktur des Kosmos daherkommt“ (ebd., S. 49).

<sup>44</sup> Nichtsdestotrotz lässt sich Bourdieus Konzept symbolischer Gewalt als Ideologiekritik bezeichnen, möchte er doch stets den Mechanismen auf die Spur kommen, die Herrschaft aufrecht erhalten und reproduzieren. Eine gute Einführung in die Ideologietheorie hat Jan Rehmann geschrieben, Pierre Bourdieu widmet er dort ein Kapitel (vgl. Rehmann 2008).

<sup>45</sup> Marcel Mauss ist einer der ersten Soziologen, der den Körper soziologisch beschrieben hat. Er analysiert ihn als soziales Phänomen. Er sei sozial formbar und ein Produkt der menschlichen Geschichte – Medium der Einverleibung der Gesellschaft (vgl. Mauss 1978). Bourdieu schließt an Mauss an und verknüpft die Körper mit sozialen Machtverhältnissen und Hierarchien (vgl. Moldenhauer 2010).



Wie der Ideologie kommt symbolischer Gewalt die gesellschaftliche Funktion zu, soziale Ungleichheit zu naturalisieren und Herrschaftsbeziehungen zu verschleiern.<sup>46</sup> Sie wirkt immer dort, wo offene, physische Gewalt nicht legitimierbar ist.

„Das Eigentümliche der symbolischen Gewalt besteht darin, dass ihr repressiver Inhalt weder offensichtlich ist noch unmittelbar bewusst wird. Die symbolische Kodierung von Gewalt lässt ihren eigentlich Zweck, nämlich die Aufrechterhaltung von Ungleichheit, Abhängigkeit und Fremdbestimmung im Interesse herrschender sozialer Klassen, gleichsam vergessen und unsichtbar machen“ (Peter 2004, S. 49).

Da physische Gewalt in den sogenannten modernen westlichen Gesellschaften schwierig zu rechtfertigen ist, jedenfalls nach innen, müssen soziale Benachteiligungen verschleiert werden.

„Täglich benutzte Begriffe wie ‚natürliche Vornehmheit‘ oder ‚Begabung‘ zeigen, dass die Arbeit an der Legitimation der bestehenden Ordnung dadurch außerordentlich erleichtert wird, dass sie sich in der sozialen Welt fast von selbst vollzieht“ (Bourdieu 2001, S. 233). Durch den Fokus auf die körperliche Dimension will Bourdieu erklären, dass es der Habitus ist, der symbolische Herrschaft perpetuiert. Die Reproduktion sozialer Hierarchien vollzieht sich vor allem, weil diese tief in den Dispositionen des Habitus abgelegt werden. Die Option der Macht beruht dabei auf dem Einverständnis derer, die sich ihr unterordnen. Wie sonst kann es sein, fragt Bourdieu, dass dem Willen der kapitalstärksten Akteure innerhalb eines Feldes so gut wie immer Folge geleistet wird? Wieso kommt es nicht zu viel mehr „Zuwiderhandlungen oder Subversionen, Delikten oder ‚Verrücktheiten‘?“ (Bourdieu 2005b, S. 7). Um mit Bourdieu auf Bourdieu zu antworten: „Der Gewaltstreich [...], den die soziale Welt gleichwohl gegen jedes ihrer Subjekte ausführt, besteht eben darin, daß sie in seinen Körper ein regelrechtes Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Handlungsprogramm prägt [...]“ (Bourdieu 1997a, S. 168). Herrschaft kann sich also auf den Körper und seine habituelle Sozialisation stützen. Dabei kommt sie ohne direkte physische Zwänge aus, sie ist eine „sanfte Gewalt“ (vgl. Bourdieu 1997b), „die im Wesentlichen über die rein symbolischen Wege der Kommunikation und des Erkennens, oder genauer des Verkennens, des Anerkennens oder, äußerstenfalls, des Gefühls ausgeübt wird“ (Bourdieu 2005b, S. 8).

---

<sup>46</sup> Bourdieu führt die Feministin Virginia Woolf als frühe Kritikerin der symbolischen Gewalt an, die von der „hypnotischen Macht der Herrschaft“ schreibt. Mit ihr beschäftigt er sich eingehender in *Die männliche Herrschaft* (vgl. Bourdieu 2005b, S. 9).

Objekte und Praxen, die symbolische Funktionen übernehmen, müssen von den Akteuren allerdings als solche erkannt werden. Symbolische Gewalt kann sich also nur innerhalb eines spezifischen kulturellen Rahmens entfalten, durchdringt innerhalb dieses Rahmens aber jedes Feld (vgl. Peter 2004, S. 48).<sup>47</sup>

„Das symbolische Kapital ist eine beliebige Eigenschaft (eine beliebige Kapitalsorte, physisches, ökonomisches, kulturelles, soziales Kapital), wenn sie von sozialen Akteuren wahrgenommen wird, deren Wahrnehmungskategorien so beschaffen sind, daß sie zu erkennen (wahrzunehmen) und anzuerkennen, ihr Wert beizulegen, imstande sind“ (Bourdieu 1998b, S. 108).

Erkennen die Akteure die symbolische Dimension, können prinzipiell kontingente Sachverhalte durch doxische Verinnerlichung als natürliche erscheinen. Auf diesem Weg wird zum Beispiel kulturelles Kapital, das ein Akteur während der Sozialisation akkumuliert hat, als natürlich verkannt, indem die Person etwa als sprachbegabt bezeichnet wird. Mit diesem Akt der Anerkennung wird übersehen, dass ein Akteur, groß geworden mit Erzählungen, Gutenacht-Geschichten und Kinderbüchern des gesellschaftlichen Bildungskanons (der selbst symbolische Gewalt ausübt), anders mit Sprache umgeht als ein Subjekt, das diesen Umgang mit Literatur nicht vorgelebt, beigebracht und damit eingepägt bekommen hat. Diesen Vorgang, der soziale Ungleichheit natürlich erscheinen lässt, konnte Bourdieu mit seinen Arbeiten zum Bildungssystem und zu den Praktiken alltäglicher Lebensführung, *Die Illusion der Chancengleichheit* (vgl. Bourdieu 1971) und *Die feinen Unterschiede* (vgl. Bourdieu 2005a), überzeugend darstellen. „Wider die charismatische Ideologie, die Geschmack und Vorliebe für legitime Kultur zu einer Naturgabe stilisiert, belegt die wissenschaftliche Analyse den sozialisationsbedingten Charakter kultureller Bedürfnisse [...]“ (Bourdieu 2005a, S. 17). Diese Prozesse sieht er als „Grundvoraussetzung des Schul- und Gesellschaftssystems“ (Bourdieu 2001b, S. 46), das der gesellschaftlichen Elite die Option bietet, ihr eigenes Dasein zu rechtfertigen. „Die Institution der Schule [...] verdoppelt und bestätigt [...] durch ihre Sanktionen die gesellschaftlich bedingten Ungleichheiten auf dem Sektor des Bildungswesens, indem sie diese als natürliche Ungleichheiten [...] der Begabung behandelt [...]“ (Bourdieu 2000c, S. 193). Gleichzeitig aber, und das ist die Leistung symbolischer Gewalt, empfinden die benachteiligten Akteure ihr Schicksal als unentrinnbar, selbst verschuldet, als „amor fati“ – „Liebe zum Schicksal“ (vgl. Bourdieu 2005b, S. 187). Unter der Form von Gleichheit wird so deren Gegenteil reproduziert und symbolische

---

<sup>47</sup> Zu Bourdieus Feldbegriff Bourdieu 2006, S. 124 ff.

Herrschaft institutionalisiert. „[Der] egalitäre Mythos [verhindert] die Entdeckung der Schule als konservativ und in Wirklichkeit ungerecht, obwohl, und ich füge hinzu, *weil* sie formal gerecht ist [Hervorhebung durch den Autor]“ (Bourdieu 2003, S. 59). Erkennen, Verkennen und Anerkennen der sozialen Ordnung fallen so zusammen, dass

„die Beherrschten zunächst einmal dahin tendieren, sich das zuzuschreiben, was ihnen qua Distribution ohnehin zugewiesen ist, das abzuwehren, was ihnen ohnehin verwehrt ist [...], sich so zu definieren, wie die herrschende Ordnung sie definiert, das ökonomische Verdikt als ihr eigenes zu wiederholen, sich mit dem zu bescheiden, was ihnen ohnehin zukommt [...]“ (Bourdieu 2005a, S. 735).<sup>48</sup>

So kommt es zu einer Art unbewusster Komplizenschaft:

„Die symbolische Gewalt ist ein Zwang, der ohne die Zustimmung nicht zustande kommt, die der Beherrschte dem Herrschenden (und also der Herrschaft) nicht verweigern kann [...] Die symbolische Herrschaft (des Geschlechts, der Ethnie, der Bildung, der Sprache etc.) entfaltet ihre Wirksamkeit nicht in der reinen Logik erkennenden Bewusstseins, sondern in dunklen Dispositionen des Habitus [...] Die symbolische Macht setzt die Mitwirkung derer voraus, die sie erleiden, weil sie dazu beitragen, sie als solche zu errichten [...] Diese Unterordnung hat nichts von einer Beziehung ‚freiwilliger Knechtschaft‘. Und dieses Einverständnis verdankt sich nicht bewusster und überlegter Zustimmung; es wird selbst von einer Macht bewirkt, die sich in Form von Wahrnehmungsschemata und Dispositionen (zu achten, zu bewundern, zu lieben usw.) den Körpern der Beherrschten auf Dauer eingeschrieben hat, das heißt in Form von Glaubensinhalten, die für bestimmte symbolische Bekundungen wie etwa öffentliche Vorführungen der Macht *empfänglich* machen [Hervorhebung im Original]“ (Bourdieu 2001, S. 218 f.).

Es ist der Körper, der die Strukturen des Sozialen inkorporiert hat und die Akteure so unter die Herrschaft zwingt. Durch das Bestehen und Fortdauern, durch die Reproduktion von Verhaltensweisen, Traditionen und Bräuchen wird Herrschaft anerkannt und so zu etwas, was quasi immer schon da war (vgl. Bourdieu 2001, S. 216 f.).

„Um Dinge hervorzubringen, wird die Ideologie selbst zum Ding; und die Analyse muss die Metamorphosen verfolgen, die den herrschenden Diskurs in einen effizienten Mechanismus verwandeln [...] Die herrschenden Vorstellungen objektivieren sich fortwährend in den Dingen, und die soziale Welt enthält allerorts, in Gestalt von Institutionen, Gegenständen und Mechanismen (von den Habitus der Akteure nicht zu reden) Wirklichkeit gewordene Ideologie“ (Bourdieu 2001, S. 43).

Um den Bezug zum hier verfolgten Thema darzustellen: Die Körper der Akteure haben sich durch die jahrzehntelange Arbeit „symbolischer Einprägung“ (Bourdieu 1998a, S. 39) der neoliberalen Thinktanks und ihrer Intellektuellen verändert. Es ist gelungen, die symbolische Dimension des Neoliberalismus in den Habitus zu objektivieren. Im

---

<sup>48</sup> Das von Bourdieu beschriebene Phänomen findet seine Evidenz in dem Ausspruch: „Das ist nichts für mich.“

nächsten Abschnitt soll das, was Bourdieu „symbolische Wende“ (Bourdieu/Wacquant 1999, S. 5 f.) nennt, genauer betrachtet werden.

### 3.3 Die symbolische Wende

„Um zu verstehen, wie dieses Modell (des amerikanischen Neoliberalismus, S.H.) imstande ist, sich als universell durchzusetzen, genügt es nicht auf die Macht der ökonomischen Zwänge hinzuweisen, die die Finanzmärkte, die internationalen Großunternehmen (namentlich die Banken) und die großen internationalen Organisationen ausüben [...] Man muss auch und gerade die eigentlich symbolischen Effekte in Rechnung stellen, die der *think tanks*, der ‚Experten‘, das heißt der Intellektuellen in den Regierungen und in der Geschäftswelt, und vor allem vielleicht der Journalisten (und die ungeheure Bedeutung der Konzentration symbolischer Macht in den Händen der großen Mediengruppen). Diese Akteure und Institutionen hämmern neue Kategorien des Denkens ein, die die neoliberale Weltsicht als natürlich darstellen [...] [Hervorhebung durch den Autor]“ (Bourdieu 2000b, zitiert nach Herkommer 2003, S. 226 f.).

Bourdieu's Argumentation folgend, sollen hier zwei Dinge betrachtet werden: die Idee hinter dem Neoliberalismus und die Umsetzung eben dieser Idee. Basierend auf der neoklassischen Wirtschaftstheorie, stützt sich der Neoliberalismus auf zwei grundlegende Vorstellungen, die inzwischen im öffentlichen Diskurs selbstverständlich geworden sind.

„Die Ökonomie ist ein separater Bereich und wird von allgemein gültigen Naturgesetzen regiert, denen die Regierungen nicht durch unangebrachte Interventionen zuwider handeln dürfen; der Markt ist das optimale Mittel, um Produktion und Austausch in den demokratischen Gesellschaften effizient und gerecht zu organisieren“ (Bourdieu 2002, S. 32).

Dieses in den Mainstream-Medien vorgefundene Einheitsdenken kritisiert Pierre Bourdieu als ahistorisch. Mit Karl Polanyi bemängelt er, dass die Wirtschaftswissenschaft ihre Einbettung in das ökonomische Handeln, die soziale Praxis und ihre geschichtlich entstandenen Strukturen vergisst.<sup>49</sup>

„Alles, was die ökonomische Wissenschaft als gegeben annimmt, d.h. die Gesamtheit der Dispositionen des ökonomischen Agenten, auf die sich die Illusion der ahistorischen Allgemeingültigkeit der von dieser Wissenschaft gebrauchten Kategorien und Begriffe gründet, ist nämlich das paradoxe Produkt einer langen kollektiven, unaufhörlich in den Individualgeschichten reproduzierten Geschichte, von der nur die historische Analyse vollständig Rechenschaft ablegen kann: Gerade weil sie sie *parallel* in soziale Strukturen und in kognitive Strukturen, in praktische Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsschemata eingeschrieben hat, gab die Geschichte denjenigen Institutionen, deren ahistorische Theorie die Ökonomie angeblich aufstellt, den Anschein einer natürlichen und universellen Selbstverständlichkeit [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 25).

Der Gleichsetzung von Wirtschafts- und Naturwissenschaften liegt ein Vergessen der Genese zugrunde. Zum einen wird die Entstehung von ökonomischen Dispositionen der

---

<sup>49</sup> Vgl. Polanyi 2009.

ökonomisch handelnden Akteure aus den speziellen ökonomischen und politisch-kulturellen Bedingungen heraus ignoriert (etwa die Form des kapitalistischen Geistes bei Weber), zum anderen wird die Entstehung des ökonomischen Felds an sich als Ergebnis von Differenzierungs- und Verselbstständigungsprozessen vergessen (vgl. Herkommer 2003, S. 228).

„Die neoliberale Ökonomie, deren Logik heute tendenziell der ganzen Welt vermittelt internationaler Institutionen wie der Weltbank oder des IWF und von Regierungen, denen sie direkt oder indirekt ihre *governance*-Prinzipien diktieren, aufgezwungen wird, schuldet eine gewisse Anzahl ihrer angeblich allgemein gültigen Merkmale der Tatsache, dass sie in eine besondere Gesellschaft *embedded*, eingebettet ist, d.h. dass sie in einem System von Glaubenssätzen und Werten, einem *Ethos* und einer moralischen Weltsicht, kurz, in einem *gesunden ökonomischen Menschenverstand* verwurzelt ist, der als solcher mit den sozialen und kognitiven Strukturen einer besonderen Gesellschaftsordnung zusammenhängt. Und dieser besonderen Ökonomie entnimmt die neoklassische ökonomische Theorie ihre Grundvoraussetzungen, die sie formalisiert und rationalisiert und auf diese Weise zu den Grundlagen eines universellen Modells macht [...] Es ist die Universalisierung eines Sonderfalls, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika [...] [Hervorhebung im Original]“ (Bourdieu/Steinrück 2002, S. 32).

Umgesetzt werden die Ideen des Neoliberalismus von Weltbank, IWF, Staatsregierungen, wirtschaftsliberalen Thinktanks und den Intellektuellen der herrschenden Klasse, die neue Kategorien des Denkens „einhämmern“ (vgl. Bourdieu 2000b, zitiert nach Herkommer 2003, S. 229). Es ist aber vor allem die symbolische Dimension des neoliberalen Diskurses, die dem ökonomischen Feld seine enorme Wirkung verleiht. Die vermeintlichen Sachzwänge der Ökonomie lassen Herrschaftsverhältnisse verschwinden. Damit die Vorgänge symbolischer Einprägung Wirksamkeit zeigen, darf aber nicht von einseitiger Indoktrination ausgegangen werden. Wie oben beschrieben, geht Bourdieu stets von einer Art Komplizenschaft der Beherrschten aus. „Die Anpassung an eine Stellung, in der man unterdrückt ist, impliziert ein Akzeptieren dieser Unterdrückung“ (Bourdieu 2005a, S. 601).

Nicht nur die Reproduktion der in den neoliberalen Thinktanks ausgearbeiteten Ideen, durch Journalisten und Intellektuelle ist der Grund für diese Akzeptanz. Es hat sich im 20. Jahrhundert ein Habitus herausgebildet, „der Gemeinsamkeiten [...] in der Wahrnehmung und im Befolgen dessen aufweist, was das ‚Mitspielen‘ im [ökonomischen] Feld verlangt“ (Herkommer 2003, S. 230). Diese ökonomischen Dispositionen der Habitus haben – entgegen der Annahme des Modells des Homo Oeconomicus – nichts Allgemeingültiges an sich. Sie sind vielmehr Erzeugnis einer Geschichte, die immer wieder von den Akteuren reproduziert wird, um auf diesem Feld zu bestehen.

„Das ökonomische Feld unterscheidet sich dadurch von anderen Feldern, dass hier die Sanktionen besonders brutal sind und das unverhohlene Streben nach der Maximierung des individuellen materiellen Profits öffentlich zur Zielvorgabe des Verhaltens gemacht werden kann“ (Bourdieu/Steinrück 2002, S. 189 f.).<sup>50</sup>

Bourdieu geht von einer Verstärkerfunktion aus, die von Akteuren in den Thinktanks und den Agenten des Neoliberalismus auf dem Fundament bereits vorhandener Schemata ausgeübt wird, die durch jahrelange Einprägungsarbeit geschaffen wurden (vgl. Herkommer 2003, S. 230). Er zieht als Beispiel den staatlichen Wohnungsbau Frankreichs heran:

„Den Stand der Dinge im Wohnungsbereich kann man [...] unmöglich begreifen, ohne zugleich die kollektive Konversion zur neoliberalen Sichtweise zu berücksichtigen, die in den 70er Jahren ihre Anfang genommen hatte und Mitte der 80er Jahre mit dem Schulterchluss der sozialistischen Parteiführer zur Vollendung kam. Dieser Wandel hat sich nicht auf die ideologischen Stimmungsumschwünge beschränkt, die die Medien-,Philosophen‘ als eine ‚Rückkehr zum Subjekt‘ oder den ‚Tod des 68er-Denkens‘ verkündigen. Er ist von einer Zerstörung der Idee des öffentlichen Dienstes begleitet worden, bei der diese neuen Meisterdenker mitgearbeitet haben, und zwar mittels einer Reihe theoretischer Fälschungen und trügerischer Gleichsetzungen [...] man assoziiert Effizienz und Modernität mit dem Privatunternehmen, Archaismus und Ineffizienz mit dem öffentlichen Dienst und will dadurch das vermeintlich egalitäre und effizientere Kundenverhältnis an die Stelle des Verbraucherverhältnisses setzen“ (Bourdieu/Steinrück 2002, S. 218).

Und weiter zu denjenigen, die sich der Verstärkerfunktion bedienen:

„Es genügt, bei diesem letzten Merkmalszug zu verweilen, um zu sehen, dass der gesamte Korpus dieser Gemeinplätze, die an speziell zur Förderung des Austauschs zwischen den um die Macht verlegenen ‚Denkern‘ und den ums Denken verlegenen Mächtigen eingerichteten Örtlichkeiten (Zeitschriften, Klubs und Kolloquien) erarbeitet wurden und unablässig in den Tages- und Wochenzeitungen nachgekaut werden, ziemlich direkt die Sichtweisen und Interessen des aus der staatlichen Verwaltungshochschule, der *École Nationale d'Administration*, hervorgegangenen und durch die Lehre der Hochschule für politische Wissenschaften, *Sciences Po*, gegangenen hohen Staatsadels zum Ausdruck bringt [Hervorhebung im Original]“ (Bourdieu/Accardo 1997, S. 208).<sup>51</sup>

Bereits Mitte der 70er-Jahre, in Zusammenarbeit mit Luc Boltanski, hat Bourdieu auf Abläufe und Orte einer gleichmachenden ökonomischen Erziehung innerhalb der herrschenden Klasse unter der Regierung Giscard d'Estaing aufmerksam gemacht (vgl. Herkommer 2003, S. 231). Es sei aber zu beachten, „dass die bewusst ins Spiel gebrachten Versuche der Homogenisierung von Gedanken nichts weiter können als die

---

<sup>50</sup> Max Weber hat das ähnlich formuliert: „Die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung ist ein ungeheurer Kosmos, in den der einzelne hineingeboren wird und der für ihn, wenigstens als einzelnen, als faktisch unabänderliches Gehäuse, in dem er zu leben hat, gegeben ist. Er zwingt dem einzelnen, soweit er in den Zusammenhang des Marktes verflochten ist, die Normen seines wirtschaftlichen Handelns auf. Der Fabrikant, welcher diesen Normen dauernd entgegenhandelt, wird ökonomisch ebenso unfehlbar eliminiert, wie der Arbeiter, der sich ihnen nicht anpassen kann oder will, als Arbeitsloser auf die Straße gesetzt wird“ (Weber 1988, S. 37).

<sup>51</sup> Die politische und ökonomische Elite Frankreichs scheint fast nur durch diese beiden Elitehochschulen gegangen zu sein. Erstere besuchte Sarkozy, Letztere Hollande.

Einheit verstärken, die *spontan* gegeben ist mit den orchestrierten Habitus der Klasse und dem partiellen *recouvrement* (Überdecken) von Interessen. [Hervorhebung im Original]“ (ebd.). Dort, wo zwischen den Feldern der Ökonomie, der Politik und der Wissenschaft Überschneidungen stattfinden,

„in Kommissionen und Ausschüssen, wo der aufgeklärte Staatsdiener auf den aufklärenden Intellektuellen trifft und ‚wo das Wort Macht wird‘, vor allem aber in den Hochschulen und Fakultäten der politischen Wissenschaften, wo die neue Ideologie akademisch neutralisiert den Studierenden eingebleut [sic!] wird, vollzieht sich die Ausbildung der gesellschaftlich gültigen, der Legitimation dienenden Denkschemata, die in der politischen Aktion gesellschaftlich wirksam werden. Bourdieu spricht deshalb von der ‚realisierten Ideologie‘ als Resultat ihrer Umsetzung in politische Praxis“ (ebd.).

Die von Bourdieu und Boltanski durchgeführte Studie ist nun um die 40 Jahre alt, findet aber auch in der Gegenwart ihre Bestätigung, kommt doch der aktuelle französische Ministerpräsident aus dem sozialistischen Lager.<sup>52</sup>

Es geht also nicht nur um die Gedanken – es geht um persönliche Haltungen, Werte und normative Muster, die viel tiefer verankert werden als rein kognitive Inhalte. Die Schablone aller im Körper verankerten Prinzipien des Teilens und Bewertens, die Doxa, wird in den Sozialisationsprozessen der Familie und der Schule an die Akteure und in deren Habitus vermittelt, „nicht [durch] bloße Indoktrination, sondern [durch] Sprache, Gestik, Geschmack vermittelte Übereinstimmungen mit den herrschenden Normen und Verhältnissen als Bereitschaft zu ihrer Anerkennung“ (ebd., S. 232). Die Rolle der neoliberalen Intellektuellen und der Thinktanks beschränkt sich dann auch nicht in der Indoktrinierung mittels der neoliberalen Ideen, sondern in einer komplexen Veränderung der Habitus.

„Am Ende einer symbolischen Wende, beruhend auf der Naturalisierung von neoliberalen Denkschemata, deren Vorherrschaft sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre dank der Bemühungen konservativer think tanks und ihrer Verbündeten im politischen und journalistischen Feld durchgesetzt hat, wird die Umgestaltung der Sozialbeziehungen und kulturellen Praktiken in den fortgeschrittenen Gesellschaften entsprechend dem nordamerikanischen Vorbild [...] heute resigniert als unumgängliches Resultat nationaler Entwicklungen akzeptiert“ (Bourdieu/Wacquant 1999, S. 5 f.).

Im nächsten Teil der Arbeit soll gezeigt werden, wie die Intellektuellen rund um die MPS die Grundbausteine für die Orchestrierung der Habitus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts legten und deren Formierung möglich machten.

---

<sup>52</sup> Und Bourdieu könnte sich noch mehr bestätigt fühlen, würde er die derzeitige politische Lage seines Landes noch miterleben können. Der neue Ministerpräsident unter Hollande heißt Manuel Valls und stellte sich öffentlich wie folgt vor: „Französische Firmen brauchen mehr Freiheit und weniger finanzielle Bürden, damit sie einstellen können [...] Wir sind nur stark, wenn sich große internationale Unternehmen bei uns niederlassen und bleiben“ (vgl. Jores 2014). Valls studierte an der Sorbonne.

## 4. Das Projekt Neoliberalismus

„Nobody spends somebody else's money as carefully as he spends his own. Nobody uses somebody else's resources as carefully as he uses his own. So if you want efficiency and effectiveness, if you want knowledge to be properly utilized, you have to do it through the means of private property”

Milton Friedman (vgl. Friedman 1993).

In diesem Kapitel soll ausgeführt werden, wie es voneinander isolierte liberale Intellektuelle – darunter die zwei Personen, die heute exemplarisch für den Neoliberalismus stehen, Friedrich August von Hayek und Milton Friedman – in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelang, eine Neuerfindung des Wirtschaftsliberalismus einzuleiten. Diese Bemühungen gipfelten in der Gründung der Mont Pelerin Society, die als Basis des theoretischen Fundaments der neoliberalen Expansion und der von Bourdieu ausgemachten Habitusveränderung gelten kann.<sup>53</sup>

### 4.1 Versuch einer Begriffsdefinition

Wie für Bourdieu, ist der Neoliberalismus auch für Norbert Nicoll die dominante Ideologie unserer Zeit. Sie wird von ihm, hier folgt er Bourdieu ebenfalls, als Regression begriffen – als Rückfall hinter zivilisatorische Standards (vgl. Bourdieu 1998a, Nicoll 2009, S. 5–10). Bourdieu sieht den Neoliberalismus als Einheitsdenken. Hier gehen die Meinungen der beiden Autoren auseinander. Nicoll konstatiert: den Neoliberalismus gibt es nicht: Es sei nicht möglich, den Begriff eindeutig zu definieren. Der Politikwissenschaftler Thomas Biebricher, der eine der neuesten Einführungen zum Begriff des Neoliberalismus geschrieben hat, sieht das auch so. „Vielfalt und Wandlungsfähigkeit des Neoliberalismus sollen [...] auf angemessene Weise gewürdigt werden“ (Biebricher 2012, S. 17). Biebricher geht es darum, die „relative Heterogenität herauszuarbeiten, so dass sich von einem Neoliberalismus im Plural bzw. bestimmten ‚Variationen des Neoliberalismus‘ sprechen lässt“ (ebd.).<sup>54</sup> Bernhard Walpen, der sich ausführlich mit der Entstehung des neuen Liberalismus auseinandergesetzt hat, und

---

<sup>53</sup> Der Dokumentarfilm *Let's Make Money*, der 2009 den Deutschen Dokumentarfilmpreis erhielt, widmet der MPS ein Kapitel (vgl. Wagenhofer 2008).

<sup>54</sup> Der in Anschluss an Peter A. Hall und David Soskice entwickelte Ansatz der *Varieties of Capitalism* wird hier (und auch in Biebricher 2012 nicht) nicht verfolgt, weil es nicht um die Abbildung von Idealtypen gehen soll (vgl. Hall/Soskice 2001).



dessen Buch *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft* Anreiz für die folgende Auseinandersetzung mit der Mont Pelerin Society<sup>55</sup> war, dazu:

„Es gibt nicht *den* Neoliberalismus, sondern Neoliberalismen, die vom Laissez-faire-Ansatz (Anarcho-Kapitalismus) bis zu weitreichenden staatsinterventionistischen Ansätzen reichen. [...] Der Neoliberalismus läßt sich nicht in einer Definition fassen, sondern kann nur aufgrund seiner historischen Ausprägungen in den verschiedenen Formen umrissen werden. Weder verfügt der Neoliberalismus als Ganzes über ein festumrissenes Programm, noch seine einzelnen Strömungen. [...] Produktiver ist dagegen ein historischer Zugang, der die unterschiedlichen Strömungen und Ausprägungen innerhalb des neoliberalen Rahmens zu erfassen sucht [Hervorhebung im Original]“ (Walpen 2000, S. 1).

Thomas Biebricher warnt jedoch davor, die „Fähigkeit des Neoliberalismus, sich in unterschiedliche Kontexte einzupassen und Krisen durch interne Transformation zu absorbieren, zu hoch zu veranschlagen“ (Biebricher 2012, S. 17 f.). Alternativen würden aus dieser Perspektive schwerer zu konstruieren sein und der Neoliberalismus zu einem „sozioökonomischen ‚Ende der Geschichte‘“ (vgl. ebd., S. 18). Akademische Debatten liefen Gefahr sich nicht über den Gegenstand austauschen zu können (vgl. ebd.).

Dem Autor alle bekannten Arbeiten zum Thema Neoliberalismus gehen wie von Biebricher oder Walpen vorgeschlagen vor. In Butterwegge/Lösch/Ptak 2008a findet sich ein Überblick zu verschiedenen Ansätzen der Forschung zum Neoliberalismus.<sup>56</sup> Ebenso in Plehwe/Walpen/Neunhöffer 2006, wo untersucht wird, wie neoliberale Hegemonie kreiert und reproduziert wird.<sup>57</sup>

Folgt man Bernhard Walpens Ausführungen zu einer möglichen Definition des Neoliberalismus, könne man den kleinsten gemeinsamen Nenner dort finden, wo rigoros jegliche Form des sogenannten Kollektivismus abgelehnt wird. Das betrifft nicht nur Kommunismus, Marxismus und Sozialismus, sondern auch Keynesianismus, Sozialdemokratie und Wohlfahrtsstaat (vgl. Walpen 2000, S. 2). Das Ziel aller Neoliberalismen sei es, die „Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft durch die

---

<sup>55</sup> Walpens Arbeit ist – dem Wissen des Autors nach - die ausführlichste zur Mont Pelerin Society.

<sup>56</sup> Dieselben Personen veröffentlichten ein Jahr zuvor *Kritik des Neoliberalismus* (Butterwegge, Ptak, Lösch 2008b), das sich nicht nur an Fachleute wendet, sondern auch an politisch Interessierte. Im Vorwort zur zweiten Auflage, die ein Jahr später erschien, heißt es: „Dass die relativ hohe Erstauflage des Buches bereits nach wenigen Wochen vergriffen war und nachgedruckt werden musste, dürfte ein Beleg für die wachsende Sensibilität der (Fach-)Öffentlichkeit hinsichtlich der Folgen neoliberaler Politik sein, deutet aber auch auf zunehmendes Interesse an einer fundierten Auseinandersetzung damit hin“ (ebd., S. 11).

<sup>57</sup> Weitere Artikel die sich mit der geschichtlichen Entstehung neoliberaler Theorie beschäftigen finden sich in Mirowski/Plehwe 2009. Ein speziell auf Deutschland bezogenes Buch hat Ralf Ptak geschrieben (vgl. Ptak 2004b). David Harveys *Kleine Geschichte des Neoliberalismus* (Harvey 2007) liefert eine sehr politische Instruktion in das Thema. Er begreift Neoliberalismus als elitäre Umverteilungsstrategie.

sozialistische Gesellschaft zu verhindern“ (Hinkelammert 1994, S. 63, zitiert nach Walpen 2000, S. 2).

„Dieter Plehwe und Bernhard Walpen [...] stellen in diesem Zusammenhang fest, [...] daß der Neoliberalismus selbst kein Singular, sondern ein Plural ist, der über einer Basis gemeinsamer Grundbestandteile sehr vielfältige Ausprägungen kennt. [...] Er bildet ein widersprüchliches Ensemble von wissenschaftlichen, insbesondere ökonomischen, Theorien, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Politikformen, Konzernstrategien und Selbst-Praktiken“ (Nicoll 2009, S. 13).

Die breiteste gemeinsame Basis des Neoliberalismus könne im *Statement of Aims*<sup>58</sup> (vgl. The Mont Pelerin Society 2014a) gefunden werden, so Walpen. Das Papier wurde auf dem Gründungstreffen der MPS erarbeitet und fokussiert auf die für die Organisation so zentralen Begriffe Freiheit, Privateigentum und Marktwirtschaft. Des Weiteren wurden eine Redefinition der Funktionen des Staates und die Wiedereinführung der rule of law in das Papier aufgenommen, die eine störungsfreie Entfaltung von Marktprozessen sicherstellen sollen. Das Ordnungsprinzip stellt dabei das Wettbewerbsprinzip dar, abgesichert durch die Herrschaft des Gesetzes (vgl. ebd.). Der kleinste gemeinsame Nenner des Neoliberalismus besteht also darin, eine aktuelle und zeitgemäße Legitimationsform für eine durch den Markt bestimmte Gesellschaft zu kreieren und zu etablieren (vgl. Walpen 2000, S. 2).

Im Folgenden wird ein historischer Zugang gewählt um die Entstehung des Neoliberalismus nachzuvollziehen. Um die Gründung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft als eines advokatorischen Thinktanks besser begreifen zu können, erscheint es dem Autor sinnvoll, die Entwicklung des Neoliberalismus rund um den Gründungsprozess der Mont Pelerin Society nachzuzeichnen, in der das oben genannte *Statement of Aims* erarbeitet wurde. Die MPS kann als Keimzelle des Neoliberalismus, als Vorläuferin der neoliberalen Reforminitiativen und Begründerin einer von Bourdieu

---

<sup>58</sup> „1. The analysis and exploration of the nature of the present crisis so as to bring home to others its essential moral and economic origins.

2. The redefinition of the functions of the state so as to distinguish more clearly between the totalitarian and the liberal order.

3. Methods of re-establishing the rule of law and of assuring its development in such manner that individuals and groups are not in a position to encroach upon the freedom of others and private rights are not allowed to become a basis of predatory power.

4. The possibility of establishing minimum standards by means not inimical to initiative and functioning of the market.

5. Methods of combating the misuse of history for the furtherance of creeds hostile to liberty.

6. The problem of the creation of an international order conducive to the safeguarding of peace and liberty and permitting the establishment of harmonious international economic relations“ (vgl. The Mont Pelerin Society 2014a).

ausgemachten „symbolischen Wende“ (Bourdieu/Wacquant 1999, S. 5) – die bis in die Habitus der sozialen Akteure diffundierte – betrachtet werden.

## 4.2 Die Krise des Liberalismus

Die Oktoberrevolution 1917 markierte den Auftakt des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Hobsbawm 2000), in dem der Kapitalismus ins Wanken geriet. Die Idee des Liberalismus war am Boden: In den westlichen Staaten herrschte extrem hohe Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaftskrise ließ Menschen hungern und gipfelte im Börsencrash von 1929, der die große Depression nach sich zog. 1922 kam Mussolini und damit der Faschismus in Italien an die Macht. Die NSDAP begann in Deutschland ihren Aufstieg. Der Faschismus etablierte sich, die Sozialdemokratie hatte kein Mittel gegen die gesellschaftlichen Konflikte parat (vgl. Walpen 2000, S. 2). Als sogenanntes Manchestertum verschrien, wurde der Liberalismus von vielen für die Krise verantwortlich gemacht, dagegen waren „sozialistische Ansätze ‚en vogue‘ und werden von bürgerlicher Seite rege diskreditiert“ (ebd.). Ludwig von Mises, einer der wichtigsten Vertreter des Neoliberalismus, beklagte 1922, dass es wohl keine Partei mehr geben dürfte, „die frank und frei für das Sondereigentum an Produktionsmitteln“ (zitiert nach Walpen, ebd., S. 3) einträte. Zu dieser Zeit begannen liberale Intellektuelle, meistens unabhängig voneinander, sich mit der Frage nach einer möglichen Neuausrichtung des Liberalismus zu beschäftigen (vgl. ebd.).<sup>59</sup>

Der schwedische Ökonom Eli F. Heckscher war 1921 einer der Ersten, die die Umrisse eines neuen liberalen Programms zu bestimmen versuchten. Heckscher vertrat eine Neukonzeptionierung des Staates, in der dem Wettbewerbs- und Konkurrenzprinzip oberste Priorität eingeräumt werden sollte (vgl. Walpen 2005, S. 210). Vier Jahre danach verwendete der aus Zürich stammende Ökonom Hans Honegger als Erster den Begriff des Neoliberalismus. Er widmete ihm ein Kapitel in seinem Buch *Volkswirtschaftliche Gedankenströmungen* (vgl. ebd.). In Wien beschäftigte sich der oben genannte Ludwig von Mises ausführlich mit der Misere des Kapitalismus. Sein dort abgehaltenes Privatseminar war ein Treffpunkt für Liberale aus der ganzen Welt. In Deutschland waren es Walter Eucken, Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke, die sich für die Konzeptionierung eines neuen Liberalismus engagierten. In den USA machten sich

---

<sup>59</sup> Mehr zur Krise des Liberalismus und seinen Ursprüngen in Walpen 2004, S. 45–50.

Frank H. Knight, Begründer der Chicagoer Schule, und Walter Lippmann, bekennender Antikommunist, Gedanken zu einer Neuausrichtung des Liberalismus. Letzterer beschäftigte sich detailliert mit den von den Liberalen sogenannten Gefahren des Sozialismus. In einer Sache waren sich die Intellektuellen einig: Für einen Laissez-Faire-Kapitalismus sah keiner eine Zukunft.

„Die Krux bestand darin, eine Form von Intervention zu finden, die möglichst minim ist, dennoch aber die Möglichkeit bietet, ‚sozialistische‘ und bürokratische Machtkonzentration zu verhindern und trotzdem mit einem Gewaltapparat die (neo-)liberale Ordnung gegebenenfalls zu sichern. Diese Überlegungen konkretisierten sich in den Konzepten von Rechtsstaat, rule of law oder starkem Staat“ (vgl. ebd., S. 210–211).

Im August 1938 fand sich die „intellektuelle Avantgarde des militanten Wirtschaftsliberalismus“ (Dixon 2000, S. 9) in Paris zusammen, um Walter Lippmanns Buch *The Good Society* zu diskutieren<sup>60</sup> (vgl. Lippmann 1945). Es herrschte Angst vor einem totalitären und durchbürokratisierten Staat unter den Liberalen. Professor Rougier, französischer Philosoph und ein Organisator des Treffens, formulierte dies folgendermaßen:

„Das Drama unserer Zeit besteht in der Blindheit der Linken, die von einer politischen Demokratie und einer Planwirtschaft träumen, ohne zu begreifen, daß *die Planwirtschaft den totalitären Staat impliziert* und daß der liberale Sozialismus ein Widerspruch in sich ist. Das moralische Drama unserer Zeit besteht in der Blindheit der Rechten, die mit Bewunderung zu den totalitären Regimen aufblicken und zugleich die Vorzüge einer kapitalistischen Ökonomie fordern, ohne sich jedoch darüber im Klaren zu sein, daß der totalitäre Staat das Privateigentum auffrißt und sich jegliche Form von Wirtschaftstätigkeit eines Landes gefügig macht und durchbürokratisiert [Hervorhebung im Original]“ (Cockett 1994, zitiert nach Dixon 2000, S. 9).

Das Kolloquium war Diskussionsort für die Neuausrichtung des liberalen Denkens. Die Intellektuellen waren sich einig, dass der Neuanfang auch einen neuen Begriff bräuchte.

---

<sup>60</sup> In deutscher Sprache 1945 unter dem Titel *Die Gesellschaft freier Menschen* erschienen (vgl. Lippmann 1945). Lippmann kritisiert vor allem den sogenannten Kollektivismus und die damit einhergehende Planwirtschaft. Er trifft damit die Befürchtungen anderer Liberaler auf den Kopf. „Im apokalyptischen Diskurs wurden die Gefahren des ‚Kollektivismus‘ und das dabei als offensichtlich artikulierte Zuwiderhandeln gegen die menschliche Natur entfaltet. Dagegen verkündet er im eschatologischen Diskurs die Freiheit des Liberalismus. [...] Inhaltlich und strategisch legte er in seinem Buch die Grundlage für den auf Hegemoniegewinnung orientierten Neoliberalismus, dessen berühmtester Vertreter später Friedrich August von Hayek sein wird“ (Walpen 2004, S. 54). Interessanterweise gab der sozialphilosophische Schlussteil Keynes‘ aus dessen *Allgemeiner Theorie der Beschäftigung* (vgl. Keynes 2009) und damit der Widersacher den Anstoß zu diesem Projekt. Keynes ging davon aus, dass der Einfluss der Intellektuellen auf die politischen Machthaber sehr groß ist, selbst wenn Letztere sich frei von derartigen Einflüssen wähnen: „Von der zeitgenössischen Stimmung abgesehen, sind aber die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind, einflussreicher, als gemeinhin angenommen wird. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen“ (ebd., S. 323). Lippmann war überzeugt davon, dass die Liberalen einen Wandel im Denken bezüglich des Liberalismus herbeiführen könnten, blieben sie nur hartnäckig genug und über einen längeren Zeitraum engagiert. „Wenn ich sage, dass die Wiedergeburt des Liberalismus gewiss ist, so meine ich damit natürlich nicht, dass sie noch in unserer Zeit kommen muss“ (Lippmann 1945, S. 280, zitiert nach Walpen 2004, S. 54; vgl. Walpen 2004, S. 54 f.).

Nach einiger Diskussion einigte man sich auf die Selbstbezeichnung Neoliberalismus (vgl. Walpen 2005, S. 211). Die Intellektuellen waren sich bewusst, dass sie mit viel Arbeit ohne kurzfristige Erfolge zu rechnen hätten.

„Zur Durchsetzung dieses neuen Konzepts rechnen Neoliberale wie Friedrich August von Hayek [...] mit einem Prozeß, der sich über zwei bis drei Generationen erstrecken wird. Von Anfang an werden Think Tanks gegründet und Publikationsorgane ins Leben gerufen, um die neoliberalen Interessen zu propagieren und durchzusetzen“ (Walpen 2000, S. 5).

Damit war das Fundament gelegt. Der Zweite Weltkrieg beschränkte die Bemühungen der Neoliberalen, die ihre Arbeit aber nicht stoppten. 1944 erschien Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft*<sup>61</sup> (vgl. Hayek 2004), ein Jahr später Poppers *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*<sup>62</sup> (vgl. Popper 2003a, 2003b). Beiden Werken bescheinigt Walpen, einen enormen Einfluss auf die Gesellschaft gehabt zu haben (vgl. Walpen 2000, S. 5). Neun Jahre später trafen sich einige der Kolloquiumsteilnehmer wieder, diesmal auf einem Berg in der Schweiz. Intellektuelle Unternehmungen, „den kollektivistischen ‚Zeitgeist‘ in eine marktradikale Richtung zu beeinflussen“ (ebd.), gipfelten im Gründungstreffen der MPS.

### 4.3 Die Gründung der Mont Pelerin Society

Das Treffen fand vom ersten bis zum zehnten April 1947 statt. Austragungsort war das Hotel du Parc auf dem Mont Pèlerin. Diverse Firmen und Stiftungen machten das Treffen durch Spenden möglich. Vor allem aus den USA kamen finanzielle Mittel, zum Beispiel von der Rockefeller-Stiftung.<sup>63</sup> Die engen Beziehungen zur London School of

---

<sup>61</sup> 1945 erschien das Buch auf Deutsch (vgl. Hayek 2004). Im Internet ist eine spannende Rezension aus der damals noch jungen Wochenzeitung *Die Zeit* zu finden. Darin heißt es: „Hayek steht auf dem Boden der klassischen liberalen Theorie und analysiert von daher die geistige und ökonomische Situation der Zeit. Er kommt dabei zu der eigenartigen Feststellung, daß der Sozialismus als kollektives Prinzip die Antithese der politischen Freiheit sei und darum zwangsläufig den Totalitarismus zeitigen müsse. Es ergibt sich daraus die überraschende Feststellung, daß Sozialismus und Demokratie miteinander unvereinbar seien“ (vgl. Zeit Online 1946).

<sup>62</sup> Bernhard Walpen nannte seine hegemonietheoretische Studie zur MPS in Anlehnung an Popper *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft* (vgl. Walpen 2004, S. 39 f.). „Die Disqualifizierung all jener, die Kritik an der ‚offenen Gesellschaft‘ üben und den Kapitalismus bekämpfen, als Feinde (und nicht als Gegner) war mehr als nur ein rein philosophischer Diskurs: Gleichgültig, ob Popper es wollte oder nicht, hat er doch die Losung für den Umgang mit den ‚Feinden‘ geliefert. Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ (ebd., S. 40).

<sup>63</sup> „Philanthrokapitalistische Stiftungen“ haben im 20. Jahrhundert viel zur Erneuerung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse beigetragen (vgl. Djuren 2008). Auf Deutschland bezogen, ist die Bertelsmann-Stiftung wohl eine der einflussreichsten. Die Stiftung versucht stetig Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen zu nehmen und leistet dadurch einen erheblichen Beitrag zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft: „Der Stiftung gelang es, der Agenda 2010 des Reformkanzlers ihren Stempel aufzudrücken. Bezeichnenderweise ist es nahezu unbekannt, dass die Stiftung die Hochschul-, Gesundheits-, Wirtschafts-, und Arbeitsmarktpolitik seit dem Antritt der Regierung Schröder entscheidend bestimmt

Economics<sup>64</sup> (LSE) spielten ebenfalls eine große Rolle. Durch sie gelang es sogar, Geld von der Bank of England zur Verfügung gestellt zu bekommen (vgl. Walpen 2004, S. 107). Anlass des Treffens waren die relative Isolierung der liberalen Theoretiker durch den Krieg auf der einen Seite und der Erfolg des Sozialismus auf der anderen Seite.

„Das Ziel der MPS bestand darin, die eigene Tradition zu sichern [...], neue Theorien und Analysen zu entwickeln und ein politisches Projekt im weiten Sinn zu entwerfen, das zur damaligen Zeit in einer gewissen Distanz zum hegemonialen politischen Feld stand. Die Aktivitäten der MPS sollten zunächst auf die Zivilgesellschaft einwirken (über die MPS als transnationales Netzwerk neoliberaler Intellektueller und über die think tanks auf die öffentliche Meinung) sowie über eine ‚liberale Utopie‘ (Hayek) entscheidenden Einfluss auf den Alltagsverstand gewinnen“ (Walpen 2005, S. 213).

Hayek erhob es zum Ziel der Gesellschaft, Intellektuelle aus sämtlichen Lagern für die „liberale Utopie“ (ebd.) zu gewinnen. Keith Dixon zitiert eine Äußerung Hayeks auf einer Veranstaltung: „Ich bin stets davon überzeugt gewesen, daß wir, so wir unsere wirtschaftliche und politische Freiheit behalten wollen, unsere Bemühungen auf die Bekehrung der Intellektuellen in ihrer Eigenschaft als Meinungsmacher richten müssen“ (Dixon 2000, S. 46–47). Hayek zeigte sich, wie Walter Lippmann auch, stark beeindruckt von den sozialphilosophischen Ideen Keynes‘:

„In dieser [von Keynes dargelegten] langen Sicht müssen wir unsere Aufgabe betrachten. Wir müssen uns mit den Meinungen befassen, die sich verbreiten müssen, wenn eine freie Gesellschaft erhalten oder wiederhergestellt werden soll, nicht mit dem, was im Augenblick durchführbar erscheint“ (Hayek 1976, S. 143, zitiert nach Walpen 2004, S. 113).

Hayek nahm an, dass politische Entscheidungen – auch in Demokratien – weniger über Wahlen getroffen werden. Die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung sah er durch die dominante intellektuelle Tendenz vorgegeben, die ihre öffentliche Wirksamkeit etwa über Journalisten und Lehrer entfalte. Die Produzenten der Ideen seien die „Original Thinkers“, während die „Second Hand Dealers“ die Ergebnisse der Ideologieproduktion in die Öffentlichkeit trügen, um sie wirksam werden zu lassen. Die Thinktanks sollten die Rolle der „Second Hand Dealers“ einnehmen, die Theoretiker der MPS gehörten zu den „Original Thinkers“ (vgl. ebd., S. 112 ff.). Die allermeisten Mitglieder der MPS

---

hat. An die breite Öffentlichkeit tritt die Stiftung nämlich meist nur mit publikumswirksamen Aktionen wie Preisverleihungen, Foren oder Empfängen“ (vgl. Böckelmann 2004).

<sup>64</sup> Hayek und Popper lehrten dort, beziehungsweise hatten dort gelehrt. Auch andere MPS-Mitglieder, Lionel Robbins oder Arthur Seldon beispielsweise, standen in engem Kontakt zur LSE. Die Universität ist eine der führenden in Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit enormen Einfluss auf die politische Welt. „LSE is a specialist university with an international intake and a global reach. Its research and teaching span the full breadth of the social sciences, from economics, politics and law to sociology, anthropology, accounting and finance. Founded in 1895, the School has an outstanding reputation for academic excellence. 16 Nobel prize winners have been LSE staff or alumni“ (The London School of Economics and Political Science 2014).

teilten Hayeks Einschätzungen, was die Wichtigkeit der Intellektuellen anging (vgl. ebd., S. 133).

Gründungsmitglieder der Vereinigung waren neben Hayek, Friedman, Mises und Popper auch die beiden Deutschen Walter Eucken und Wilhelm Röpke – eine „regelrechte Internationale neoliberaler Intellektueller“ (Dixon 2000, S. 26). Oberstes Anliegen war es, die versprengten liberalen Intellektuellen an einem Ort zusammenzubringen. Viele kannten sich untereinander gar nicht und waren theoretisch wenig mit den Arbeiten der anderen vertraut. Bei diesem und den darauffolgenden Treffen tauschte man sich aus, es wurden Freundschaften geschlossen und es bildete sich eine Art Kameradschaft heraus.<sup>65</sup> Bei allem Konsens gab es immer wieder hitzige Diskussionen zwischen den Teilnehmern, es handelte sich um „alles andere als eine geschlossene, ideologisch einheitliche Gruppe“ (Walpen 2004, S. 102).<sup>66</sup> Nichtsdestotrotz nahm „die neoliberale ‚Suche nach dem verheissenen Land‘ als ‚Reconquista‘ ihren konzertierten Anfang“ (Walpen 2000, S. 6).<sup>67</sup>

---

<sup>65</sup> Friedman bezeichnete das Treffen als eine Art „spirituellen Jungbrunnen“ (Walpen 2004, S. 103) und „Batterieaufladestelle“ (ebd., S. 105); „es habe ihn politisiert“ (ebd., S. 103). Hayek erhoffte sich neben der eigentlichen Kontaktaufnahme ein gegenseitiges „Mutmachen“ (ebd.). „Die MPS fungiert als ein für die Mitglieder wichtiger Treffpunkt, um sich über aktuelle Probleme und theoretische Fragen auszutauschen und sich dabei gegenseitig emotional zu unterstützen. Zugleich bildet sie eine Vergemeinschaftungsform, die nicht nur über Prinzipien- und Interessengleichheit wirkt, sondern auch über soziale Anlässe (Ausflüge, Essen, Tanz u.a.m.), wo Kameradschaft erlebt und Freundschaften gepflegt, geschlossen oder vertieft werden“ (ebd., S. 106).

<sup>66</sup> Vor allem der marktradikalere Flügel um von Hayek, von Mises und Friedman hatte seine Probleme mit der weniger radikalen deutschen Seite. Röpke, Rüstow und Müller-Armack (die beiden letztgenannten waren ebenfalls MPS-Mitglieder und werden u.a. als Väter der Sozialen Marktwirtschaft betrachtet), verteidigten die Soziale Marktwirtschaft gegen die von Hayek und Co. präferierte adjektivlose Marktwirtschaft und traten für eine aktivere Verantwortung des Staates ein. Sie betonten die Gefahren eines moralisch „abgestumpften und nackten Ökonomismus“ (vgl. Kießling 2011, S. 57). Der Streit eskalierte in der sogenannten Hunold-Affäre. Rüstow und Röpke traten aus der Gesellschaft aus und das neoliberale Denken begann sich wieder zu radikalieren – ‚je weniger Staat, desto besser funktioniert der Markt‘, lautete das Motto der Chicagoer Schule um Friedman. Auch von Hayek beharrte inzwischen darauf, dass der Markt durch keinerlei staatliche Eingriffe gestört werden dürfe. Der Neoliberalismus wandte sich, entgegen dem Gründungs-Konsens, wieder dem Laissez-faire zu (vgl. Plickert 2008). Entgegen dem Bild, das manche Agenten des Neoliberalismus zeichnen, war der Entwicklungsprozess eher keine harmonische und im Einklang ablaufende Konsens-Geschichte (vgl. Walpen 2004, S. 118 ff.).

<sup>67</sup> „Wie auch immer die Geschichte der ‚Reconquista‘ geschrieben wird, jedenfalls steht fest, dass auf eine blutige und illiberale Geschichte Bezug genommen und auf eine Art Paradies referenziert wurde, das in einem Kampf von den feindlichen Mächten und Kräften zurückzuerobert sei. Das ‚Paradies‘ des Neoliberalismus liegt im 19. Jahrhundert, als die kapitalistische Welt noch keinen Wohlfahrtsstaat kannte. In der ‚Reconquista‘ à la MPS geht es aber darum, immer wieder in eine wahrhaft freie Gesellschaft zu gelangen“ (Walpen 2004, S. 171). Als herausragender Vertreter der ‚Reconquista‘ – mit dem Begriff wird auf die Rückeroberung der iberischen Halbinsel von den Muslimen durch das Christentum rekuriert –, lässt sich der ehemalige MPS-Präsident und Schatzmeister der Gesellschaft Edward Feulner nennen. „Nicht alle im neoliberalen Lager verstehen sich als Anhänger einer Religion, wie Feulner, der ‚es ernst meint mit seinem katholischen Glauben.‘ [...] Auf dem Mont Pèlerin fordert er die Mitglieder auf, ‚wir sollten uns selbst zuerst und zuvorderst als Pilger betrachten‘. In Barcelona verortet er die MPS innerhalb

#### 4.4 Nachkriegszeit und Kalter Krieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg verwendete die USA große Anstrengungen darauf, kommunistische Einflüsse so klein wie möglich zu halten. Außenminister George Marshall entwickelte vor diesem Hintergrund den nach ihm benannten Marshall-Plan für europäischen Wiederaufbau, eigentlich European Recovery Program.<sup>68</sup> 1949 gründete sich die NATO als westlich-liberales Verteidigungsbündnis, der Warschauer Pakt, das östliche Pendant, wurde sechs Jahre später initiiert. In der westlichen Öffentlichkeit herrschte extreme Angst vor dem Sozialismus, die von den Machthabenden zusätzlich geschürt wurde. Senator Joseph McCarthy trieb diese Hetze bis auf die Spitze (vgl. Walpen 2004, S. 119).<sup>69</sup>

Nach den Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg gab es in Europa, vor allem in Deutschland, in der Öffentlichkeit vermehrt Forderungen nach staatlicher Verantwortung, Egalität und Planung in sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Sozialistische Bewegungen verbreiteten Optimismus und die konservativen Eliten waren diskreditiert (vgl. Walpen 2000, S. 6). Carlo Mötteli – ehemaliger Leiter des Wirtschaftsressorts der Neuen Zürcher Zeitung und MPS-Mitglied – und die anderen neoliberalen Größen sahen ein, dass auf die Forderungen Rücksicht genommen werden muss, wolle man gehört werden. „Nicht nur Mötteli ist es klar, daß es für die Nöte des kleinen Mannes eine, wie auch immer geartete, Lösung braucht. Das sehen andere Neoliberale wie Wilhelm Röpke und Hayek ebenfalls“ (ebd.).<sup>70</sup> In Deutschland war es

---

der aggressiven Tradition des Katholizismus, der Reconquista, die die Grundlage der Kreuzzüge, Ketzerverfolgungen und Hexenverbrennungen bildete. Im Hinblick auf das verheissene Land äußern sich Feulner und das neoliberale Programm eschatologisch und greifen schon auf die glorreiche Geschichtsschreibung vor, die ‚dieser Gruppe [der MPS] tapferer Männer und Frauen‘ gewiß sein wird, wenn ‚unser Kampf endlich gewonnen ist‘“ (Walpen 2000, S. 6). Feulner war zudem langjähriger Präsident der Heritage Foundation, eines konservativen und wirtschaftsliberalen Thinktanks. „Founded in 1973, The Heritage Foundation is a research and educational institution — a think tank — whose mission is to formulate and promote conservative public policies based on the principles of free enterprise, limited government, individual freedom, traditional American values, and a strong national defense” (The Heritage Foundation 2014).

<sup>68</sup> Der Marshall-Plan kann als transnationale Wirtschaftspolitik keynesianischer Prägung gesehen werden. Gegen diese Art von Staatsinterventionismus hatten die Liberalen nichts einzuwenden, richtete er sich doch gegen den von ihnen gefürchteten Kollektivismus (vgl. Walpen 2004, S. 119).

<sup>69</sup> Der Kalte Krieg war ein äußerst antiliberaler Zeitabschnitt. Die Wirtschaftsliberalen zeichneten sich jedoch durch eine deutliche Freiheitsrhetorik bezüglich antikommunistischer Politik aus und unternahmen wenig bis nichts gegen McCarthys Jagd auf Kommunisten (vgl. ebd., S. 120). Auch Milton Friedman, als erklärter Gegner des Totalitarismus auch vermeintlicher Gegner des Vorgehens McCarthys, hielt sich aus der Debatte heraus. Walter Lippmann war interessanterweise Wortschöpfer des Kalten Krieges (vgl. ebd., S. 123).

<sup>70</sup> Der Begriff der *Sozialen Marktwirtschaft* wurde im Verlaufe der Zeit von den Gewerkschaften und der SPD aufgegriffen und politisch in die Richtung sozialer Sicherheit weiterentwickelt. Hayek wird im Laufe seines Lebens eine vehemente Abneigung gegen den Begriff sozial entwickeln. „Das ‚Wieselwort‘



der Ordo-Liberalismus, die sogenannte Freiburger Schule, der es verstand, ein Konkurrenzprogramm zum Sozialismus zu entwerfen.

„Mit dem von Alfred Müller-Armack geprägten Begriff ‚Soziale Marktwirtschaft‘ gelingt es, einen Teil der Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften, und viele, die mit dem Sozialismus sympathisieren, für den Neoliberalismus zu gewinnen. Zwar waren die meisten Verfechter der sozialen Marktwirtschaft überzeugt, daß sie in sich sozial sei, doch es war notwendig, gegenüber den sozialistischen Staaten ein soziales Programm zu bieten. Erst so kann die ‚Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus‘ dienen“ (ebd., S. 7).

Die MPS expandierte und konnte schon vier Jahre nach ihrer Gründung Mitglieder aus fast allen Kontinenten vorweisen. Der Schwerpunkt lag zwar weiterhin in Europa und den USA, die Organisation bemühte sich aber, in Südamerika und ab den 1960er-Jahren auch in Japan Mitglieder zu gewinnen. Die Entwicklung der Organisation lief jedoch weiterhin keinesfalls friedlich und im harmonischen Einklang ab. Es gab zweifellos so etwas wie eine Findungsphase, aus der sich Hayek und Friedman als Leitfiguren herauskristallisierten. Im Lauf der Zeit wurde aber eine Art Konsens gefunden, ohne dass so etwas wie eine Einheitsdoktrin entstanden wäre. Die Neoliberalen konzentrierten sich in ihrer Arbeit vor allem auf den wissenschaftlichen Bereich und hielten sich politisch zurück, um keine Abgrenzungskämpfe entstehen zu lassen, die für das Projekt gefährlich werden konnten (vgl. Walpen 2005, S. 213 f.).

#### 4.4.1 Die WAAGE – beeinflusst durch die MPS und Vorbild der INSM

Wie kam es eigentlich dazu, dass „Soziale Marktwirtschaft“ zu einem der erfolgreichsten politischen Schlagwörter der Bundesrepublik geworden ist“ (Ptak 2004b, S. 279)? Ralf Ptak sieht den Erfolg des Begriffs durch eine „aufwendige und gezielte Kommunikationsstrategie“ (ebd.) begründet – knapp 50 Jahre vor der Entstehung der sogenannten Reforminitiativen.

Die politischen Kämpfe im Deutschland der Nachkriegszeit waren geprägt durch das Gegensatzpaar Planwirtschaft versus Soziale Marktwirtschaft. Konrad Adenauer, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard, die letzten beiden waren MPS-Mitglieder, schafften im Bundestagswahlkampf 1949 „die Grundlage für das ‚vielleicht wichtigste Fahnenwort des konservativen und wirtschaftsliberalen Teiles des politischen

---

(Hayek) beraube die Marktwirtschaft ihres Inhalts, weil es, wie ein Wiesel, die Fähigkeit hat, ein Ei auszusaugen, ohne daß es dabei zerstört wird. Analog dazu raubt das Adjektiv ‚sozial‘ der Marktwirtschaft den Inhalt, wengleich es die Hülle intakt läßt“ (Walpen 2000, S. 8).

Spektrums der Bundesrepublik“ (ebd., S. 280).<sup>71</sup> Es ging in der Folge darum, den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft in der Breite zu verankern und ihm zur Konsensfähigkeit zu verhelfen. 1953 wurde die bis heute aktive Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) gegründet, die sich mit ihrem Programm jedoch an ein eher bürgerlich-akademisches Publikum richtete (vgl. ebd.).<sup>72</sup>

Die Idee zur Gründung eines Vereins im Dienste der Sozialen Marktwirtschaft kam, wie es später bei der INSM auch sein wird, aus dem Lager der Wirtschaft.<sup>73</sup> Die WAAGE-Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs e. V. wurde 1952 gegründet. Ludwig Erhard schlug vor, die Kommunikationswerkzeuge, die ihm aus der Werbebranche bekannt waren, für die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins zu verwenden. Ein Novum für Deutschland. Erhard hatte PR-Erfahrungen in den USA gesammelt (vgl. ebd., S. 280f.).

„Nach Erstellung einer ersten Konzeption durch den Werbefachmann Hanns W. Brose und der von Erhard unterstützten Akquirierung eines ausreichenden Startkapitals bei bundesdeutschen Unternehmensvorständen der Großindustrie wurde das WAAGE-Projekt dann im Herbst 1952 gegründet. Seine Aktivitäten prägten von da an über ein Jahrzehnt die öffentliche Meinungsbildung der Bundesrepublik in den Themenfeldern Wirtschaft, Arbeit und Konsumverhalten, bis das Projekt 1965 vor dem Hintergrund sich verändernder wirtschaftlicher und politischer Bedingungen eingestellt bzw. in die nunmehr institutionalisierten Arbeitgeberverbände integriert wurde“ (ebd., S. 281).

Auf lange Sicht sollte ein am Markt orientiertes Wirtschaftssystem sozialpsychologisch in der noch jungen Bundesrepublik etabliert werden. Kurzfristig ging es den Initiatoren um die Wiederwahl des bürgerlichen Lagers bei der Bundestagswahl 1953. Im Herbst 1952 startete der Verein eine breit gestreute Anzeigenkampagne, um die Skepsis

---

<sup>71</sup> Die durch Erhard verfolgte Ordnungspolitik hatte ihren theoretischen Ursprung in der MPS. „Ein früher Durchbruch gelang den Neoliberalen ausgerechnet im kriegszerstörten Deutschland, als Ludwig Erhard 1948 eine abrupte Entfesselung des Marktes wagte. Die Grundzüge dieser Politik waren am Mont Pèlerin skizziert worden“ (vgl. Plickert 2008).

<sup>72</sup> Plehwe und Walpen sehen die ASM in direkter Beziehung zur MPS, denn das MPS-Mitglied Rüstow war in der ASM von Anfang an dabei (vgl. Plehwe/Walpen 2004). Jürgen B. Donges, der zum Wissenschaftsrat der ASM gehört, ist auch Botschafter der INSM. Hans D. Barbier, Journalist und Vorsitzender des Vorstands der Ludwig-Erhard-Stiftung, ist Vorstandsmitglied der ASM und nach Jürgen Nordmann der herausragendste marktradikale Journalist im deutschsprachigen Raum. Er gehört damit in die Kategorie, die Hayek Second Hand Dealers nannte, Akteure, die theoretische Ideen in die Öffentlichkeit tragen (vgl. Nordmann 2009, S. 259–263). Paul Kirchhof, der 2003 von der INSM und den Lesern der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zum Reformator des Jahres gekürt wurde, ist letztes Jahr mit der Alexander-Rüstow-Plakette ausgezeichnet worden. Der Preis wird von der ASM vergeben und ehrt Personen, die sich um die Soziale Marktwirtschaft verdient gemacht haben.

<sup>73</sup> „Entstanden ist die Idee im Umfeld des Bundes der Katholischen Unternehmer. Im Mai 1952 schickte der Generaldirektor der Phönix-Gummiwerke Hamburg-Harburg, Otto A. Friedrich einen Brief, versehen mit der Unterschrift Ludwig Erhards, an ausgewählte deutsche Unternehmer“ (Speth 2004, S. 14). Die größten Geldgeber waren Bayer, BASF und Höchst, die alle in der chemischen Industrie angesiedelt und Mitglieder der IG-Farben waren (vgl. ebd.).

gegenüber der marktwirtschaftlichen Politik der Regierung zu vertreiben.<sup>74</sup> Die Kernbotschaft lautete: Wirtschaftliche Prosperität trägt den Namen Ludwig Erhard! Dieser stellte sein Gesicht zu Verfügung – die Soziale Marktwirtschaft das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzept (vgl. ebd.).<sup>75</sup> „Damit war das Mythosgefüge von der Nachkriegszeit als ökonomischer und sozialer Erfolgsgeschichte infolge des Dreigestirns ‚Erhard – Soziale Marktwirtschaft – Wirtschaftswunder‘ geboren“ (ebd., S. 282).<sup>76</sup>

Der Wahlkampf wurde gewonnen und die Konzeption der WAAGE e. V. „sollte fortan die Wahlkampfkultur der Bundesrepublik nachhaltig beeinflussen“ (ebd.). Um das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft bekannt zu machen, wurde die nach dem Krieg durch die Westalliierten etablierte Meinungsforschung betrieben.<sup>77</sup> Vorreiter auf diesem Feld waren Elisabeth Noelle-Neumann und ihr Ehemann Peter, die im Jahr 1947 in Allensbach das Institut für Demoskopie gründeten, das heute eng mit der INSM zusammenarbeitet. Ludwig Erhard gehörte zu den ersten Kunden des Instituts. Elisabeth Noelle-Neumann prägte das

„Selbstverständnis von der politischen Funktion der Demoskopie [...], das offensichtlich den beiden führenden Repräsentanten der westdeutschen Regierung wie auch den zunächst noch politisch verunsicherten Unternehmensverbänden entgegen kam: ‚Wer eine größere Zahl von Menschen beherrschen und lenken will, ist zum Mehrzähldenken gezwungen und umgekehrt: Denken im Mehrzahlbereich ermöglicht die Machtausübung““ (ebd., S. 284).

Die erste durch das Allensbacher Institut durchgeführte Meinungsforschung bildete gleich die Basis für die ersten werbepolitischen Maßnahmen der WAAGE.<sup>78</sup> Es kam in

---

<sup>74</sup> „Insgesamt platzierte die WAAGE bis zur Bundestagswahl mit drei Kampagnen 17 Motive in bis zu 460 Presseorganen mit einer Gesamtauflage von jeweils über 12 Mio. Exemplaren. Die Gesamtkosten beliefen sich für die Jahre 1952/53 [...] auf stattliche 3,78 Mio. DM, wovon knapp drei Mio. DM auf Insertionskosten entfielen“ (Ptak 2004b, S. 281).

<sup>75</sup> „Die Westzonen des besetzten Deutschland ‚hatten Glück in jenem Jahr 1948. Ein Mann machte Schluß mit der Bezugsscheinwirtschaft, mit Zuteilungen und Schlangestehen. Mutig zerriß er die ‚Behördlichen Vorschriften zur Bewirtschaftung gewerblicher Erzeugnisse‘ – Anstelle der Kommando-Wirtschaft setzte er die SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT‘, ließ der erste Anzeigentext des WAAGE-Projekts verlauten, um dann fortzufahren: ‚So entfesselte im Jahr 1948 die Soziale Marktwirtschaft die Kraft unseres Volkes für den Wiederaufbau – und kaum drei Jahre später lief die deutsche Wirtschaft wieder volle Kraft voraus. Niemals dürfen wir deshalb vergessen, was Arbeiter und Unternehmer seit jenen Tagen in einmütiger Zusammenarbeit geschaffen haben. [...] Allein der freiheitliche Wettbewerb der Sozialen Marktwirtschaft brachte uns wieder ein besseres Leben und eine hoffnungsvolle Zukunft““ (ebd., S. 281 f.).

<sup>76</sup> Das im Rahmen des Marshall Plans getätigte Eingreifen der USA sollte den Kapitalismus im Allgemeinen und die junge BRD im Speziellen gegen die Verlockungen des Sozialismus stärken und einen Absatzmarkt für US-amerikanische Güter schaffen.

<sup>77</sup> „Dabei erwies sich die an US-amerikanischen Erfahrungen angelehnte Form der Public Relations im politisch-öffentlichen Raum als geeignete Form der zeitgemäßen Massenbeeinflussung.“ (ebd., S. 283) Das Fundament für die heutige Arbeit der Meinungsmache wurde damit gelegt.

<sup>78</sup> Auf YouTube gibt es einige interessante Filme aus den Werbekampagnen der WAAGE zu sehen (vgl. Die WAAGE e. V. 1957, Die WAAGE e. V. 1959). In einem Film von 1957 soll dem Zuschauer

den ersten Jahren zu einer engen Verflechtung zwischen dem Verein und dem Institut. Letzteres konnte sich durch die enorme finanzielle Ausstattung der WAAGE als führendes deutsches Meinungsforschungsinstitut etablieren. Die Allensbacher Demoskopien lieferten, wie heute auch, „die Datengrundlage für das Propaganda-Projekt Soziale Marktwirtschaft“ (vgl. ebd.).<sup>79</sup>

#### 4.5 Aufstieg in den 60er-Jahren

In den 1960er-Jahren wurden die Mitglieder der MPS vermehrt – und äußerst erfolgreich – publizistisch tätig. Viele veröffentlichten wichtige Arbeiten: Hayeks *Die Verfassung der Freiheit* erschien (vgl. Hayek 1983), Bruno Leoni<sup>80</sup>, italienischer Jurist und MPS-Mitglied, veröffentlichte *Freedom and the Law* (vgl. Leoni 1991), Friedman schrieb 1962 *Kapitalismus und Freiheit* (vgl. Friedman 2002), James Buchanan<sup>81</sup>,

---

nahegebracht werden, wie gut es ihm eigentlich geht, verglichen mit dem Zustand nach Ende des Krieges. Im Stil der Werbung dieser Zeit wird viel gereimt, zum Beispiel: „Behalte deinen klaren Blick und bleibe fest und stark, bewahre deinen klaren Blick, und du bewahrst die deutsche Mark!“ (vgl. Die WAAGE e. V. 1957). Gegen Ende des Spots ist eine Ein-DM-Münze zu sehen, von deren Rückseite Ludwig Erhard dem Betrachter ins Gesicht schaut. Abschließend wird der Slogan „Gesichert durch Erhard’s Soziale Marktwirtschaft“ eingeblendet (vgl. ebd.). In einem weiteren Film von 1959 (gezeichnet von Vicco von Bülow alias Loriot!) heißt es: „Anstatt mit leerer Hand zu grollen, schöpft er nun plötzlich aus den Vollen, schafft was er will, aus eigener Kraft, in der sozialen Marktwirtschaft!“ Die Botschaft des Films lautet in etwa: Konzentriere dich auf die Schule (Bildung), wähle danach den Beruf, den du möchtest, der ist am Anfang vielleicht nicht gut bezahlt, aber mit Fortbildungen, Sparsamkeit und Bodenständigkeit schaffst du es letztlich, wohin du nur willst. Fernhalten hingegen soll man sich vom Glücksspiel und jeglicher Form von „Organisation“, womit vielleicht auf die Gewerkschaften angespielt wird (vgl. Die WAAGE e.V. 1959).

<sup>79</sup> „Allerdings lag in der Verwendung des Adjektivs sozial als Leitvokabel der marktwirtschaftlichen Propaganda auch eine von den Initiatoren nicht gewünschte Nebenwirkung, da die wachsende Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft im Laufe der fünfziger Jahre weniger den wirtschaftsliberalen Grundsätzen zu folgen schien als vielmehr einem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit im Sinne einer eher sozialistischen Wertorientierung. Parteipolitisch wurde die Soziale Marktwirtschaft deshalb in den Umfragen eher den Sozialdemokraten zugeordnet als den regierenden Christdemokraten“ (Ptak 2004b, S. 285). Insgesamt „dürften sich die summierten Gesamtausgaben für die WAAGE-Aktivitäten in Höhe von 16,11 Mio. DM [...] bezahlt gemacht haben. Erfolgreich war in jedem Fall die aktive Wahlkampfhilfe für die konservativ-liberalen Parteien bis in die frühen sechziger Jahre. Aber auch der eigentliche Werbeauftrag konnte umgesetzt werden, indem es gelang, die Idee der Sozialen Marktwirtschaft als ein begriffliches Markenprodukt auf dem politischen Markt zu etablieren [...]“ (ebd., S. 287).

<sup>80</sup> „Bruno Leoni was surely the most important Italian free market thinker of the 2nd half of the 20th century. Here we have an outstanding analysis of the relationship between law and freedom, one that follows up on Bastiat and, many argue, exceeds Hayek in rigor and consistency“ (vgl. Ludwig von Mises Institute 2009).

<sup>81</sup> Buchanan beschreibt in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung seinen Wandel vom „flammenden Kommunisten“ zu einem Verehrer des freien Marktes durch die Bekanntschaften mit Frank H. Knight und Milton Friedman an der Universität von Chicago. „Ich war in null Komma nichts umgedreht“ (vgl. Horn 2009). Im Interview zeigt sich auch etwas von der neoliberalen Abneigung gegenüber der Demokratie: „Mein Denken ist vollkommen davon durchdrungen, dass es stets darum gehen muss, Minderheiten vor der Tyrannei der Mehrheit zu schützen. Ich wollte den Zwang minimieren, den Menschen über Menschen ausüben. Ich habe immer sehr empfindlich darauf reagiert, wenn Minderheiten unterdrückt werden oder Unterdrückung gerechtfertigt werden soll“ (vgl. Horn 2009).

Ökonom und MPS-Mitglied, veröffentlichte *The Calculus of Consent* (vgl. Buchanan 1962) und Gary Becker<sup>82</sup>, ebenfalls Ökonom und MPS-Mitglied, *Human Capital* (vgl. Becker 1993). „Bis Mitte der 1960er-Jahre war die eigene Bibliothek immens angewachsen und im Bereich der Ökonomie und in den Sozialwissenschaften war die Präsenz neoliberaler Intellektueller nicht mehr zu ignorieren“ (Walpen 2005, S. 214).

Die Thinktank-Gründungen wurden im großen Stil vorangetrieben: Von 1950 bis 1969 wurden allein 14 Stück im Umfeld der MPS gegründet (vgl. ebd.). Exemplarisch lässt sich das in London ansässige Institute of Economic Affairs (IEA) nennen. Bei diesen Gründungen handelte sich um

„einen entscheidenden Schritt in der langfristigen Strategie des Neoliberalismus. Innerhalb der hegemonialen Verhältnisse des Keynesianismus und beim Kampf um die Hegemonie spielten die Apparate der Think Tanks und Stiftungen eine wichtige Rolle, wobei sie vor allem im Bereich der Weltanschauung, des Ideologischen und in den Wissenschaften wirkten“ (Walpen 2004, S. 128).

Anthony Fisher, Gründer und Geldgeber des IEA, gibt an, von Hayeks *Weg zur Knechtschaft* (vgl. Hayek 2004) zum Neoliberalismus bekehrt worden zu sein (vgl. Walpen 2004 S, 342).<sup>83</sup> Hayek sah das Institut von Anfang an politisch, es sollte

---

Zusätzlich interessant ist, dass das Gespräch von Karen Ilse Horn geführt wurde, der ehemaligen Leiterin des Hauptstadtbüros des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, mit dem die INSM ganz eng zusammenarbeitet. Seit 2011 ist Horn Vorsitzende des Vorstands der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft. Sie ist auch Vorstandsmitglied der ASM, Mitglied der MPS, stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende des Walter Eucken Instituts und schreibt für den Ökonomen-Blog der INSM. 2012 saß sie in der Jury eines von der INSM zusammen mit dem Zeit-Verlag veranstalteten Essay-Wettbewerbs zur „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. von Hennem 2012).

Das vollständige Interview mit Buchanan erschien in ihrem Buch *Die Stimme der Ökonomen. Wirtschaftsnobelpreisträger im Gespräch* (vgl. Horn 2012, engl. *Roads to wisdom, conversations with ten Nobel laureates in economics*, in Anlehnung an Hayeks *Road to serfdom*, dt. *Der Weg zur Knechtschaft*, vgl. Hayek 2004). Ein weiteres Buch von ihr, *Die Soziale Marktwirtschaft: Alles, was sie über den Neoliberalismus wissen sollten*, stellt den Versuch dar, Zuspruch für den Neoliberalismus unter dem Deckmantel eines Sachbuchs zu gewinnen. Sie konstatiert etwa, dass der Mindestlohn die Marktwirtschaft zerstöre oder dass Transferleistungen die Menschen antriebslos machen würden (vgl. Horn 2010, S. 133–184). Das Buch erschien in der Reihe Frankfurter Allgemeine Buch und wird vom Verlag als Schulbuch beworben (vgl. C. C. Buchner Verlag GmbH & Co. KG 2014).

<sup>82</sup> Becker war wohl einer der ersten Ökonomen, der soziologische Themen mit den Werkzeugen der Ökonomie zu fassen versuchte. „Becker, Träger des Nobelpreises für Ökonomie, hat den Gedanken entwickelt, daß der Darwinismus Grundlage jener Fähigkeit der Nutzenabwägung ist, die den ökonomischen Akteuren immer zugeschrieben wird [...]“ (Bourdieu 1998a, S. 51).

<sup>83</sup> Die in Fußnote 59 zitierte Textstelle Keynes' zum Einfluss der Intellektuellen schlug Anthony Fisher in seinem Büro an die Wand (vgl. Walpen 2004, S. 342). Fisher war ein äußerst produktiver Neoliberaler. „Der Name des Briten Anthony Fisher ist geradezu allgegenwärtig in der Geschichte der *think tanks* der angelsächsischen Welt. Als ein 1945, nach seiner Lektüre von *Der Weg zur Knechtschaft* von Hayeks (in der Version des *Reader's Digest*), zum Neoliberalismus konvertierter glühender Antikommunist, widmete er sein Leben gleichzeitig seiner gewerblichen Tätigkeit (er wurde durch die industrielle Aufzucht von Brathähnchen zum Milliardär [...]) und der aktiven Unterstützung für neoliberale *think tanks* in der gesamten angelsächsischen Welt [Hervorhebung im Original]“ (Dixon 2000, S. 32). Fisher wohnte der Gründungsversammlung der MPS bei und wurde zum Hauptgeldgeber des IEA (vgl. ebd.). In den 1970ern bereiste er den Planeten und legte unter anderem Grundsteine für so bekannte Thinktanks wie

„über die Begrenzungen gehen, die für die Mont Pèlerin Society gelten würden. Eine entscheidende Aufgabe bestand darin, öffentlich zu intervenieren und auf diese Weise marktradikalen Ansichten Gehör zu verschaffen. Um Glaubwürdigkeit zu erreichen, setzte Hayek auf Intellektuelle und Experten, die ihre Autorität und ‚Neutralität‘ aus den Wissenschaften einbrachten“ (vgl. ebd., S. 129).

Schon 1957 veröffentlichte das IEA eines von vielen Pamphleten gegen den Wohlfahrtsstaat (vgl. ebd., S. 130).<sup>84</sup> Für den Zeithistoriker Anselm Doering-Manteuffel bilden MPS und IEA den „Kern eines Netzwerks prononciert antisozialistischer und bisweilen radikal liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftstheoretiker“ (vgl. Doering-Manteuffel 2008, S. 32). Das Gespann habe nach 1970 sehr einflussreich zur Verbreitung der „marktradikalen Freiheitsideologie Hayeks“ und der ökonomischen Theorien Milton Friedmans beigetragen (vgl. ebd.).

#### 4.6 Die Krise des Fordismus und die 70er-Jahre

Ende der 1960er-Jahre geriet der Fordismus in eine Systemkrise.<sup>85</sup> Es kam zu Arbeitskämpfen und Revolten. Die Krise beschränkte sich nicht auf eine oder wenige Regionen, sie bestimmte die Gesellschaft international. Sowohl die herrschenden Arbeitsformen und Beschäftigungsverhältnisse als auch der patriarchale Wohlfahrtsstaat wurden in Frage gestellt und sahen sich enormer Kritik ausgesetzt. 1973 verschärfte die Ölkrise diese Probleme. Als Antwort darauf wurden die internationalen Währungskurse flexibilisiert, es entstanden neue Finanzinstrumente und die Produktions- und Arbeitsverhältnisse wurden umgebaut. Innovationen in der Technologie- und Kommunikationsbranche ließen ganz neue Formen von Arbeit entstehen. Die wirtschaftliche Konkurrenz internationalisierte sich und es entstand Rationalisierungsdruck, worauf die Öffentlichkeit wiederum mit Revolten und Widerständen antwortete. Die Umwälzungen waren nicht nur wirtschaftlicher Art – die mit dem fordistischen Kapitalismus verknüpften Normen und Werte wurden von vielen in Frage gestellt. Der Wohlfahrtsstaat wurde auf der einen Seite von den Neoliberalen als interventionistischer und auf der anderen Seite von den Linken als bevormundender

---

das Fraser Institute in Kanada oder das International Center for Economic Policy Studies (heute Manhattan Institute for Policy Research) (vgl. ebd.). Er war an der Gründung des Atlas Institute beteiligt, „dessen Aufgabe in der Verbreitung neoliberaler *think tanks* über die ganze Welt bestand. *Atlas* nimmt für sich in Anspruch, zur Gründung von 78 neoliberalen oder neokonservativen *think tanks*, davon 31 in Lateinamerika, beigetragen zu haben [Hervorhebung im Original]“ (ebd., S. 33).

<sup>84</sup> Was die Konzeption des IEA betrifft, so diente die Fabian Society als Vorbild (vgl. Walpen 2004, S. 130), die interessanterweise sozialistisch ausgerichtet war (vgl. Berliner Institut für kritische Theorie 2014).

<sup>85</sup> Zu den Merkmalen der fordistischen Produktionsweise und deren Krise vgl. Nicoll 2009, S. 52–53.

Staat kritisiert. Durch die Antibabypille wurde die herrschende Sexualmoral fragwürdig und die deutsche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit begann. In Deutschland radikalisierten sich linke Studentengruppen und in den USA kämpfte die schwarze Bevölkerung für Bürgerrechte. Gegen die Kriege der USA in Indochina und Vietnam begann sich in der Öffentlichkeit Widerstand zu formieren. Neue Lebensentwürfe entstanden rund um Flower Power und auch die Musik erlebte eine rasche Entwicklung (vgl. Walpen 2004., S. 160 ff.). Im Mai 1968 kam es weltweit zu Protesten, „[e]s schien, als verändere sich alles: Aussehen, Kleidung resp. Nacktheit, Sprache, Moral, Sexualität, Familie, Musik, Kunst usw. Der Gestus des ‚Antiautoritären‘ und Anarchischen schreckte die Autoritären und Autoritäten allerorts“ (ebd., S. 162). Frauen-, Homosexuellen-, Anti-Atomkraft-, Dritte-Welt-, Friedens- und Solidaritätsbewegungen setzten die Gesellschaft unter Druck. Manche Menschen wurden in ihren Lebensweisen erschüttert, andere empfanden die Entwicklungen als Befreiung.

„Gerade die 1970er Jahre zeigen, wie Ideen Wirksamkeit entfalten können, weil sie Eingang in nationale und internationale Organisationen wie Institutionen und in Hegemonialapparate fanden, in denen nicht nur das Agenda-Setting, sondern auch politikrelevante Entscheidungen vorbereitet und die Implementierung neuer wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Techniken betrieben wurden“ (ebd., S. 163).

Den Mitgliedern der MPS, insbesondere Friedman und den Anhängern des Monetarismus, gelang es, die ökonomischen und sozialen Entwicklungen aufzugreifen, theoretisch zu bearbeiten und Vorschläge zur Lösung zu erarbeiten.

„Selbstbewusst wurde die ‚monetaristische Konterrevolution‘ verkündet und man trat aus dem ‚Schatten von Keynes‘ heraus, wie es der LSE- und Chicago-Ökonom Harry G. Johnson proklamierte. Die monetaristische Theorie bot sich deshalb als eine Alternative zum keynesianistischen Ansatz an, weil sie mit ihm wichtige Gemeinsamkeiten teilte: Beides waren Makro- und Geldtheorien und boten konkrete wirtschaftspolitische Rahmensetzungen, Messgrößen und Entscheidungswege. Monetaristische Theorie war ohne einen radikalen Bruch umsetz- und anwendbar. Das jeweilige nationale Regierungspersonal und die Staatsbeamten konnten die neue Doktrin relativ leicht übernehmen. Wirtschaftspolitische Weichenstellungen erfolgten in zahlreichen Nationen Schritt für Schritt“ (vgl. Walpen 2005, S. 215).

Friedman gab Interviews und verfasste Artikel, die in auflagenstarken Zeitschriften wie dem Playboy oder der Newsweek veröffentlicht wurden. 1974 und 1976 erhielten Hayek und Friedman den Preis der schwedischen Reichsbank in Erinnerung an Alfred Nobel, was dem Neoliberalismus einen enormen Zuwachs an symbolischem Kapital bescherte (vgl. ebd.). Die Preise waren für „die neoliberale Bewegung [...] ein wichtiger Moment, gleichsam eine Adellung ihrer Arbeiten [...]“ (Walpen 2004, S. 174). Für die,

„die sich der Sache des Neoliberalismus während ihrer Aufstiegsphase verschrieben hatten, wurden die siebziger Jahre zu heroischen Jahren, in denen endlich alles möglich wurde. Die gesamte Zeit des Konsens über isoliert, war ihnen nun mehr und mehr die Aufmerksamkeit der intellektuellen und ökonomischen Elite gewiß. Sie spielt eine bestimmende Rolle während dieses Jahrzehnts, in dem sich der tiefgreifende Wandel des politischen Lebens [...] vollzog, und der Aufstieg eines neuen, kämpferischen und ideologischeren Konservatismus, der (den strategischen Zielen des *IEA* und der *Société du Mont-Pèlerin* entsprechend) von nun an mit einer revolutionären Vision eines wirtschaftlichen und sozialen Umbaus der [...] Gesellschaft ausgestattet war [Hervorhebung im Original]“ (Dixon 2000, S. 44–45).

Das von den in Thinktanks arbeitenden Intellektuellen geschaffene theoretische Programm wurde von anderen gesellschaftlichen Gruppierungen, von Medien, Konzernen, Politikern und Parteien, aufgegriffen und verbreitet. Nach diesen ersten größeren Erfolgen in den symbolischen Auseinandersetzungen gelangten nun auch der Staat und die Politiker stärker in den Blick. „Einige der neoliberalen und neokonservativen think tanks richteten ihre Aktivitäten konzentriert auf Regierungen, ihre Repräsentanten und ihre Politik aus“ (Walpen 2004, S. 216). Das Adam Smith Institute mit Sitz in England beispielsweise nahm direkten Einfluss auf die Regierung Thatcher (vgl. ebd.).<sup>86</sup>

Das Aufkommen des Neoliberalismus wurde von links zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht weiter beachtet. Die 68er-Bewegung beeinflusste die Mitglieder der MPS nicht (vgl. Walpen 2000, S. 10). Zwischen 68er- und neoliberalen Intellektuellen bestand zudem kein einfacher Gegensatz, ganz im Gegenteil, viele Kritikpunkte wurden geteilt, was die Identifizierung des Neoliberalismus als Gegner erschwerte.

„Neben der schon erwähnten Kritik am Staat und Wohlfahrtsstaat finden sich Konvergenzen der Skepsis gegenüber ‚historischen Gesetzmäßigkeiten‘ im Sinne von Naturgesetzen, in der Erkenntniskritik, in der Emphase auf das Individuum und im schier unerschütterlichen Selbstvertrauen, die richtige Politik zu vertreten, die erfolgreich sein wird“ (Walpen 2004, S. 168).

---

<sup>86</sup> „Das *Adam Smith Institute* (ASI) wurde 1977 in Großbritannien gegründet, nachdem es in den Vereinigten Staaten bereits 1976 konzipiert worden war. Die beiden für die Gründung des ASI verantwortlichen Briten hatten nämlich ihre intellektuellen Waffen in den USA gewetzt. Nach dem Studium der Philosophie an der St. Andrews Universität hatten Madsen Pirie und Eamonn Butler Großbritannien verlassen, um im rechtskonservativen *Republican Study Committee* unter Leitung des Senators von Illinois, Edward Feulner, zu arbeiten, bevor sie ihm in die *Heritage Foundation* folgten, zu deren Gründern im Jahre 1973 er gehörte. Von den drei wichtigsten neoliberalen britischen *think tanks* unterhielt das *ASI* damals wie heute die engsten Beziehungen in die Vereinigten Staaten und zum amerikanischen neoliberalen Netzwerk. [...] In Übereinstimmung mit den Gepflogenheiten von *Heritage* hat es einen Pool von neoliberalen Rednern aufgebaut, die ihre Kompetenzen auf Anfragen zur Verfügung stellen. So veranstaltet das *ASI* seit 1987 eine jährliche Konferenz zu praktischen Problemen der Privatisierungspolitik, die Hunderte von Teilnehmern anzieht, unter denen sich zunehmend auch Politiker aus den früheren Ostblockstaaten befinden [Hervorhebungen im Original]“ (Dixon 2000, S. 84–85). Hayek war Ehrenpräsident des ASI; beeinflusst wurde die Arbeit des Thinktanks vor allem durch Friedman und Buchanan. Ende der 90er-Jahre engagierte sich das ASI stark für die Politik von Tony Blair (vgl. ebd., S. 85f.).



Auch der Keynesianismus unterschätzte das Potenzial des Neoliberalismus. Im Oktober 1968 erschien der *Fabian Tract 387*, in dem der Ökonom David A. Collard auf die Entwicklung einer neuen Rechten aufmerksam machte (vgl. Collard 1968).

„Collard registrierte in Großbritannien, dass einerseits angesehene Ökonomen eine ganze Serie von Papieren vor allem beim IEA herausgebracht haben und dass diese gegen den Wohlfahrtsstaat gerichteten Texte längst die Ebene der Profession der Lehrerinnen, Sozialarbeiter und Ärztinnen erreicht haben. Er erkennt aber auch, dass es sich um eine Bewegung handelt, die aus Einzelpersonen, Vereinigungen und Think Tanks zusammengesetzt ist, und eine ‚collective view can be discerned‘“ (Walpen 2004, S. 167).

Collards treffende Zeitprognose wurde von der Linken allerdings nicht wahrgenommen.

„Die Chance, sich rechtzeitig mit den neoliberalen Theorien ernsthaft auseinanderzusetzen, wurde insgesamt nicht genutzt. Collards Warnung verhallte insgesamt ungehört und wurde erst wieder vernommen, als sich die Linke in einer völlig neuen Situation befand“ (ebd., S. 168).

Mitte der 70er-Jahre eröffnete sich die Möglichkeit, die in der MPS und den Thinktanks ausgearbeiteten theoretischen Annahmen im Feld auszuprobieren– in Chile unter der Diktatur Pinochets, mithilfe von in Chicago ausgebildeten Ökonomen, den sogenannten Chicago-Boys.

„Die ‚Schocktherapie‘ (seither ein Exportartikel) verkaufte Milton Friedman als ein Mittel, um eine ‚gesunde soziale Marktwirtschaft‘ zu errichten. [...] Chile wurde für Hayek, Friedman u.a. zum ‚gelobten Land‘, das sie gegen die internationale Kritik vehement verteidigten. Den Neoliberalen gelang, was den Linken verwehrt blieb: Sie exportierten die ‚Revolution‘ von der Peripherie ins Zentrum“ (Walpen 2000, S. 10).

Walpen an späterer Stelle: „Ein solches Schockprogramm wäre, wie es ein beteiligter chilenischer Unternehmer freizügig sagte, ‚schwer innerhalb einer Demokratie zu implementieren‘ gewesen“ (Walpen 2005, S. 216).<sup>87</sup> In den 1970er- und 1980er-Jahren erfolgten ähnliche Unternehmungen in anderen Staaten Südamerikas, meist mit Unterstützung der CIA und in Diktaturen (vgl. ebd.). Ohne das staatliche Gewaltmonopol war neoliberale Politik also nicht zu haben, bei aller Kritik am Staat vonseiten der neoliberalen Intellektuellen. „Das war die konkrete historische Form des ‚liberalen Interventionismus‘. Für Zehntausende von Frauen und Männern in Lateinamerika war es der neoliberale Weg zur Knechtschaft (Hayek) und in den Tod“ (ebd.).<sup>88</sup>

---

<sup>87</sup> Thatcher arrangierte nach ihrer Wahl zur Premierministerin einen Austausch zwischen ihren Leuten und denen aus der Regierung Pinochets (vgl. Walpen 2000, S. 10).

<sup>88</sup> Zu Gewalt gegen Menschen hat Hayek eine ohnehin sehr funktionale Einstellung: „Es mag hart klingen, aber es ist wahrscheinlich im Interesse aller, daß in einem freiheitlichen System die voll

## 4.7 Der Neoliberalismus etabliert sich – die 80er-Jahre

Ende der 70er (Thatcher) und Anfang der 80er (Reagan) gelangte der Neoliberalismus in die Regierungen der kapitalistischen Hochburgen Großbritannien und USA. Thatcher und Reagan vertraten entschieden neoliberale und neokonservative Ideen. Beide hatten direkte Beziehungen zu Mitgliedern der MPS, die in deren Regierungen berufen wurden. Das Wirtschaften wurde nach theoretischen Modellen des Monetarismus organisiert (vgl. ebd., S. 196).<sup>89</sup> In den 1980er-Jahren griffen dann auch vereinzelt sozialdemokratische Regierungen auf neoliberale Theorien zurück, zum Beispiel Spanien. Aber auch in Deutschland kam mit Helmut Kohl ein neokonservativer Staatsmann an die Macht, der sich neoliberaler Theorien bediente (ebd.).

Im sich herausbildenden Hightech-Kapitalismus entstanden neue Produktionsorte symbolischen Kapitals, etwa intellektuelle Gesellschaften, Stiftungen und Thinktanks. Zwar bestanden einige dieser Einrichtungen schon lange, im neuen Kapitalismus änderte sich aber die Funktionsweise. Die Wichtigkeit von Parteien nahm ab, sie fanden sich in einer neuen Rolle, „Hegemonialapparate“ (vgl. Walpen 2004) betraten nun das Feld der Politik-Beratung.

„Hervorgegangen aus Institutionen, die den marktradikalen neoliberalen Intellektuellen Forschungs-, Lehr- und Publikationsmöglichkeiten boten und dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellten, decken diese neue Hegemonialapparate ab den 1970er Jahren neue Funktionen und Bereiche ab. Die Wissenschaft ist nicht mehr exklusiv um staatliche Universitäten (bzw. insbesondere in den USA um staatliche und private Eliteuniversitäten) zentriert und findet aufgrund der enorm wachsenden Bedeutung von Wissen als Produktivkraft neue Aufgaben sowohl in der Wirtschaft wie auch im Bereich der Politik im weiten Sinne. Mit der zunehmenden Spezialisierung wird Wissen ein entscheidendes Kampffeld, auf dem die divergierenden sozialen Kräfte mit ihren je eigenen Experten und Expertinnen aufeinandertreffen. Die Bedeutung spezialisierter Intellektueller nimmt sowohl in der Politik wie in den Medien zu“ (Walpen 2004, S. 184).

Die neoliberalen Thinktanks bestanden schon seit 20 bis 30 Jahren und hatten dementsprechend Erfahrung im Umgang mit Universitäten, dem Agenda-Setting und der Politikberatung.

„Einerseits haben sie [die Thinktanks] zur Zersetzung des Keynesianismus bei der nachkommenden Generation von WissenschaftlerInnen, dem Staatspersonal wie auch bei PolitikerInnen beigetragen, indem sie unablässig ihre marktradikalen Ansichten in diversen Traktaten und Büchern verbreiteten. Andererseits boten sie den Neoliberalen selber die Möglichkeit, Publikationen zu erstellen oder Referate zu halten“ (ebd.).

---

Erwerbstätigen oft schnell von einer vorübergehenden und nicht gefährlichen Erkrankung geheilt werden um den Preis einer gewissen Vernachlässigung der Alten und Sterbenskranken“ (Hayek 1983, S. 379).

<sup>89</sup> Das extreme militärische Aufrüstungsprogramm der USA in den 1980er-Jahren lässt sich jedoch als Militär-Keynesianismus begreifen, der quasi notwendig war, um die Konjunktur hochzuhalten (vgl. Walpen 2004, S. 196).

Die Vorarbeit hatte das Fundament für die Veränderung der Habitus bereitet. Walpen stellt sich sogar die Frage, ob es Charaktere wie Thatcher und Reagan ohne die Arbeit der neoliberalen Thinktanks überhaupt gegeben hätte (vgl. ebd., S. 185).

Von den Neoliberalen wurde nun ein unablässiger Krisendiskurs befeuert, der vor allem Staatsversagen und die Gewerkschaften, speziell in England, in den Mittelpunkt rückte und als Problemursache darstellte. Als es dann auch noch zu Engpässen im alltäglichen Leben kam, in England zum Beispiel der Müll für Tage nicht abgeholt wurde, weil die Gewerkschaft zum Streik aufgerufen hatte, glaubten die Menschen regelrecht spüren zu können, was ihnen aus dem rechten Lager eingebläut wurde (vgl. ebd., S. 186).

Für die Durchsetzung eines am Markt orientierten Gesellschaftsmodells war das Erringen der Staatsführung die Voraussetzung. Das war schließlich mit den Wahlsiegen neokonservativer Parteien geschafft. Auf dem Weg dorthin wurden die linksliberalen Intellektuellen disqualifiziert, indem man ihnen vorhielt, sie und ihre Ideen stammten nicht aus der Realität, ergo der Ökonomie (vgl. ebd., S. 188). Thatcher gründete selbst einen Thinktank, das Centre For Policy Studies (CPS), das marktwirtschaftliche Ideen publizieren sollte. Im CPS wurden kapitalistische Interessen erforscht, finanziert von Wirtschaft und Industrie, betrieben unter der Flagge des Allgemeininteresses und der Überparteilichkeit. So entging man in Großbritannien der Steuerpflicht (vgl. ebd., S. 189).<sup>90</sup>

„Die personellen und offiziellierten Verbindungen zwischen den transatlantischen neoliberalen Think Tanks bildeten [...] die strukturelle Grundlage einer neuen Diskurspolitik. Diese neoliberalen Institute entwickelten Diskurskoalitionen, die – um es in einem Bild auszudrücken – in einem vielstimmigen Chor die Vorzüge der Marktwirtschaft für eine freie Gesellschaft vortrugen“ (ebd., S. 192).

Unter anderem durch die Arbeit der Thinktanks veränderte sich die Management-Literatur und behandelte vermehrt die individuelle Verantwortung der Angestellten. Der Begriff der Globalisierung<sup>91</sup> etablierte sich in wirtschaftspolitischen Diskursen und

---

<sup>90</sup> Das CPS war von Anfang an als Waffe für die intellektuellen Auseinandersetzungen in den symbolischen Kämpfen konstruiert. „Es wurde von Margaret Thatcher (die eines seiner Gründungsmitglieder war) und ihrem Umfeld genutzt, um den Kampf gegen die von Pragmatismus und Konsenswillen geprägte konservative Nachkriegstradition zu führen. [...] Von Anfang an waren die Beziehungen zum *Institute of Economic Affairs* innig, und es handelte sich eher um eine Arbeitsteilung als um eine irgendwie geartete Konkurrenz zwischen den beiden *think tanks* [Hervorhebung im Original]“ (Dixon 2000, S. 68). Im CPS wurde der Angriff auf die Gewerkschaften vorbereitet (Hayek unterstützte das Vorhaben theoretisch), bis Thatcher das Projekt schließlich auf einer legislativen Ebene umsetzen konnte. Nicht wenige Regierungsberater Thatchers waren vorher Mitglieder des CPS (vgl. ebd., S. 68–69).

<sup>91</sup> Walpen zufolge hat der Politologe und Philosoph Nicos Poulantzas den Begriff der „Globalisation“ schon Mitte der 1970er-Jahre als ideologisch analysiert (vgl. ebd., S. 357).

stellte die Konzerne vor neue Herausforderungen (vgl. ebd.). Die Habitus der Akteure veränderten sich insgesamt: Fitness, bewusste Ernährung, Gesundheitsbewusstsein – Dinge, die vorher als alternativ galten – wurden durch den Kapitalismus integriert. Der Zeitgeist verlangte nach mehr Eigenverantwortung, Ellenbogen in der Arbeitswelt und Unabhängigkeit vom bevormundenden Staat. Sozialwissenschaftler wendeten sich vermehrt Projekten zu, die sich mit Individualisierungsprozessen, Pluralisierung von Lebensstilen und Wertewandel beschäftigten (vgl. ebd., S. 197).<sup>92</sup> Hayek, Friedman und die MPS arbeiteten weiter:

„Nachdem im Übergang zu den 1980er Jahren die engere Verknüpfung neoliberaler Think Tanks auf der transatlantischen Achse und im Commonwealth-Raum gestärkt worden ist, wurde in den 1980er Jahren die Gründung von Think Tanks in globaler Dimension vorangetrieben und unter dem Dach der Atlas Foundation systematisch vernetzt“ (ebd., S. 213).

Die Ausbreitung der Thinktanks und das Interesse für neoliberale Ideen steigerte die Aufmerksamkeit für die MPS abermals. Die Thinktanks boten MPS-Mitgliedern Beschäftigungsmöglichkeiten – dort konnten sie forschen, publizieren oder sich auf Stellen in Regierungen vorbereiten (vgl. ebd., S. 218).

Mitte der 80er-Jahre leitete Michail Gorbatschow die Politik des Glasnost und der Perestroika ein. Die MPS stellte sich umgehend auf die Möglichkeit ein, auf ehemals realsozialistische Länder, die sich zu öffnen begannen, einzuwirken. Es wurden populäre Werke des neoliberalen Kanons in die jeweiligen Landessprachen übersetzt und Kontakte geknüpft, um dort Thinktanks errichten zu können (vgl. ebd., S. 196–198).

„Die Bilanz der Verbreitung der neoliberalen Institute und ihr Beitrag zur Transformation des Staatensystems können bis Anfang der 1990er Jahre als erfolgreich bezeichnet werden. Sie umspannen in einem funktionierenden Netz – mit Ausnahme Afrikas, das nur marginal repräsentiert ist – große Teile der Welt. In den USA und in Europa gelang es, die Think Tanks zu institutionalisieren und in einer Infrastruktur von Interessengruppen, kirchlichen/religiösen Organisationen, Aufsichtsräten und staatlichen Organisationen zu verankern. Myzelartig verbindet die MPS über eine stattliche Anzahl ihrer Mitglieder Unternehmen, politische Institutionen, universitäre Einrichtungen, Think Tanks, und Stiftungen miteinander, die wiederum in je eigenen Netzen weiter lokal, national oder gar transnational diffundieren“ (ebd., S. 224).

Der Neoliberalismus verankerte sich relativ dezentral über den Globus, durch die von der MPS geschaffenen Strukturen war es aber möglich, die Idee des neuen Kapitalismus konzertiert durchzusetzen. Die neuen ökonomischen Theorien, wie sie von der MPS und den Thinktanks in deren Umfeld geschaffen wurden, setzten sich nicht durch, weil sie

---

<sup>92</sup> Mit derartigen Themen beschäftigte sich in dieser Zeit zum Beispiel Ulrich Beck.

theoretisch viel besser waren als andere Einsätze, „sondern zu einem wichtigen Teil durch politische Entscheidungen und die Umgestaltung institutioneller Arrangements. Einmal in internationalen Institutionen wie der Weltbank oder dem IWF durchgesetzt, erschienen die ökonomischen Theorien des Neoliberalismus auch als die ‚wahren‘ und ‚richtigen‘“ (ebd., S. 239).

#### 4.8 Hegemonie und öffentliche Zweifel – die 90er-Jahre

Am neunten November 1989 fiel die Berliner Mauer und damit auch der Systemgegensatz.<sup>93</sup> Die Vertreter des Kapitalismus sahen die sich verwirklichende Utopie kommen. Die Weltbank prognostizierte „Chancen für Millionen im kommenden goldenen Zeitalter“ (zitiert nach Walpen 2004, S. 242). „In der Aufbruchsstimmung des transnationalen Kapitals und des globalen Finanzkapitals zu Beginn des Jahrzehnts schien eine Art ‚neuer Mensch‘ gleichsam autonom zu agieren, agil seine Chancen nutzend, wo auch immer er oder bisweilen auch sie sich befindet“ (vgl. Walpen 2004, S. 241).

Der Markt stilisierte sich nun zum Wachhund der Politik. Nachdem der realsozialistische Staat keinen Gegner mehr darstellte, verschob sich die Feindfokussierung in Gänze auf den Wohlfahrtsstaat, den Leviathan, der weiter bekämpft werden musste (vgl. ebd., S. 251).<sup>94</sup> „Dabei wurde und wird der Staat zumeist als ein ‚Organismus‘ verstanden, der mit dem Sozialismus zusammenhänge, ihn jedoch überdauert habe“ (ebd., S. 252). Dazu wurden weiterhin die Gewerkschaften als Teil des Sozialstaates bekämpft. Die MPS und andere neoliberale Akteure schafften es allmählich in allen Lagern, einschließlich dem linken, den Zwang zu Deregulierung und Flexibilisierung des Staates zu verankern (vgl. ebd., S. 253). Die neoliberalen Thinktanks bekamen auf diesem Weg vermehrt Konkurrenz aus dem

---

<sup>93</sup> TINA (there is no alternative) und *Das Ende der Geschichte* (vgl. Fukuyama 1992) wurden vom Neoliberalismus antizipiert. Im englischen Sprachgebrauch wurde das Akronym „TINA“ durch Margaret Thatcher berühmt, die mit angeblich alternativlosen Entscheidungen ihre Regierungspolitik zu rechtfertigen suchte. Wissenschaftlich vertreten wird es von Francis Fukuyama, der für marktliberale Gesellschaftsmodelle keine Alternative sieht. „Alternativlos“ wurde 2010 zum „Unwort des Jahres“ gekürt (vgl. König 2011).

<sup>94</sup> Die übermächtige Stellung des Staates, wie sie Hobbes beschrieben hat, ist seit Jahren ein Feindbild der Liberalen. James Buchanan hielt im März 1990 einen Vortrag, der mit „Socialism Is Dead But Leviathan Lives On“ überschrieben war (vgl. Walpen 2004, S. 251). Wie Weber es in *Der Geist des Kapitalismus* beschrieben hat: Damals wie heute heißt der Gegner des Kapitals „Traditionalismus“. Heute ist es der Wohlfahrtsstaat, den es zu überwinden gilt, damals war es die traditionale Art zu wirtschaften (vgl. Weber 1988, S. 43).

sozialdemokratischen Lager. Auch diese Fraktion gründete Thinktanks.<sup>95</sup> Um Politik betreiben zu können, übernahmen sozialdemokratische Parteien und sich selbst als sozialdemokratisch verstehende Intellektuelle neoliberale Ansätze und reartikulierten sie zusammen mit kommunitaristischen Ansätzen komplementär zum Markt (vgl. ebd.). „Es sind vor allem die Theorien mit den ‚Etiketten‘ *Dritter Weg*, *Kommunitarismus* und *Zweite Moderne*, die in die neuen Programme der gewandelten Sozialdemokratien, aber teilweise auch der Grünen Eingang fanden [Hervorhebungen im Original]“ (ebd., S. 236).<sup>96</sup> Pierre Bourdieus Analyse des affirmativen Intellektuellen beschreibt diesen neuen Typus von Theoretikern (vgl. Bourdieu 1998a und Kapitel 2.3 dieser Arbeit). Es wurde sich angepasst, Gesellschaftskritik war nicht „en vogue“, so auch Walpen (vgl. ebd.). „Die Wirkungen dieser Hegemonie zeigen sich darin, dass sich progressiv verstehende Intellektuelle ihr teilweise unterordnen“ (ebd., S. 237). Denktionen außerhalb des neoliberalen Theoriegebäudes hatten es schwer. Alternative Entwürfe sahen sich mit dem Problem konfrontiert, dass sie im Alltag auf Unverständnis stießen oder dass ihnen die scheinbare Selbstverständlichkeit fehlte. Der Neoliberalismus war erfolgreich in die Habitus der Akteure diffundiert.

„Insgesamt ist der Einfluss neoliberaler Ideologeme und ihre hegemoniale Stellung in weiten Teilen der Weltanschauung analysierbar. Damit eine Weltanschauung hegemonial wirken kann, ist es nicht notwendig, dass sie integral oder ‚richtig‘ übernommen wird. Sie bildet ein Dispositiv von ‚Selbstverständlichkeiten‘, die partiell übernommen werden und/oder an denen sich auch die Gegenbewegungen und ihre Intellektuellen orientieren“ (ebd., S. 238).

Die neue politische Ökonomie schaffte es nach und nach, den Staat dem Wettbewerbsprinzip unterzuordnen. Wann immer der Staat nun mit wirtschaftlichen Problemen zu tun hatte, etwa wenn Krisen aufkamen, wurden diese auf Reglementierungen und Einschränkungen für den freien Markt geschoben – die Privatisierung des Staates wurde eingeleitet (vgl. ebd., S. 257). „Längst führten die Privatisierungsstrategien weltweit zur Aushebelung der staatlichen Versicherungssysteme (Arbeitslosigkeit, Rente, Krankheit). Zugleich werden ehemalige staatliche Betriebe von Post, Bahn oder Elektrizität dem Kapital zugeschlagen“ (ebd.).

Die MPS trieb ihre Expansion weiter voran. Deutsche und britische Mitglieder gründeten 1997 das Stockholm Network, einen internationalen Netzwerkverbund

---

<sup>95</sup> „Mit dem Beginn des radikalen Umbaus der Labour Party in Großbritannien und mit Hilfe von Marketingspezialisten wurde verstärkt auch auf Think Tanks und Vereinsgründungen gesetzt. Dabei konnte an die eigene Tradition angeknüpft werden, wie die Fabian Society, die LSE oder die Think Tanks Political and Economic Planning und die Friedrich Ebert Stiftung“ (Walpen 2004, S. 235).

<sup>96</sup> Der Dritte Weg wird von Walpen als „verpackter Neoliberalismus“ gesehen (vgl. ebd., S. 237; vgl. Schröder/Blair 1999),

neoliberaler Denkfabriken, als „supranationalen Think Tank“, in dem auch die INSM vertreten ist (vgl. Plehwe/Walpen 2004, S. 79).<sup>97</sup> Im selben Jahr hielt der deutsche Bundespräsident Roman Herzog seine vielbeachtete „Rückrede“ im Berliner Adlon Hotel. Deutschlands Sozialstaat und das Modell des Rheinischen Kapitalismus<sup>98</sup> schienen nicht mehr gut aufgestellt.<sup>99</sup> Die Sozialsysteme, der gezügelte Kapitalismus insgesamt, schwächelten unter dem Druck der Globalisierung – die aus vielen Lagern geforderten Reformen ließen jedoch auf sich warten.<sup>100</sup> Ein Jahr später regierte die erste rot-grüne Koalition unter Schröder und Fischer. Kurz darauf ließ eine durch das Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführte Umfrage die Vertreter des Wirtschaftsliberalismus aufhorchen. Nur 44 Prozent der Befragten im Westen und 22 Prozent im Osten waren der Marktwirtschaft gegenüber positiv eingestellt. Alarmiert durch diese Umfrage, hielt Martin Kannegiesser, damaliger Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, die Gründung eines advokatorischen Thinktanks für dringend notwendig.<sup>101</sup> Die Bevölkerung musste ihm zufolge davon überzeugt werden, dass Freiheit und persönliche Verantwortung Werte waren, die hochgehalten werden mussten (vgl. Brand 2006, S. 146 f.). Die INSM, die zu diesem Zweck ins Leben gerufen wurde, setzt die von der MPS begonnene „höchst nachhaltige Gemeinschaftsarbeit“ (Bourdieu 1998a, S. 39) fort.

---

<sup>97</sup> Andere deutsche Mitglieder sind etwa das Walter Eucken Institut in Freiburg, die Stiftung Marktwirtschaft in Berlin und die Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, ebenfalls in Berlin (vgl. Stockholm Network 2014b). „The Stockholm Network is the leading pan-European think tank and market oriented network. It is a one-stop shop for organisations seeking to work with Europe's brightest policymakers and thinkers. Today, the Stockholm Network brings together more than 110 market-oriented think tanks from across Europe, giving us the capacity to deliver local and locally-tailored global messages across the EU and beyond. Combined, think tanks in our network publish thousands of op-eds in the high quality European press, produce many hundreds of publications, and hold a wide range of conferences, seminars and meetings. As such, the Stockholm Network and its members influence many millions of Europeans every year“ (vgl. Stockholm Network 2014a). Und auch das IEA spielt in diesem Rahmen eine Rolle: „Dem britischen Think Tank Civitas, einer Ausgründung des Institute of Economic Affairs, wurde die Aufgabe übertragen, die im Stockholm-Netzwerk verbundenen Think Tanks in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschland sowie weitere Korrespondenzinstitute in anderen Mitgliedsstaaten der EU sowie in den USA (Galen Institute) zu koordinieren“ (Plehwe/Walpen 2004, S. 79).

<sup>98</sup> Zu den Besonderheiten des Rheinischen Kapitalismus vgl. Hoffmann 2006.

<sup>99</sup> Vgl. The Economist 2000.

<sup>100</sup> Im fordistischen Nachkriegsdeutschland noch für den Ausbau sozialer Leistungen gebraucht, unterzog sich der Reformbegriff seit den 1970er-Jahren einem Wandel und steht mittlerweile für das Zurückschneiden von Sozialleistungen (vgl. Brand 2006).

<sup>101</sup> Kannegiesser ist Ehrenpräsident von Gesamtmetall, stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der INSM, ehemaliger Präsident des Dachverbandes der europäischen Metall- und Arbeitgeberverbände CEEMET und Inhaber des mittelständischen Maschinenbauunternehmens Herbert Kannegiesser GmbH (vgl. Lobbypedia 2014).

## 5. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

„Die Bedeutung der Advokaten in der okzidentalen Politik seit dem Aufkommen der Parteien ist nichts Zufälliges. Der politische Betrieb durch Parteien bedeutet eben: Interessenbetrieb [...] Und eine Sache für Interessenten wirkungsvoll zu führen, ist das Handwerk des geschulten Advokaten. Er ist darin jedem ‚Beamten‘ überlegen“

Max Weber (Weber 2011, S. 42).

Im nun folgenden Teil soll die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft als advokatorischer Thinktank im Sinne der eingangs zitierten Definition analysiert werden. Die INSM sticht dabei besonders durch ihre inhaltlich und strategisch sehr gut organisierte Struktur hervor. Ideen und Themen werden nicht nur wissenschaftlich verpackt, sondern auch kampagnenfähig inszeniert und professionell vermittelt. Das Fundament bilden die Kuratoren und Botschafter, die „Second Hand Dealers“, wie Hayek sie nannte. Durch ihre Tätigkeit sorgen sie für permanente Medienpräsenz der INSM-nahen Themen. Dazu finden sich die als Multiplikatoren fungierenden Botschafter ihrerseits in verschiedenen neoliberalen Netzwerken zusammen, sodass sich eine effektive Kampagnenführung ergibt.

Mit der Agentur Service Plan Public Opinion hat die INSM eine ihr permanent zuarbeitende PR-Maschine im Hintergrund. Diese berät die Initiative strategisch, entwickelt Kampagnen und betreut den sehr umfangreichen Internetauftritt. Die Grundlage dafür bildet eine breite Wissensfundierung. Die Initiative bekommt ihr Material zumeist vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder von den wissenschaftlich arbeitenden Botschaftern selbst. Dazu kommen ständig aktuelle demoskopische Daten, zumeist aus dem Hause Allensbach. Dabei ist die INSM vor allem aufgrund der integrativen Kampagnenführung erfolgreich: Wissenschaftliche Expertise, für die Medien aufbereitete Argumente, Botschafter-Beiträge, Anzeigen, Plakataktionen, Beiträge in Zeitschriften und im Internet – alles wird zeitlich orchestriert durchgeführt, um in der Breite die beste Wirkung entfalten zu können (vgl. Speth 2004, S. 3–4).

Die Initiative speist den politisch-öffentlichen Diskurs und die sozialen Akteure mit wirtschaftsliberalen Themen und versucht so, die Habitus mittels einer „Ideologie auf leisen Sohlen“ (Brand 2006) zu prägen. Gesellschaftliche Missstände werden von der INSM unter rein ökonomischen Kriterien analysiert. Ihr Tun vollzieht sich dabei stetig und meist ohne viel Wirbel – als Sender ihrer Botschaften verschwindet sie. Sie kreierte journalistische Artikel nach dem Vorbild des PR-Journalismus und platziert diese in



Tageszeitungen und Wochenmagazinen. Der Name des Thinktanks wird dabei aufgrund von Medienkooperationen häufig nicht genannt. Sie erstellt Rankings, mittels derer die Universität, Stadt oder Persönlichkeit des Jahres gekürt wird – nach rein wirtschaftsliberalen Kriterien. Der Initiative nahestehende Regisseure drehen sogenannte Informationsfilme zu Themen wie Steuern, Arbeitslosigkeit oder Finanzpolitik, die inhaltlich mit den neoliberalen Ideen der INSM übereinstimmen und auf öffentlich-rechtlichen Sendern laufen. Die Initiative kaufte sich 2002 in die TV-Serie Marienhof, die in der ARD lief, ein, und platzierte gezielt Botschaften in den Drehbuch-Dialogen. Lehrer können auf einer der etlichen INSM-Webseiten Konzepte und Materialien für den Unterricht herunterladen, um so Schüler von der Idee des Kombilohns oder der Riester-Rente zu überzeugen. Mittels solcher Materialien wird schon in der Schule die Idee eines Mindestlohns als innovations- und leistungshemmend diffamiert.

In ihrem Tun verkauft sich die INSM als überparteiliche Bewegung, als wissenschaftlich-neutraler Vermittler von Ideen, die für die Öffentlichkeit wichtig, bei den Menschen aber noch nicht angekommen sind. „Das muss man doch vielleicht ändern können, dass das, was wir als notwendige Reform erkennen, auch von den Mitbürgern als eine positive Reform akzeptiert wird“, so der ehemalige Gesamtmetall-Pressesprecher Werner Riek (zitiert nach Ehrich 2013, S. 9).

## 5.1 Arbeiten über die INSM

Der Politikwissenschaftler Rudolf Speth hat die meisten Arbeiten zur INSM verfasst. Er erstellte unter anderem zwei Studien für die Hans-Böckler-Stiftung und verfasste Artikel für Sammelbände (vgl. Leif/Speth 2006, Speth 2004, 2006, 2010). Er wird in anderen Arbeiten oft zitiert und bescheinigt der INSM, die er als Thinktank analysiert (vgl. Speth 2004, S. 5), großen Erfolg bezüglich ihrer Ziele:

„Trotz aller Skepsis gegenüber den Ergebnissen der Medienwirkungsforschung kann man davon ausgehen, dass die Aktivitäten der INSM in den letzten Jahren massiv dazu beigetragen haben, Einstellungen in der Bevölkerung zu verändern und Themen wie Rückbau des Wohlfahrtsstaates, Arbeitszeiten verstärkte Eigenverantwortung, staatliche Ausgaben- und Aufgabenbeschränkung in die Diskussion zu bringen“ (Speth 2004, S. 45).

Der Politikwissenschaftler Norbert Nicoll schrieb seine 2008 erschienene Dissertation über die INSM (vgl. Nicoll 2008). Er stellt die Initiative in den Kontext neoliberaler

Hegemoniebestrebungen, sieht aber kein neoliberales Projekt in dem Unternehmen.<sup>102</sup> Viel Gewicht misst er dem Netzwerkcharakter der Initiative bei, die seiner Meinung nach den Erfolg ausmacht. Wie Speth auch, sieht er das Problem des angeblich unparteiischen Vorgehens der Initiative und das in den Medien wenig behandelte Problem des Arbeitgeberhintergrundes. Nicoll analysiert die INSM als einen Zwitter aus advokatorischem Thinktank und PR-Agentur (vgl. ebd., S. 237). Der Autor wirft einen sehr interessanten Blick auf das ideologische Fundament der INSM, der er, wie Rudolf Speth auch, Erfolg bescheinigt (vgl. ebd., S. 232).

Christian Nuernbergk zeigte in einer empirischen Studie zur INSM im Zeitraum von September 2003 bis April 2004, dass es der INSM sehr gut gelingt, ihre Pressemeldungen, Studien, Rankings und Umfragen in den Medien zu platzieren. Der Initiative gelang es, Interaktionsbedingungen mit mehreren Medienunternehmen strategisch und effizient zu nutzen und eine Berichterstattung zu ihrem Vorteil hervorzubringen. Von den 137 Medienberichten über die INSM in diesem Zeitraum schafften es 21 auf die Titelseiten (vgl. Nuernbergk 2005a, zitiert nach Ehrich 2013, S. 175f.). Eine Zusammenfassung der Magisterarbeit findet sich auf seiner Homepage (vgl. Nuernbergk 2005b).

Die Frage, wie erfolgreich die INSM bezüglich der Beeinflussung von Begriffen und Sprache ist, „inwieweit sie mit ihren Strategien Themen setzen und als Diskursakteur wesentlich beeinflussen kann oder ob sie nur geschickt Themen, Argumentationsmuster, Schlüsselwörter aus dem öffentlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs aufgreift und stützt“ (Wengeler 2008, S. 107), lässt sich ohne eine großangelegte empirische Untersuchung nicht beantworten. Der Eindruck des Sprachwissenschaftlers Martin Wengeler ist aber, „dass die INSM insofern erfolgreich arbeitet, als sie hegemoniale Diskurspositionen vertritt und dazu beiträgt, dass diese im Diskurs die Oberhand behalten“ (ebd.). An sich würde das kein Problem darstellen, wäre da nicht die gezielte Taktik der Verschleierung.

„Grundsätzlich liegt für einen Rezipienten, der sich intensiver mit der Materie beschäftigt, alles offen. Geht man aber realistischerweise davon aus, dass dies nur wenige tun, sind die benannten Strategien, vor allem die Faktizitätssuggestion, durchaus geeignet, das Wesentliche zu verbergen: Dass hier eben nicht objektive ‚Fakten‘ präsentiert werden, sondern eine Diskursposition artikuliert wird, die den partikularen Interessen gesellschaftlich bereits einflussreicher Gruppen entspricht“ (ebd.).

---

<sup>102</sup> Nicoll hat ein lesenswertes Buch zum Begriff des Neoliberalismus verfasst, vgl. Nicoll 2009.

Als Diskursakteur kann Wengeler „die Faktizitätssuggestion [...] durchaus als Verschleierungsstrategie bewerten“ (ebd., S. 108).

Für reine Internet-Quellen ist Lobbypedia hervorzuheben, ein Projekt des Vereins Lobbycontrol, der sich kritisch dem Thema Lobbyismus widmet. Hier findet sich eine sehr umfangreiche Beschreibung der INSM und ihrer Arbeit (vgl. Lobbypedia 2014). Daneben sind die Nachdenkseiten zu nennen, die sich immer wieder kritisch mit der Initiative befassen (vgl. Nachdenkseiten 2014). Albrecht Müller, einer der Betreiber der Webseite, hat es zu seinem Ziel erklärt, die Strategien aufzudecken, mit welchen neoliberale Politik mehrheitsfähig gemacht werden soll (vgl. Müller 2006, 2009).

Udo Ehrich verfasste seine Master-Arbeit zu der INSM, in der er die Initiative als advokatorischen Thinktank analysiert (vgl. Ehrich 2009, S. 53). Vier Jahre später erschien von ihm ein weiteres und wesentlich umfangreicheres Buch, in dem er die in der Master-Arbeit aufgestellten Thesen und erreichten Erkenntnisse erweitert und vertieft. Im Detail betrachtet er Medienpräsenz, Rankings und Kampagnen der INSM. Er bescheinigt der INSM entscheidende Beiträge „zur Bewußtseinssteuerung der Bevölkerung hinsichtlich der Steigerung von Akzeptanz für Reformen im Sinne der Arbeitgeberverbände sowie der Verbesserung des Bildes von Unternehmen und Unternehmern in der Öffentlichkeit“ (Ehrich 2013, S. 221) zu leisten.

Schließlich muss Tilman Brand erwähnt werden, der in seinem Artikel Pierre Bourdieu und die Arbeit der INSM in Bezug stellte und damit maßgeblich zur Entstehung dieser Arbeit beitrug (vgl. Brand 2006).

## 5.2 Entstehung und Auftrag

Im Dezember 1999 gründete Gesamtmetall die berolino.pr GmbH. Durch diese sollte eine sogenannte Reforminitiative „zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft unter den Herausforderungen der Globalisierung, der Demografie und des Wandels der Arbeitswelt“ geschaffen werden (vgl. INSM 2014a).<sup>103</sup>

---

<sup>103</sup> Seit Herbst 2007 betreibt die GmbH ihren Thinktank unter der Bezeichnung Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH. Alleingesellschafterin der berolino.pr/INSM ist die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW). Die Gesellschaft wirbt auf ihrer Homepage, auf der das Banner „Unsere Welt ist Wirtschaft“ prangt, für „[m]oderne, integrierte Kommunikationslösungen als Komplett-Angebot aus einer Hand“ und führt unter den Kundenreferenzen unter anderem den Bayerischen Metallarbeitgeberverband und den Bundesverband der Deutschen Industrie [BDI] an (vgl. IW Medien

„Die Wirtschaft wünschte sich mehr Dynamik und eine größere Bereitschaft in der Bevölkerung für Reformen. Gesamtmetall und die Arbeitgeberverbände machten sich die Aufgabe zu eigen, die Notwendigkeit von Reformen in die Köpfe der Bürger zu bringen. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte verdeutlicht werden, was aus Sicht der Wirtschaft notwendig sei. Vor allem war es das Ziel, ein wirtschaftsfreundlicheres Klima in der Gesellschaft zu schaffen. [...] Die Initiative hat den Auftrag bekommen, für einen Wandel des politischen Klimas zu sorgen und das Image von Unternehmern und Unternehmen in der Bevölkerung zu verbessern“ (Speth 2004, S. 7).

Die INSM versucht die Bereitschaft für wirtschaftsliberale Reformen in der Bevölkerung zu erhöhen, ein unternehmensfreundlicheres Klima zu erzeugen und Eigenverantwortung, Wettbewerb und unternehmerische Freiheit als positive Werte zu betonen. Des Weiteren soll sich der Staat auf seine Basisaufgaben beschränken. Das Arbeits- und Sozialrecht soll mehr Beschäftigung ermöglichen und die Sozialpolitik soll Anreize zur privaten Altersvorsorge geben. Die Tarifpolitik soll mehr Flexibilität zulassen und die Bildungspolitik soll Wettbewerb und Effizienz fördern (vgl. Speth 2010, S. 228). Mit der Konzeption der Initiative wurde die Werbeagentur Scholz & Friends beauftragt, die sich in einem zuvor ausgeschriebenen Wettbewerb durchsetzen konnte.<sup>104</sup> Die INSM startete mit einem Budget von etwa zehn Mio. Euro pro Jahr (vgl. Speth 2004, S. 7).<sup>105</sup> Um das Jahr 2000 gründeten sich mehrere sogenannte Reforminitiativen. Die INSM verfügt jedoch nicht nur über ein wesentlich höheres Budget als der Rest, sondern ragt auch sonst aus der Zahl der Initiativen heraus.<sup>106</sup>

„Im Vergleich zu den anderen Reform- und Wirtschaftsinitiativen schneidet die INSM in allen Bereichen besser ab. Ihr größter Trumpf ist sicherlich die kontinuierliche strategische Ausrichtung. Das Ziel, das Klima für wirtschaftsliberale Reformen zu verbessern, wird über mehrere Jahre hinweg konsequent verfolgt“ (Speth 2004, S. 10).

---

2014). Das 1951 als Deutsches Industrie-Institut gegründete IW, in dem die publizistischen und PR-Aktivitäten gebündelt sind, versteht sich als „Anwalt der sozialen Marktwirtschaft“, der sich „für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ einsetzt (vgl. IW Köln 2014). Das IW wird von Verbänden und Unternehmen der Privatwirtschaft finanziert. Trägervereine sind die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der BDI. Das IW versteht sich als Thinktank und Service-Einrichtung für seine Mitglieder und Kunden über das gesamte Spektrum von Wissenschaft, Bildung, Beratung und Kommunikation. Forschungsergebnisse sollen direkt in praktische Projekte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Im Zentrum der Tätigkeit stehen die wissenschaftliche Produktion, die Recherche und die Aufbereitung von Informationen, mit denen das IW in der Öffentlichkeit präsent ist (vgl. Lobbypedia 2014).

<sup>104</sup> Zum Zeitpunkt der Gründung der INSM gehörten unter anderem Coca-Cola, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Daimler-Chrysler und Jil Sander zum Kundenstamm der Agentur (vgl. Speth 2004). 2003 setzte Scholz & Friends 64,6 Mio. Euro um und war 2001 die erste deutsche Werbeagentur an der Börse (ebd.). Mittlerweile ist die Agentur Serviceplan Public Opinion zuständig, die unter anderem die UFA Film & TV-Produktion, ARD und ZDF, die Deutsche Bahn, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, das Bundesministerium des Innern und den Deutschen Bundestag bezüglich Kampagnen-Marketing betreut (vgl. Serviceplan Public Opinion 2014).

<sup>105</sup> 2014 liegt der Jahresetat bei knapp sieben Mio. Euro (vgl. INSM 2014a).

<sup>106</sup> Dazu gehören etwa BürgerKonvent, Initiative D 21, Marke Deutschland oder Deutschland packt's an (vgl. Speth 2006).

Der mit ungemein viel Kapital ausgestattete Thinktank versucht – mit Pierre Bourdieu gedacht –, durch Rückgriff auf das gut gefüllte Bankkonto, den illustren Personenkreis und die wissenschaftliche Expertise symbolisches Kapital zu akkumulieren, um so Einfluss auf den wirtschaftspolitischen Diskurs und die Dispositionen des Habitus auszuüben. In Bourdieus Kapitalbegriffe gefasst verfügt die INSM über sehr viele Geldmittel (ökonomisches Kapital) und ein prominentes Kuratoren- und Botschafter-Netzwerk (soziales Kapital) aus Politik, Ökonomie und Wissenschaft (kulturelles Kapital). Ihr nahe stehen das Demoskopische Institut Allensbach und das Wirtschaftsforschungs-Institut IW (ebenfalls kulturelles und wissenschaftliches Kapital). Symbolisches Kapital wird durch die Transformation der anderen Kapitalsorten akkumuliert und generiert in diesem Fall Prestige und Glaubwürdigkeit. Gesamtmetall weiß, dass es Zeit braucht, Einfluss auf die Doxa der Akteure nehmen zu können. Das Projekt war von Anfang an langfristig ausgelegt.

„Von Gesamtmetall ist [...] ein langer Atem notwendig, die Initiative über diesen langen Zeitraum hinweg arbeiten zu lassen. Die Themen der Initiative sind einerseits Dauerthemen, andererseits benötigen die geforderten und durchgesetzten Maßnahmen der Initiative Zeit, bis sie wirken. [...] Gesamtmetall begründet dieses langfristige Engagement tatsächlich damit, dass viele Themen ‚Dauerthemen‘ sind und es Zeit braucht, bis Sichtweisen und Überzeugungen angekommen sind“ (Speth 2004, S. 38).

Die Produktion des neoliberalen Diskurses in den Thinktanks und dessen Zirkulation in den Medien ist die Voraussetzung dafür, dass sich diese Ideen in den Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata der Individuen festsetzen können. Ist der Körper auf Jahre „symbolischer Berieselung“ (Bourdieu 1998a, S. 40) ausgesetzt, verändern sich die Habitus der Akteure (vgl. ebd.). Dafür sind vor allem die Intellektuellen zuständig, die für die INSM in die Öffentlichkeit treten.

### 5.3 Kuratoren und Botschafter – Second Hand Dealers

Das Netzwerk aus Kuratoren und Botschaftern stellt eine grundlegende Komponente der Strategie dar. Sie sollen die Agenda der INSM verbreiten und diese öffentlich vertreten. Dieser illustre Personenkreis rekrutiert sich vornehmlich aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Dazu gehören beispielsweise:

- Arend Oetker, Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Präsident des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, Mitglied der CDU; er unterzeichnete

den energiepolitischen Appell der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

- Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Mitglied des Aufsichtsrats der ERGO Versicherungsgruppe, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU, Mitglied des Vorstands der Stiftung Marktwirtschaft
- Hans Tietmeyer, ehemaliger Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung, der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und der Ludwig-Erhard-Stiftung
- Wolfgang Clement, Vorsitzender des Kuratoriums, ehemaliger SPD-Politiker, Ex-NRW-Ministerpräsident, Ex-Bundeswirtschaftsminister, einer der Köpfe hinter der Agenda 2010, Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- und Beratungsgremien verschiedener Unternehmen
- Randolf Rodenstock, bis 2003 Leiter der Rodenstock GmbH (Brillengläser und Fassungen), MPS-Mitglied, hat 2001 das Buch *Chancen für alle. Die Neue Soziale Marktwirtschaft* (vgl. Rodenstock 2001) im Deutschen Instituts Verlag Köln veröffentlicht, der Bücher des IW publiziert

### Diese Prominenten

„fungieren als Multiplikatoren, indem sie die von der INSM vertretenen Ideen und Konzepte unter Nutzung ihres gesellschaftlichen Ansehens und Einflusses weiterverbreiten und als Identifikationsfiguren für diese Ideen auftreten. Um die Verbreitung der Ideen in unterschiedlichen sozialen Kreisen zu bewerkstelligen und um den Eindruck zu erwecken, es handle sich bei den Konzepten nicht um die Desiderate einer partikularen Wirtschaftslobby, sondern einer breiten, dem Allgemeinwohl verpflichteten ‚Bürgerbewegung‘, setzt die INSM darauf, Botschafter und Kuratoren aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen zu gewinnen“ (Brand 2006, S. 151).

Die Kuratoren und Botschafter, ausgestattet mit enorm viel (symbolischem) Kapital, stellen die „Allzweckwaffen“ (Nicoll) der INSM dar. Sie schreiben regelmäßig Artikel, Kommentare und Kolumnen für Zeitungen, den INSM-Ökonomen-Blog oder Magazine, geben Interviews und halten Vorträge. Die Initiative übernimmt dabei die Vermittlerrolle und bietet die Personen den Medien als Ansprechpartner an (vgl. Nicoll 2008, S. 123). Die INSM selbst dazu:

„Die Botschafter unterstützen die INSM mit ihrem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und darüber hinaus mit Fachwissen aus den Bereichen Wissenschaft, Politik und Journalismus sowie mit ihrem Engagement in Unternehmen und Verbänden. Flankierend zu den Anzeigenstrecken und Werbeaktionen der INSM vertreten sie ordnungspolitische Grundsätze in der Öffentlichkeit. Dazu kommen sie in Buchpublikationen, in Broschüren und auf Veranstaltungen zu Wort“ (vgl. INSM 2014f).

In den Medien treten die „Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft“ (ebd.) als Privatpersonen auf, es wird keine Verbindung zur INSM hergestellt, um so einen „vielstimmigen Chor von Experten, die alle die gleiche Botschaft verkünden“ (Nicoll 2008, S. 123) entstehen zu lassen. So formiert sich der Eindruck eines Konsens unter

Experten, die Zuschauer oder Leser nicht in Verbindung miteinander bringen. Dieser Effekt wird durch ständige Wiederholung verstärkt.<sup>107</sup>

2003 gelang es, gleich drei davon in der Talksendung Sabine Christiansen unterzubringen: Friedrich Merz, Paul Kirchhof und Dieter Lenzen waren zu Gast und spielten sich die Bälle zu. Über das verbindende Glied, die INSM, wurde in der Sendung kein Wort verloren (vgl. ebd., S. 124; vgl. Krauss 2006, S. 117).

„Sie kommen als Parteivertreter und Experten, verkünden als solche unangenehme Wahrheiten und Notwendigkeiten für Deutschland. Dabei sitzt allerdings die Ideologie der Initiative immer mit am Tisch: Inhaltlich sind sie alle dem strammen marktwirtschaftlichen Kurs verpflichtet und der Präambel der Initiative, die zur Propagierung marktwirtschaftlich orientierter Reformen im Land verpflichtet“ (ebd.).

Dietrich Krauss fand heraus, dass die INSM bei Sabine Christiansen Dauergast war: Oswald Metzger, Florian Gerster, Roland Berger, Michael Glos, Lothar Späth, Randolf Rodenstock und auch Klaus von Dohnanyi – „alle bekannt vom Sonntagabend und Botschafter der INSM“ (ebd.). Die „Second Hand Dealers“ treten meist dann auf und äußern sich zu Themen, wenn die Initiative gleichzeitig eine Kampagne in Auftrag gegeben hat. Oder aber sie tragen Dauerthemen weiter, wie anhand des folgenden Interviews gezeigt werden soll.

### 5.3.1 Professor Dr. Thomas Straubhaar im Interview

Thomas Straubhaar ist Botschafter der Initiative und Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), eines wirtschaftsnahen Thinktanks, der vor allem durch Banken finanziert wird (vgl. HWWI 2014). Straubhaar gab dem Magazin Focus ein Interview, das am 13.03.2014 online ging (vgl. Focus Online 2014).<sup>108</sup> Einstiegsthema des Interviews stellt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) dar, das die Nettovermögensverhältnisse der Deutschen untersucht hat und zu dem Schluss kam, diese seien deutlich ungleich verteilt (vgl. Grabka/Westermeier 2014). Im Folgenden soll das Interview nach Übereinstimmungen mit INSM-Positionen untersucht werden.<sup>109</sup>

---

<sup>107</sup> Dies erinnert an Aldous Huxleys *Schöne Neue Welt*: „Zweiundsechzigtausendvierhundert Wiederholungen ergeben eine Wahrheit“ (vgl. Huxley 2007).

<sup>108</sup> Focus Money, ein Magazin mit dem Schwerpunkt Wirtschaft aus demselben Haus, ist für seine Zusammenarbeit mit der INSM bekannt (vgl. Grill 2013).

<sup>109</sup> Alle Zitate dieses Abschnitts finden sich in Focus Online 2014.

Der „Top-Ökonom“ legitimiert die Lücke zwischen den Nettovermögen in Deutschland damit, sie seien „hauptsächlich ererbt“ worden, dafür müsse man sich als Vermögenger in Deutschland „nicht schämen“.<sup>110</sup> Die Vererbung sei möglich geworden, weil die, die vererbten, nicht alles „verkonsumierten“, sondern „gespart“ hätten, daran könne er nichts „Unanständiges“ finden. Mit dieser Argumentation gibt er, ganz in der Spur der INSM und des Neoliberalismus, die Ursachen für Vermögensungleichheit und wirtschaftlichen Erfolg an das Individuum ab und zeichnet ein bipolares Gesellschaftsbild: Hier die, die konsumieren, es sich aber eigentlich nicht leisten können und deshalb selbst schuld sind an ihrer Situation, und da die Sparer, die genau darauf achten, wofür sie ihr Geld ausgeben, und sich deshalb Dinge leisten können. An diesem Bild feilt er in der Folge weiter: Menschen, die zu wenig verdienten, könnten keine Ersparnisse aufbauen, das sehe er ein. Das eigentliche Problem sei aber, „dass viele Deutsche über ihre Verhältnisse leben, weil sie sich oft mit ihrem Nachbarn vergleichen und mit ihm mithalten wollen“. Da würde „zu schnell mal zu viel ausgegeben oder gar ein Konsumentenkredit aufgenommen“. Deswegen seien die Bürger „selbst schuld“ am fehlenden Vermögen; strukturelle Probleme sieht er nicht.

„Entscheidend ist nicht das Vermögen, sondern das Einkommen, das ich letztlich für den Konsum ausgeben kann. Da geht es zunächst nicht um Umverteilung, sondern darum, was ich aus meinen persönlichen Fähigkeiten mache. Sprich: Wie kann ich aus meinen Fähigkeiten Kapital in Form eines qualifizierten und guten Jobs schlagen?“

Straubhaar übergeht dabei, dass Einkommen aus Vermögenszinsen folgen kann und folgt. Dann kommt er wieder auf die Eigenverantwortung der Subjekte zu sprechen; dass „Humankapital“, wie von Bourdieu immer wieder vorgebracht, ungleich verteilt ist, übergeht er bei seiner Analyse. Damit sich die Chancen aller ausweiten, müsse der Staat auf dem Bildungssektor ansetzen. Straubhaars Slogan – und auch der der INSM – lautet also: „Chancen für alle“ und nicht etwa „Ergebnisgleichheit für alle“.<sup>111</sup> Mit

---

<sup>110</sup> Gegen die Erbschaftssteuer bezieht die INSM eindeutig Position und fordert deren Abschaffung (vgl. INSM 2008). In einer Rezension zu Thomas Pikettys neuem Buch *Capital in the 21st Century* (vgl. Piketty 2014, auf Deutsch noch nicht erschienen) schreibt Paul Krugman, Volkswirtschaftsprofessor an der LSE, Keynesianist und Gewinner des sogenannten Wirtschaftsnobelpreises 2008: „It seems safe to say that ‚Capital in the Twenty-First Century‘, the magnum opus of the French economist Thomas Piketty, will be the most important economics book of the year — and maybe of the decade. Mr. Piketty, arguably the world’s leading expert on income and wealth inequality, does more than document the growing concentration of income in the hands of a small economic elite. He also makes a powerful case that we’re on the way back to ‚patrimonial capitalism‘, in which the commanding heights of the economy are dominated not just by wealth, but also by inherited wealth [...]“ (Krugman 2014).

<sup>111</sup> Die INSM betrieb jahrelang eine Lehrerplattform unter [www.chancenfueralle.de](http://www.chancenfueralle.de), die jetzt nicht mehr zu erreichen ist. Sucht man per Google nach „chancen für alle insm“ erscheint die Seite noch unter den Ergebnissen. Der Slogan findet sich auch in den Parteiprogrammen der CDU, der CSU und sogar der SPD. Ob er durch die INSM in die Parteiprogramme geraten ist, müsste untersucht werden.



Bourdieu beschrieben, hängt Straubhaar dem „egalitären Mythos“ (Bourdieu 2003, S. 59) an, der unter der Form von Gleichheit Ungleichheit institutionalisiert (vgl. ebd.).

Bemerkenswerterweise bezieht sich Focus dann auf eine Studie des Allensbacher Instituts, das wie oben beschrieben sehr viele Umfragen für die INSM durchführt. Über zwei Drittel der Befragten hielten die Gerechtigkeitssituation in Deutschland für ungerecht. Für Straubhaar ist das „nicht überraschend“, es handele sich dabei „aber mehr um eine ‚gefühlte Ungerechtigkeit‘“, die aber nicht auf die Umverteilung des Sozialstaates zurückzuführen sei. Der würde nämlich sehr wohl umverteilen, der Bürger „fühle“ das nur nicht. Die „gefühlte“ Ungerechtigkeit sei durch die fehlende Steuertransparenz bedingt.<sup>112</sup>

Dass über die Hälfte der Deutschen für höhere Steuern plädiert, hält er für diskutierenswert, aber definitiv für den falschen Weg. Mehr Gerechtigkeit entstehe dadurch nämlich nicht. Focus fragt ihn, ob „die Bürger eine falsche Vorstellung von Gerechtigkeit“ hätten, worauf er interessanterweise mit Nein antwortet: Die „Menschen haben ein gutes Bauchgefühl dafür“, womit er sich, was die Gefühlslage der Bürger angeht, widerspricht. Sie seien „durchaus bereit, Steuern zu zahlen. Aber sie müssen das Gefühl haben, dass das System transparent ist, dass das Geld sinnvoll und effizient ausgegeben wird“. Danach geht er über zur von der INSM– vor allem durch Paul Kirchhof – seit Jahren immer wieder angeprangerten Reform des Steuersystems.<sup>113</sup>

Focus fragt Straubhaar, ob die Deutschen „schizophren“ seien, schließlich solle Leistung belohnt werden, die Ergebnisse aber empfänden sie dann als ungerecht. Straubhaar antwortet darauf, dass Menschen lediglich Exzesse als ungerecht empfinden würden, und bezieht sich dabei auf Banker und Manager. Unterschiedliche Bezahlung sei hingegen gar kein Problem, solange alle dieselben Chancen für den Aufstieg hätten. Ob das auch möglich sei, dessen sei er sich selbst nicht so sicher.<sup>114</sup> Gleichheit sei aber nicht gleich Gerechtigkeit. Der Fehler sei nämlich nach wie vor, „dass sich Menschen

---

<sup>112</sup> Hier zeigt sich gut, wie das durch das Demoskopische Institut Allensbach analysierte Ungerechtigkeitsgefühl auf geradem Weg zu vermeintlich emanzipatorischen Positionen der INSM führt.

<sup>113</sup> 2005 gehörte Paul Kirchhof, einer der populärsten Kritiker des deutschen Steuersystems, zu Angela Merkels sogenanntem Kompetenzteam im Wahlkampf. Fast wäre er Mitglied der Regierung geworden, es kam jedoch zur Bildung der Großen Koalition und er schied aus der Politik aus.

2003 wurde Kirchhof von der INSM (zusammen mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) zum sogenannten Reformers des Jahres gekürt, seine Vorschläge zur Vereinfachung des Steuersystems wurden von der Initiative unterstützt und er wurde als Botschafter gewonnen (vgl. Ehrlich 2009, S. 30 f.).

<sup>114</sup> Ein Slogan wie „Leistung muss sich wieder lohnen“ (FDP) bzw. „Leistung muss sich lohnen“ (SPD, CDU) impliziert, dass die gegenwärtige Praxis nicht dem Schema der sogenannten Leistungsgesellschaft genügt. Dass es nicht wirklich gerecht zugeht, bestätigen damit sogar die größeren Parteien.

stets untereinander vergleichen“. Dabei würde übersehen, dass es allen „insgesamt“ doch viel besser gehe. Und wenn man sich schon vergleiche, dann doch bitte nicht mit dem deutschen Nachbarn, sondern mit dem Nachbarland.<sup>115</sup> Ungleichheit in Deutschland negiert Straubhaar nicht, die gebe es durchaus, „aber auf einem sehr hohen Niveau“, womit er Armut und daraus folgendes soziales Leid verharmlost. Christoph Butterwegge sieht diesbezüglich eine „ideologische Entsorgung“ dieses Problems im politischen Diskurs (vgl. Butterwegge 2014).

Gerechtigkeit lasse sich nicht überall etablieren, meint Straubhaar. Um Ergebnisgerechtigkeit geht es ihm auch gar nicht, es sei wichtiger, „Voraussetzungsgerechtigkeit“ herzustellen. Seine Gerechtigkeitsvorstellung gipfelt in einem Vergleich zwischen gesellschaftlichem Miteinander und einer Sportwettkampfveranstaltung, bei der alle als Einzelkämpfer\_innen versuchen, die Goldmedaille zu erreichen: „Beim Sport ist es langweilig, wenn alle gleich schnell im Ziel ankommen. Wichtig ist, dass alle motiviert, bestmöglich trainiert und mit den gleichen Chancen am Start stehen. Und was der Einzelne draus macht, liegt in seiner Hand.“ Straubhaars Antworten sind von einem negativen Gerechtigkeitsverständnis geprägt. Er ist gar nicht daran interessiert, Ergebnisgleichheit zu etablieren, diese hält er für „langweilig“. Ohne Ungleichheit sieht er die Gesellschaft zum Stillstand verdammt; diese sei notwendig, wolle man Fortschritt vorantreiben. Ungleichheit ist in seinem Verständnis also konstitutiver Bestandteil einer gerechten Gesellschaft.

Um noch einmal den Bogen zur MPS zu schlagen, sollen ein paar Aussagen Straubhaars in Bezug zu Hayek gesetzt werden, einem der bedeutendsten und produktivsten unter den neoliberalen Theoretikern. Aus Hayeks Perspektive ist soziale Gerechtigkeit keine relevante Denkfigur. „[Der] vorherrschende Glaube an ‚soziale Gerechtigkeit‘ ist gegenwärtig wahrscheinlich die *schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation* [Hervorhebung des Autors]“ (Hayek 1981, S. 98). Soziale Ungleichheit ist für Hayek das Resultat von Marktprozessen und damit integraler Bestandteil von Gesellschaft.

„Das Spiel des Marktes führte zu Wachstum und Wohlstand jener Gemeinschaften, die es spielten, weil es die Chancen aller verbesserte. Aber dieser Erfolg stellte sich ein, weil die Entlohnung der Leistungen der Individuen von objektiven Tatsachen abhing, die niemand alle kennen konnte, und nicht von der Meinung irgend jemandes, was sie erhalten sollten. *Dies bedeutet aber, daß sie dem einzelnen, obwohl Befähigung und Fleiß die Chancen eines jeden*

---

<sup>115</sup> Was uns zu Bourdieus pessimistischer Einschätzung bezüglich der EU führt, siehe Kapitel 2. Wie soll Solidarität entstehen, wenn Neoliberale den EU-weiten Konkurrenzkampf propagieren?

*verbessern mögen, kein bestimmtes Einkommen garantieren konnte, und daß der unpersönliche Prozeß, der alle verstreuten Kenntnisse nutzte, die Signale der Preise so setzte, daß den Leuten mitgeteilt wurde, was zu tun ist, keine Rücksicht auf Bedürfnisse und Verdienst nahm.* Die steuernde und die die Produktivität fördernde Funktion der Preise, insbesondere auch der Preis für Arbeitsleistungen, hängt jedoch von ihrer Informationsübermittlung an die Leute darüber ab, wo sie den lohnendsten Platz im Gesamtrahmen der Aktivitäten finden können – den Platz, an dem sie wahrscheinlich den größten Beitrag zur gesamten Produktion leisten werden. *Wenn wir daher jene Regel der Entlohnung als gerecht ansehen, die so stark wie möglich zur Erhöhung der Chancen irgendeines aufs Geratewohl herausgegriffenen Mitglieds der Gemeinschaft beiträgt, so sollten wir die Entlohnung, die durch den freien Markt zustande kommt, als gerecht ansehen* [Hervorhebung des Autors]“ (Hayek 1977, S. 30–31).

Neoliberalismus kennt demnach keine Ergebnisgleichheit und auch keinen notwendigen Aufstieg durch Leistung.

„Tatsache ist einfach, daß wir der Beibehaltung und Durchsetzung einheitlicher Regeln für ein Verfahren zustimmen, das die Chancen der Bedürfnisbefriedigung aller stark verbessert hat, allerdings zu dem Preis, daß alle Individuen und Gruppen das Risiko eines *unverdienten Scheiterns* eingehen [Hervorhebung des Autors]“ (Hayek 1981, S. 102–103).

Straubhaar verlegt die Ursache geringen Nettovermögens in das Individuum, weil es aufgrund des Sich-mit-dem-Nachbar-Vergleichens alles verkonsumiert hat. Hayek hingegen schreibt dazu unmissverständlich: Dieses Risiko steckt im Kapitalismus. „In diesem Sinne ist Freiheit *untrennbar* von Entlohnungen, die oft *keine Beziehung zum Verdienst haben*, das sich jemand erworben hat, und deshalb oft als ungerecht empfunden werden [Hervorhebung des Autors]“ (ebd., S. 164).<sup>116</sup> Hayek würde das Selbst-schuld-Sein des Individuums im Moment des Scheiterns sicherlich nicht verneinen, trägt aber zugleich den Strukturen Rechnung, im Gegensatz zu Thomas Straubhaar, der nicht so richtig versteht, wieso es Menschen als ungerecht empfinden, wenn andere aufgrund des geerbten Vermögens ein sorgenfreies Leben führen können.<sup>117</sup>

Wie beschrieben, werden die Aktivitäten der INSM von einer dafür zuständigen Agentur gesteuert, sodass Botschafter und Kuratoren ihre Ideen konzertiert in die Öffentlichkeit tragen. Von diesem Vorgehen handelt der nächste Abschnitt.

---

<sup>116</sup> So etwas kann auch nur aus einer äußerst privilegierten Position formuliert werden. Zur negativen Freiheitsideologie Hayeks auch Rehmann 2008, in welchem er Hayek ein Kapitel widmet.

<sup>117</sup> Bourdieu gibt in dem sehenswerten Dokumentarfilm *Soziologie* ein Radio-Interview, in dem er die ungleiche Verteilung der Kapitalarten erklärt und deutlich macht, warum deshalb einige weniger tief fallen als andere beziehungsweise nicht fallen können, weil die Familien der oberen Klassen in der Lage sind, das Kind auf die nächste Privatschule zu schicken (vgl. Carles 2001).

## 5.4 Integrierte Kommunikation

Das breite und integrativ gesteuerte Auftreten der INSM in den Medien ist auffällig. Sie betreibt sehr aufwendige Webseiten, kreiert TV-Beiträge, stellt Presseinfos und -mappen zusammen, organisiert Veranstaltungen, gibt Publikationen in Auftrag, druckt Magazine, Anzeigen und Broschüren. Entscheidend dabei ist, dass

„diese verschiedenen Medien nicht zusammenhangslos nebeneinander genutzt werden. Die Geschäftsführer der INSM betonen, dass es immer darauf ankommt, ein orchestriertes Vorgehen zu erzeugen, d.h. die verschiedenen Medien aufeinander abgestimmt zu nutzen und für ein Thema die verschiedenen medialen Möglichkeiten konzentriert zu nutzen“ (Speth 2004, S. 23).

Ein idealer Fall würde dann etwa so aussehen: Prof. Dr. Michael Hüther kritisiert montags in der Tageszeitung Die Welt das Rentenpaket der großen Koalition, am Tag darauf gibt Prof. Dr. Thomas Straubhaar im Focus ein Interview zum gleichen Thema, Prof. Dr. Hans Tietmeyer fordert am Mittwoch die sofortige Rücknahme des Pakets in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in der Wirtschaftswoche tut es ihm Oswald Metzger am Donnerstag gleich. Zeitlich abgestimmt schaltet die INSM Print-Anzeigen zu dem Thema, lädt Videos auf ihren YouTube-Kanal und plakatiert in den Städten (was sie vor allem in Berlin tut, aufgrund der Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern). Das Beispiel ist erfunden, spielt sich in dieser Form aber immer wieder ab.

Gestützt auf die Zusammenarbeit mit Full-Service-Agenturen<sup>118</sup> wird eine stringente strategische Ausrichtung gefahren. Bei Analyse, Organisation, Planung, Kontrolle und Durchführung von Kommunikation wird auf eine klare und einheitliche Linie geachtet und die verschiedenen Werkzeuge werden zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt (vgl. Brand 2006, S. 153). Die INSM legt bei allen Aktionen, die auf die Öffentlichkeit abzielen, keinen großen Wert darauf, als Marke wahrgenommen zu werden. Nicht die Initiative selbst, sondern die Themen und Meinungen, die vertreten und gestreut werden, sollen in den öffentlichen Diskurs gelangen. Das funktioniert hauptsächlich über die „Second Hand Dealers“.

„Denn wenn Hans Tietmeyer oder Peter Glotz sich in großen überregionalen Tageszeitungen äußern, so gibt es meist keinen Hinweis darauf, dass diese Äußerung mit der INSM vorher koordiniert war. Vielmehr ist es eine Stellungnahme mit ganz normalem journalistischem Charakter. In Wirklichkeit ist sie in eine laufende PR-Kampagne der Initiative eingebunden, bei der vorher die Sprecherrollen festgelegt wurden“ (Speth 2004, S. 29).

---

<sup>118</sup> Dabei handelt es sich um eine Werbeagentur, die im Vergleich zur klassischen Agentur nicht nur Anzeigen gestaltet, sondern den ganzen Bereich um das zu bearbeitende Thema abdeckt: Werbung, Marketing, werbepolitische Betreuung, Betreuung der Webseite usw.

Die Konsequenz ist letztlich, dass die Grenzen zwischen Journalismus und PR für die Rezipienten verwischen.

## 5.5 PR-Journalismus

Was wir über die Gesellschaft wissen und wie wir über sie denken, verdankt sich zu großen Teilen der Brille der Massenmedien. Das sehen nicht nur Bourdieu (vgl. Bourdieu 1999) oder Niklas Luhmann (vgl. Luhmann 2009) so. Diese Erkenntnis liegt der Tätigkeit derjenigen Akteure zugrunde, die im Feld der Public Relations arbeiten. Was wir lesen, sehen und durch die Medien konsumieren, werde zwar alles, so Luhmann, „mit dem Vorzeichen des Bezweifelbaren versehen“ (ebd., S. 9), vieles spricht aber dafür, dass sich die Medienkonsumenten doch auf das verlassen, was ihnen präsentiert wird. Albrecht Müller geht sogar davon aus, dass die meisten Menschen nicht an dem zweifeln, was sie zu sehen bekommen, dass es keine Vorzeichen des Bezweifelbaren gibt (vgl. Müller 2009, S. 426). „Wer Einfluss nehmen will auf politische Entscheidungen, der muss die öffentliche Meinung zu den wichtigsten Problemen unserer Zeit bestimmen“ (Müller 2006, S. 176). Thomas Schnedler sieht gar eine „Kolonisation des Journalismus“ (Schnedler 2006, S. 16).<sup>119</sup> Klaus Dittko von der ehemals für die INSM zuständigen Agentur Scholz & Friends erklärt dazu: „Den politischen Richtungswechsel vom rotgrünen Koalitionsvertrag nach der letzten Bundestagswahl [2002] bis zum 18. März 2003, der Agenda-2010-Rede, können Sie letztlich nur durch den medialen Druck erklären“ (zitiert nach Gammel 2005, S. 155).

Das Netzwerk Recherche<sup>120</sup> präsentierte im Jahr 2006 seinen kontrovers diskutierten Medienkodex, in dem es an fünfter Stelle heißt: „Journalisten machen keine PR“ (Netzwerk Recherche 2006). „Das Netzwerk Recherche möchte mit dem Medienkodex

---

<sup>119</sup> „Es ist ein schönes, ein idyllisches Bild – ein Bild, das uns von der pluralistischen Informationsgesellschaft und ihrem wichtigsten Akteur und Wächter, dem Journalisten, berichtet: Eben dieser Journalist sitzt in seiner Redaktionsstube; Verbände, Behörden und Unternehmen senden ihm Informationen zu. Er wählt aus, überprüft, recherchiert, ergänzt. Er ist korrekt, kritisch, unbestechlich. Viele berufen sich bei der Diskussion um das Verhältnis von PR und Journalismus auf eben dieses Bild. Es ist der Maßstab im Plädoyer für ein sauberes Miteinander von PR und Journalismus. Denn geprüfte PR, so heißt es, sei nur eine Quelle von vielen, hilfreich statt gefährlich. Dieser schöne Gedanke hat nur einen gravierenden Fehler: Die oben beschriebene Idylle ist weitestgehend dahin. In den vergangenen Jahren hat die PR massiv aufgerüstet, der Journalismus gleichzeitig abgerüstet. Die Öffentlichkeitsarbeit gefällt sich schon lange nicht mehr in der Rolle des informierenden Dienstleisters. Sie kolonialisiert den Journalismus“ (Schnedler 2006, S. 16).

<sup>120</sup> Der Verein hat sich 2001 gegründet, um „die journalistische Recherche in der Medien-Praxis zu stärken, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und die intensive Recherche vor allem in der journalistischen Ausbildung zu fördern“ (vgl. Netzwerk Recherche 2014).

bewusst eine Diskussion anregen und auf bedenkliche Entwicklungen im Journalismus aufmerksam machen“ (Schnedler 2006, S. 2) und reagierte damit auf das Phänomen, dass immer öfter Meldungen von PR-Agenturen ungeprüft übernommen werden. Dass dem so ist, belegen Untersuchungen und Interviews in Chefredaktionen (vgl. ebd., S. 4 f.).<sup>121</sup>

Für Leser wird es immer schwerer zu entscheiden: Ist das ein journalistischer Artikel oder von einer PR-Agentur kreierte Kommunikation? Das Verwischen der Grenzen zwischen PR und Journalismus ist eine Entwicklung, die in den USA schon wesentlich weiter vorangeschritten ist als in Deutschland. Dort sind schon etwa 40 % der Meldungen nicht mehr Resultate journalistischer Arbeit, sondern durch PR-Agenten erstellte Presseinformationen, die ein klares Eigeninteresse verfolgen (vgl. ebd., S. 29 f.). Ein Grund für diese Entwicklung ist, wie bereits von Bourdieu in Gegenfeuer beschrieben, dass es um die Kassen der Redaktionen immer schlechter bestellt ist. Der „ökonomische Druck hat auch in den Redaktionen zugenommen, die sich bereitwillig vorproduzierte Berichte liefern lassen, die zudem häufig noch kostenlos sind“ (Leif/Speth 2006, S. 309). Um die Kosten niedrig zu halten, werden immer häufiger die PR-Agenturen in das journalistische Alltagsgeschäft integriert (vgl. Kocks 2003, S. 351 ff.).<sup>122</sup> Der ökonomische Druck wird von den Verlegern nach unten weitergegeben und

---

<sup>121</sup> „Neben der direkten Einflussnahme auf die Berichterstattung treten zwei weitere Phänomene im Zusammenhang mit PR immer häufiger auf: Zum einen berichtet Haller in seiner Studie von einer verstärkten Ausrichtung der Zeitungsberichterstattung auf den ‚Mainstream politischer Mehrheitsmeinungen im Publikum‘. Deren Beeinflussung steht zunehmend im Fokus politischer und wirtschaftlicher Interessengruppen. Die ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ mit ihrem Jahresetat von mindestens 10 Millionen Euro zur Vermarktung neoliberaler Reformideen ist hierfür ein prominentes Beispiel. Sie will über Media-Kampagnen allgemein wahrnehmbare und durch ‚repräsentative‘ Umfragen belegte Stimmungen erzeugen. So wird direkt und indirekt auf das Agenda-Setting der Redaktionen Einfluss genommen“ (Netzwerk Recherche 2005, S. 1).

<sup>122</sup> Diejenigen Journalisten, die Licht ins Dunkel bringen wollen, werden von der INSM mitunter persönlich angegangen und unter Druck gesetzt. Brigitte Baetz wurde von der Initiative unter die Lupe genommen (Anlass war ihre Radiosendung, vgl. Baetz 2005): „Ob sie denn als Autorin des sozialdemokratischen Magazins *Vorwärts* überhaupt geeignet sei, einen unvoreingenommenen Bericht über die INSM zu verfassen, wollte man von ihr wissen und gab zugleich einfühlsam zu bedenken, dass sie natürlich als freie Journalistin in Zukunft sehen müsse, woher sie ihre Aufträge bekomme. Und überhaupt würde man eigentlich am liebsten erst mal ihren Vorgesetzten sprechen. Zu oft hätte die INSM die Erfahrung gemacht, dass Freie ihren Redakteuren zweifelhafte Berichte unterjubelten. Gleichzeitig wurde im Verlaufe der Recherche auch der Wunsch geäußert, doch den fertigen Beitrag der INSM ‚zur Abnahme‘ vorzulegen. Gegenüber dem zuständigen Redakteur des *Deutschlandradios* gab man zu bedenken, ob das journalistische Profil von Frau Baetz nicht zu schwach sei für einen Beitrag über die Initiative“ (Krauss 2006, S. 120). Erfolg hatte die Initiative mit ihrer Arbeit in einem anderen Fall: „Während man beim *Deutschlandradio* abblitzte, stieß die Initiative hingegen im Fall von Martin Bell, ehemals Journalist beim *PR-Magazin*, mit den Interventionen bei den Vorgesetzten auf offene Ohren. Offenbar setzte sich die Chefredaktion persönlich mit der INSM ins Benehmen. Man traf sich und Bells Artikel wurde um die kritischsten Stellen gekürzt und dem Autor dann wieder vorgelegt. Mit dem Hinweis, er möge sich doch bei seinen zukünftigen Recherchen zurückhalten. Der Autor weigerte sich

trifft besonders die frei arbeitenden Journalisten, die sich ein Zubrot durch PR-Arbeit verdienen müssen (vgl. Schnedler 2006, S. 18).<sup>123</sup>

Der Verschmelzung von Journalismus, der unabhängig informieren sollte, und PR, die, einfach ausgedrückt, Werbung macht, wird sogar von der deutschen Fachhochschullandschaft Rechnung getragen – es entstehen immer mehr Studiengänge, die beide Bereiche nicht unabhängig voneinander behandeln.<sup>124</sup> Die INSM selbst kooperierte mit zwei Journalistenschulen. Sie finanzierte einen Workshop an der RTL-Journalistenschule, der mit „Welche Reformen braucht das Land?“ überschrieben war. Und sie arbeitete mit der Journalistenschule in Köln zusammen. Zwölf Nachwuchsjournalist\_innen fertigten eine Broschüre für die Initiative, die dem Verbandsorgan des Deutschen Journalistenverbands beilag, dem Journalist (vgl. Krauss 2006, S. 117).

Transparency International, Netzwerk Recherche und andere kritisieren in einer Studie, dass „angesichts einbrechender Werbeeinnahmen und sinkender Verkaufszahlen selbst bei vielen renommierten Medien kaum noch Hemmungen vorhanden sind, entstandene

---

daraufhin, seinen Namen unter den Artikel zu setzen. Der Verlag behauptet dagegen, der Autor sei immer in die Änderungen involviert gewesen. Einige Ausgaben später gab es ein großes Portrait des INSM-Geschäftsführers Enzweiler in der Rubrik ‚Kommunikationsköpfe‘. Nach Angaben Bells eine Rubrik für Haus- und Hofberichterstattung“ (ebd.).

<sup>123</sup> „Die erstarkende PR-Industrie trifft auf einen schwächelnden Journalismus. Die Zeit für Recherche wird immer knapper, Rationalisierung ist das Gebot der Stunde. Die Arbeit wird auf immer weniger Schultern verteilt, die Redaktionen werden ausgedünnt, die Zahl der Festanstellungen schmilzt – der Deutsche Journalisten-Verband schätzt, dass die Zahl der Redakteursstellen in den vergangenen Jahren um etwa 1500 zurückgegangen ist. Viele Redaktionen lassen einen Großteil der Arbeit von freien Mitarbeitern erledigen, die aber oft extrem schlecht bezahlt werden. Damit forcieren sie die Vermengung von PR und Journalismus, weil viele Freie sich Verdienstmöglichkeiten in der Öffentlichkeitsarbeit suchen“ (Schnedler 2006, S. 16). Interessant ist vor allem Schnedlers Einschätzung bezüglich des journalistischen Habitus: „Doch nicht nur Zeit- und Personalmangel oder lächerliche Honorarhöhen begründen den großen Erfolg der Public Relations. Wenn PR-Mitteilungen unverändert ins Blatt gehoben werden, ist dies auch ein *Zeichen eines deformierten Selbstverständnisses der Journalisten* [Hervorhebung durch den Autor], ein Beweis für mangelnde Distanz, für mangelnde Unabhängigkeit. Wenn sich Journalisten primär als Dienstleister für Service-Informationen, als Content-Manager verstehen und nicht als Aufklärer oder Kritiker, geben sie wesentlich unbefangener einseitige Unternehmensinformationen an die Leser weiter. Der Trend zum Nutzwertjournalismus fördert dabei die Nähe zur Öffentlichkeitsarbeit. Wer im Sinne des Nutzens, nicht im Sinne der kritischen Information arbeitet, für den ist die Quelle seiner Textbausteine eher zweitrangig“ (ebd.).

<sup>124</sup> „Nun sprießen seit Jahren vor allem an den Fachhochschulen Studiengänge, die von dieser Trennung nichts mehr wissen wollen. Die Fachhochschule Gelsenkirchen beispielsweise bietet den Bachelor-Studiengang ‚Journalismus und Public Relations‘ an. Dieser, so erklärt die Hochschule auf ihrer Homepage, verknüpft zwei Ausbildungen, die in Deutschland bislang getrennt angeboten wurden: die Ausbildung zum Journalisten und die Ausbildung zum Öffentlichkeitsarbeiter. Der Studiengang trägt damit der engen Verzahnung von Journalismus und Public Relations im Alltag Rechnung.“ Die Fachhochschule Köln bildet in einem Bachelor-Studiengang zum Online-Redakteur aus. Auch hier wird im Internet damit geworben, dass für die Absolventen dieses Studiengangs die altmodische Unterscheidung zwischen PR und Journalismus längst nicht mehr gilt: „Die Absolventen können sowohl in den Online-Redaktionen von Medienbetrieben als auch in den Online-Redaktionen anderer Wirtschaftsunternehmen arbeiten“ (ebd., S. 21).

Rückgänge durch Kooperationen mit Lobbyisten und Unternehmen auszugleichen“ (Karthäuser 2013, S. 28). Weiter stellt die Studie fest: „Der Ruf nach journalistischer Unabhängigkeit wirkt zunehmend hilflos“ (ebd.). Als besonders auffälliges Beispiel nannte die Studie die Medienpartnerschaften der INSM (vgl. Grill 2013).<sup>125</sup>

Als weiteres Einfallstor für PR in den Journalismus gilt, dass nicht mehr nur private TV-Sender, sondern auch öffentlich-rechtliche Sender aus Kostengründen nicht mehr alles selbst produzieren. Für den Zuschauer ist dabei meistens nur am Ende der Sendung sichtbar, dass diese nicht selbst produziert wurde (vgl. Müller 2009, S. 395 f.). Derartige Bedingungen schaffen ein ideales Umfeld, um Meinungen in die Medien zu schleusen. Das hat auch die INSM erkannt, wie die folgenden Beispiele veranschaulichen sollen.

## 5.6 Drittmittel-Fernsehen

Günther Ederer, Wirtschaftsjournalist, Filmemacher und Publizist, drehte mit Geldern der INSM drei Filme, die im Hessischen Rundfunk (HR) ausgestrahlt wurden: *Das Märchen von der gerechten Steuer*, *Das Märchen von der sicheren Rente* und *Das Märchen vom blühenden Arbeitsmarkt*. „Der Journalist [...] spricht uns aus dem Herzen“, sagte der damalige INSM-Geschäftsführer Rath über Ederer (zitiert nach Krauss 2006, S. 113). 2004 hatte der HR bei der INSM Produktionshilfen eingeworben, um eine politische Dokumentation mit Ederer produzieren zu können. Bedingung vonseiten der INSM war, dass der Sender die Rechte an der Produktion an sie abtritt. Der HR bekam dafür ca. 60.000 Euro (vgl. Krauss 2006, S. 113 f.).

„Im Abspann konnte man lesen, dass es die Initiative gibt und dass man bei ihr das Video beziehen kann. Für ihre 60.000 Euro erreichte die INSM an drei ARD-Abenden knapp fünf Mio [sic!] Zuschauer. Wenn man bedenkt dass die Investition durch den Videoverkauf mehr als amortisiert wurde, kann man sagen: Das hat sich gelohnt, und zwar auch für die Initiative. Denn der Zuschauer erfährt, wie Kündigungsschutz Arbeitsplätze verhindert und auch, warum die kapitalgedeckte Rente in Amerika so viel besser läuft als die staatliche Rente in Deutschland“ (ebd.).

---

<sup>125</sup> „Wo aber beginnt auch jenseits des Strafrechts Bestechlichkeit, wo endet sie? Nicht immer sind die Verstöße gegen die redaktionelle Unabhängigkeit scharf zu ziehen [sic!]. Was soll man zum Beispiel davon halten, wenn die Wochenzeitung *Die Zeit* einen Essaywettbewerb veranstaltet über die ‚Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft‘, der von der Arbeitgeber-Lobby INSM [...] nicht nur gefördert wird, sondern in dem die INSM auch den Großteil der Juroren stellt? Auch die Wirtschaftswoche ist mit der INSM eine Medienpartnerschaft eingegangen und hat ein ‚Städte-Ranking‘ und ein ‚Bundesländer-Ranking‘ veranstaltet. Auch Focus Money hat mit der INSM kooperiert, die Redakteure schrieben Wirtschaftstexte für Schüler, die dann, wie’s der Zufall so will, genau mit dem wirtschaftsliberalen Programm der INSM übereinstimmten, in dem sie zum Beispiel gegen Subventionen argumentierten“ (Grill 2013, S. 6).



Das Problem dabei ist weniger, dass (sehr günstige) Staatskritik im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt wurde, sondern vielmehr, dass erst in den letzten Sekunden der Sendung und nach dem Abspann ersichtlich wurde, wer diese Filme eigentlich (mit)produziert hat. Und dort war auch lediglich der Name der INSM zu sehen, nicht aber, wofür sie sich einsetzt (vgl. Lilienthal 2004, S. 111–120).

Wesentlich krasser ist der Fall Marienhof, der ein Jahr zuvor stattfand und erst vier Jahre danach bekannt wurde. 2002 kaufte sich die INSM für 58.670 Euro in die Daily Soap ein und nahm über eine Vermittlungsfirma Einfluss auf die Gestaltung des Drehbuchs. Durch Druck des Evangelischen Pressedienstes wurden die Schriftprotokolle der Sendungen veröffentlicht (vgl. Krauss 2006, S. 115). In der Selbstdarstellung der Initiative war

„[d]ie Themenauswahl [...] selbst bei kritischer Betrachtung ideologiefrei und vermittelte aktuelle Informationen, die zur damaligen Zeit von der Bundesregierung und von der Opposition allgemein propagiert wurden. Insofern entsprach dies auch dem Bildungsauftrag des öffentlich rechtlichen Rundfunks“ (zitiert nach ebd.).

Die Geschäftsführung der INSM betonte den angeblich aufklärerischen Charakter der Zusammenarbeit, bezeichnete die Aktion nach zu großem medialem Druck aber als einen Fehler (vgl. ebd.). Die in Norbert Nicolls Buch zur INSM nachzulesenden Schriftprotokolle werden hier in Gänze wiedergegeben, weil sie veranschaulichen, wie geschickt hier ordnungspolitische Ideen unter die Leute getragen wurden (vgl. Nicoll 2008, S. 115).

*„Kontext: Toni findet einen gut bezahlten Job als Verkäuferin bei Herrn Fechner im M+P und freut sich zunächst über das viele Geld, das sie jeden Monat für den Job bekommt. Doch bei Auszahlung eines Vorschusses erlebt sie eine böse Überraschung...*

*Folge 1961 (26.7.2002)*

*Fechner rechnet ihr vor: Sie verdienen brutto genau 1.227 Euro, das macht nach Abzug aller [sic!] Steuern und Sozialabgaben genau 901 Euro netto! [,alter‘ soll vermutlich ,aller‘ heißen]*

*Toni: Ja und wo geht das ganze andere Geld hin?*

*Fechner: Haben sie den [sic!] noch nie einen Lohnzettel gesehen? 1.227 Euro brutto minus 74 Euro Steuern, minus 252 Euro Sozialabgaben macht genau 901 Euro netto t [sic!]*

*Toni rechnet: Das reicht ja noch lange nicht für die Kautions! Das ist ja Wucher!*

*Fechner: Damit müssen Sie sich an den Finanzminister wenden! Und jetzt darf ich Sie wieder bitten! Bei soviel Vorschuss erwarte ich entsprechendes Engagement!*

*Folge 1962 (29.7.2002)*

*Toni: Ich könnte auch schwarz für Sie arbeiten! Sie würden eine Menge Geld sparen! Wie z. B. die ganzen Sozialabgaben und das Urlaubsgeld und ich weiß nicht was noch alles!*

*Fechner ergänzt: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, 13. Monatsgehalt. Ja, ja!*

*Toni: Das sind über 450 Euro im Monat!*

*Fechner überlegt: Klingt verlockend!*

*[Später in der Sendung entscheidet sich Fechner dagegen – mit folgender Begründung:]*

*Fechner: Auf den ersten Blick klingt Ihr Angebot wirklich vielversprechend bei den hohen Lohn-Zusatzkosten, wie soll man das alles bezahlen und dabei noch rentabel arbeiten?! Aber trotzdem, ich kann Sie nicht schwarz beschäftigen! Wenn die Behörden davon Wind bekommen, muss ich eine deftige Strafe bezahlen oder sie machen mir sogar den Laden dicht!*

*Am 19. August 2002 telefoniert die alleinerziehende Mutter von zwei Kindern Jenny Busch mit ihrem Arbeitgeber Herr Fechner:*

*F: Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie heute Abend zwei Stündchen dranhängen können. Durch einen Konkurs ist mir ein sehr günstiger Posten Damenwäsche zugewandert, der sofort gelistet werden muss.*

*JB: Ein zwei Stündchen? Herr Fechner, ich habe Kinder zu Hause.*

*F: Und wie man hört einen Freund, der Ihnen und Ihren Kindern zuliebe seine Praxis auch mal pünktlich schließen kann, hmm?*

*JB: Meine Beziehung zu Dr. Bergner ist meine Privatsache und über seine Zeit zu verfügen, das steht Ihnen nicht zu, Herr Fechner.*

*F: Schade, wenn Sie immer nur Dienst nach Vorschrift schieben, werden Sie es nie weit bringen! Und das ausgerechnet jetzt, wo ich mir überlege, Sie von der Zeitarbeitsfirma in eine Festanstellung zu übernehmen!*

*JB: Das freut mich ja auch, Herr Fechner, aber ob das heute Abend schon geht? Ich werde es versuchen“ (ebd.).*

Diese Auszüge dokumentieren die „selbst bei kritischer Betrachtung ideologiefreie“ (zitiert nach Krauss 2006, S. 115) Arbeit der INSM. Und dabei sind sie nur eine Stimme in der Kommunikationsstrategie, mit der die INSM das raffende Finanzamt und die strafende Bürokratie anprangert, die Flexibilisierung der Arbeitenden und den Aufstieg durch Leiharbeit propagiert. Zur selben Zeit wurde über die ersten Vorschläge der

Hartz-Kommission debattiert. Die Initiative forderte parallel dazu im Frühjahr 2002 via INSM-Kuratoriumssprecher Hans Tietmeyer eine Lockerung des Kündigungsschutzes, eine Erleichterung von Zeitarbeit und befristeter Beschäftigung. INSM-Botschafter Randolph Rodenstock forderte in einer Erklärung die Senkung der Arbeitskosten und mehr Flexibilität im Beschäftigungsschutz (vgl. Nicoll 2008, S. 115). Flankiert werden diese Beispiele versuchter Einflussnahme mit vermeintlich objektiven Studien und Rankings, welche die INSM regelmäßig veröffentlicht.

## 5.7 Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen

Die Initiative versucht, glaubwürdig zu erscheinen, indem sie sich mit der Symbolik der Wissenschaftlichkeit ausstattet. Vor allem Wirtschaftswissenschaftler liefern der INSM Material und verschaffen ihr damit eine stabile Basis. Dabei arbeitet die Reforminitiative eng mit dem bereits erwähnten Allensbacher Institut für Demoskopie, das beinahe alle Meinungsumfragen für die INSM durchführt, und dem IW zusammen. An Letzteres ist auch ein Verlag angeschlossen, der die Publikationen der INSM organisiert (vgl. Speth 2004, S. 31). Insgesamt arbeiten um die 300 Leute am IW, rechnen, analysieren, versuchen Trends nachzugehen und sollen damit neoliberalen Marktverständnis Plausibilität verleihen. Denn „Aufmerksamkeit kann nur erzeugt werden, wenn hinter dem Argument auch noch wissenschaftliche Seriosität steckt“ (ebd.).

Meist in Zusammenarbeit mit wirtschaftsnahen oder konservativen Zeitungen (Wirtschaftswoche, Handelsblatt, Impulse, Financial Times Deutschland, Frankfurter Allgemeine (Sonntags-)Zeitung, Welt), aber auch mit TV-Sendern (n-tv und mtv, letzteren Sender gibt es nicht mehr) werden Studien und Rankings öffentlich gemacht (vgl. Ehrich 2009, S. 37 ff.; Ehrich 2013, S. 84; Krauss 2006, S. 110 f.).

„Die Geschichten der INSM erscheinen umfangreicher, besser platziert und typographisch hervorgehoben. Dabei greifen die Medienpartner oft auf exklusive Studien der INSM zurück, veranstalten gemeinsam mit der Initiative Events, wählen etwa den ‚Reformer des Jahres‘; oder geben, wie die *Financial Times Deutschland*, gemeinsam die Booklet-Reihe ‚Ökonomie Klassiker kompakt‘ heraus, die der Zeitung beiliegt und mit Gastkommentaren, natürlich meist von INSM-Botschaftern, versehen wird [Hervorhebung im Original]“ (Krauss 2006, S. 111).<sup>126</sup>

---

<sup>126</sup> Die Booklet-Reihe, die der Financial Times Deutschland beilag (die Zeitung erscheint nicht mehr), hat es, in ein Buch zusammengefasst, bis in die Bundeszentrale für politische Bildung geschafft. Dort erschien das Buch als Klassiker der Ökonomie – Vom Adam Smith bis Amartya Sen (vgl. Hüther 2006, heute nicht mehr bestellbar, in der Universitäts-Bibliothek Frankfurt aber noch zu finden). INSM-Kurator

Zum einen befördern sie damit den ohnehin durch sie propagierten Wettbewerb und zum andern sind Rankings in der Presse sehr populär und werden oft aufgegriffen. Die Kriterien sind dabei eher politisch und weniger wissenschaftlich. Sie sind für Außenstehende kaum nachzuvollziehen (vgl. Ehrich 2009, S. 48 f.; Kaphegyi 2012).

Neben dem relativ bekannten Bildungsmonitor-Ranking gibt es das Bundesländerranking, den Deutschland-Check (zusammen mit der Wirtschaftswoche), das Städteranking, den Kindergartenmonitor (zusammen mit der Zeitschrift Eltern), das Parkgebührenranking, das Gründerranking und das Regionalranking. Aktuell nicht mehr zu finden sind das Merkelmeter (2005–2009, zusammen mit der Wirtschaftswoche), „das wissenschaftliche Leistungszeugnis der Bundesregierung“ (Ehrich 2013, S. 85), und der Reformers des Jahres (2003–2005 mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung). Letzteren Preis errangen Menschen, die sich besonders für marktwirtschaftliche Reformen einsetzten. „Diese Art der politischen Kommunikation ist medienkompatibel gestaltet, so dass eine Breitenwirkung erzielt werden kann, und liefert potenziellen Adressaten einen konkreten Gebrauchswert“ (Speth 2010, S. 230). Bis vor Kurzem wurde das Portal Unicheck von der INSM zusammen mit der Zeitschrift Unicum betrieben. Über das Portal sollte die Akzeptanz von Studiengebühren unter den Studierenden gesteigert werden. Die Zusammenarbeit wurde nach der schrittweisen Abschaffung der Gebühren aber eingestellt. Aktuell können Studenten dort ihre

---

Michael Hüther ist Herausgeber, doch „statt auf diesen lobbyistischen Hintergrund hinzuweisen, preist die Bundeszentrale für politische Bildung das Werk mit folgenden Worten an: ‚Der Band bietet in 15 Kapiteln Einblicke in die zentralen Thesen dieser Klassiker und ihre Bedeutung für die Wirtschaftsgeschichte. Bereichert wird er durch die Würdigung und Kommentierung jedes Klassikers durch kompetente Ökonomen der Gegenwart‘“ (Ehrich 2013, S. 138). Die „Einblicke in die zentralen Thesen dieser Klassiker“ (ebd.) stammen von der Firma getAbstract, einem Unternehmen, das sein Geld damit verdient, (wissenschaftliche) Bücher und Theorien auf wenigen Seiten zusammenzufassen (vgl. getabstract 2014). Unter den „kompetenten Ökonomen der Gegenwart“ finden sich neben Hüther drei weitere Personen aus dem direkten Umfeld der INSM: Thomas Straubhaar, Juergen B. Donges und Hans D. Barbier. Insgesamt sind es 12 Kommentatoren (darunter auch Joachim Starbatty, 2013 Spitzenkandidat der Alternative für Deutschland und MPS-Mitglied). Die Kommentare betonen vor allem das „wirtschaftliche Freiheitsmoment“ und heißen bezüglich Adam Smith „Wohlstand durch Freiheit“, bezüglich David Ricardo „Freihandel ist ein kraftvoller Wohlstandsmotor“, bezüglich Hayek „Die kreativen Kräfte der Freiheit“ oder bezüglich Friedman „Der Wert der Freiheit“ (vgl. Hüther 2006). Im Vorwort des Buches wird der INSM für die Grundlegung des Projekts gedankt, ohne jeden Hinweis, was diese Initiative ist und was sie will (vgl. ebd., S. 14). Am Ende des Buches werden die Kommentatoren kurz vorgestellt. Hier hätte es die Möglichkeit gegeben, die Verbindung zur INSM zu ziehen, was nicht gemacht wurde (vgl. ebd., S. 303). Für den Leser entsteht so der Eindruck, es handle sich um ein neutrales Werk, das für das Ziel der politischen Bildung konzipiert wurde, kommentiert von kompetenten Ökonomen (auch die anderen Kommentatoren sind, wenn nicht Botschafter der INSM, dem neoliberalen Lager zuzuordnen: Klaus-Werner Schatz etwa. sitzt im Vorstand der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, Israel Kirzner studierte unter anderem bei Ludwig von Mises und ist MPS-Mitglied). Der advokatorische Hintergrund geht aus den Angaben nicht hervor und die INSM konnte durch die Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung ihre Ideen weit verbreiten.

Hochschule nach Kriterien wie Ausstattung, Bibliotheken, Mensa usw. bewerten. Trotz des Misserfolgs bezüglich der Akzeptanz von Studiengebühren hat die INSM erkannt, wie wichtig das Feld der Bildung ist und welche Rolle die Bildungsinstitutionen bei der Reproduktion von Macht- und Herrschaftsstrukturen spielen.

## 5.8 Wirtschaft und Schule

Auf dem „Lehrerportal“ (INSM 2014g) [wirtschaftundschule.de](http://wirtschaftundschule.de) wird von der INSM Lehrmaterial zum Download bereitgestellt, das vor allem in Zusammenarbeit mit dem IW entstanden ist. Es ist vollständig aufbereitet, das heißt, Politik- und Sozialkundelehrer werden damit durch den Unterricht geleitet. Die INSM versucht damit, eine Art Rundum-sorglos-Paket zur Verfügung zu stellen und setzt darauf, dass „die Materialien so übernommen [...] wie sie angeboten werden“ (Ehrich 2013, S. 25).

Udo Ehrich hat sich unter dem Titel „Lehrer als Multiplikatoren“ (ebd.) Unterrichtsmaterialien der INSM genauer angeschaut, die auf der oben genannten Webseite zu finden sind. Das Thema soziale Sicherung wird in dem Material etwa so eingeleitet:

„Die drei wichtigsten Säulen der Sozialen Marktwirtschaft sind brüchig. Die Massenarbeitslosigkeit ist ein Dauerphänomen geworden, die Gesundheitskosten explodieren und bei der Rente hält der Generationenvertrag der demographischen Entwicklung nicht stand. Kontinuierlich steigen die Ausgaben für Soziales. Die öffentlichen Kassen sind gezwungen, Jahr für Jahr mehr auszugeben, als sie einnehmen. Gesellschaft und Politik müssen entscheiden: Ist der Staat zu sozial“ (zitiert nach Ehrich 2013, S. 26)?

Die Krise des Sozialstaats wird Ehrich zufolge als „Teufelskreis“ dargestellt, für den der Staat selbst verantwortlich sei. Die Arbeitsblätter sind von einer „eindimensionalen Sicht“ geprägt, „die der neoliberalen Ideologie“ entspricht (ebd.).

„Arbeitslosigkeit wird nicht als strukturelles Problem dargestellt beschrieben, daß zu wenig Arbeitsplätze vorhanden seien, sondern das Problem wird individualisiert: Weil die Sozialleistungen angeblich zu üppig seien, hätten die Arbeitslosen keinen Anreiz, Arbeit (zu Niedriglöhnen) aufzunehmen“ (ebd., S. 27).

Die Schüler sollen über mögliche Lösungen dieses Problems beraten. Das Unterrichtsmaterial schlägt vor:

„Sicherlich werden die Schüler nicht mit Generallösungen aufwarten. Jedoch wird vielleicht das Argument kommen, dass höhere Vergütungen genügend Anreiz sein könnten. Eine einseitige Belastung der Unternehmen kann es aber nicht sein. Vielleicht bringen Sie das Stichwort ‚Kombilohn‘ (Arbeitgebervergütung, die durch öffentliche Hilfe aufgestockt wird) ins Spiel, als bisher einzige praxiserprobte Mischvariante“ (ebd.).

Ehrich sieht in der Behauptung, „daß der Kombilohn die einzig praxiserprobte Mischvariante sei [...] eine gezielte Desinformation der Schüler [und ebenso der Lehrer]“ (ebd.). Hier werde schlicht Stimmung für ein Modell gemacht, das in das Konzept der INSM passe (vgl. ebd.).<sup>127</sup>

Im Folgenden soll ein weiterer Einführungstext des Portals aus einem Unterrichtsentwurf zum Thema Altersvorsorge vorgestellt werden. Der Empfehlung nach soll es im Gymnasium, der beruflichen Schule und der Sekundarstufe II eingesetzt werden.

„Vor allem junge Menschen, die kurz vor dem Eintritt ins Berufsleben stehen, sowie Berufsanfänger *erkennen die Problematik und Notwendigkeit der privaten Altersvorsorge in aller Regel noch nicht*. Dabei ist besonders die jetzige Generation der Heranwachsenden von den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die gesetzliche Rentenversicherung betroffen und *muss verstärkt private Altersvorsorge betreiben, um später nicht in Altersarmut zu leben* [Hervorhebung durch den Autor]“ (INSM 2014b).

Ganz unverhohlen wird den Schülern mit diesem Material klargemacht: Wer später nicht in Armut leben will, muss unbedingt privat vorsorgen. Die INSM versucht aber nicht nur Inhalte in die Schulen zu transportieren. Sie versucht, die Bildungslandschaft selbst mittels des jährlich erscheinenden Bildungsmonitor-Rankings umzubauen, auf das folgend eingegangen werden soll.

Tobias Kaphegyi hat sich in seiner Arbeit *Blackbox Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings* (Kaphegyi 2012) mit ebendiesem Bildungsmonitor der INSM (INSM 2014c) auseinandergesetzt. Das Ranking werde in den Medien breit rezipiert, „so schreiben beispielsweise alle großen deutschen Tageszeitungen über die Ergebnisse“ (Kaphegyi 2012, S. 10).<sup>128</sup> Der Bildungsmonitor als weiteres Ranking-Projekt der Initiative werde erstellt, „um auch aus dem öffentlichen Gut Bildung waren- bzw. marktförmige Produkte zu machen“ (Kaphegyi 2012, S. 7). Kaphegyis Arbeit zeigt, dass sich der Bildungsmonitor mit

„bildungspolitischen und pädagogischen Fragen tatsächlich überhaupt nicht beschäftigt. Vielmehr haben die Autoren [...] einen Katalog von Annahmen aufgestellt, deren Erfüllung ihrer Meinung nach das Wirtschaftswachstum besonders fördere. Letztlich geht es im

---

<sup>127</sup> Sonst bezieht die INSM ganz klare Position gegen staatliche Subventionen, etwa beim Thema erneuerbare Energien. So findet sich auf der Webseite der EEG-Kostenzähler, der die Subventionen für erneuerbare Energien seit 2000 addiert und mittlerweile, bei einem Zuwachs von 617 Euro in der Sekunde, bei 86.555.959.539 Euro angekommen ist (vgl. INSM 2014d).

<sup>128</sup> Um nur drei Zeitungen zu nennen, die über den Bildungsmonitor aus dem vergangenen Jahr berichteten: vgl. Der Tagesspiegel 2013, Die Welt 2013, Hamburger Morgenpost 2013.

Bildungsmonitor um die Reduktion des Bildungssystems auf eine ökonomische Funktion: Das beste Bildungssystem sei jenes, das am meisten Wirtschaftswachstum generiere“ (ebd.).<sup>129</sup>

Kaphegyi beanstandet „einen Mangel an kritisch-rationalem, wissenschaftlichem Vorgehen“ (ebd., S. 131),

„weil sich die AutorInnen nicht an die Art des methodischen Aufbaus eines Benchmarking halten, auf das sie selbst verweisen. Statt im Sinne eines einigermaßen kritisch-rationales Vorgehens geeignete Falsifikationskriterien für die Indikatoren und Handlungsfelder zu definieren und zu prüfen, werden diese Indikatoren aufgrund eines ungenauen und interesseorientierten Auswahlprozesses (der euphemistisch als ‚Metastudien‘ bezeichnet wird) bestimmt“ (ebd., S. 130).

Das größte Problem sieht er darin, dass der Aufbau und die Durchführung des Rankings in der Öffentlichkeit „bisher kaum kritisch diskutiert wurden“ (ebd.). Er kritisiert in seiner Arbeit noch wesentlich mehr, dieser Umriss soll für die hier verfolgten Zwecke aber genügen: So wissenschaftlich, wie er rezipiert wird, ist der Bildungsmonitor nicht.<sup>130</sup> Die von Kaphegyi beanstandete Unwissenschaftlichkeit hindert die INSM aber nicht daran, mit dem Bildungsmonitor Jahr für Jahr hohe Wellen zu schlagen. Das Ranking und die damit verbundenen Forderungen nach Reformen sind fest im Diskurs verankert und werden diskutiert.

Im nächsten Abschnitt soll veranschaulicht werden, wie die INSM zur Begriffsformung im Diskurs beiträgt.

## 5.9 Schlüsselwörter

Bourdieu schreibt in *Die verborgenen Mechanismen der Macht*: „Tatsächlich üben Worte eine typisch magische Macht aus: sie machen sehen, sie machen glauben, sie machen handeln“ (Bourdieu 1992a, S. 83).<sup>131</sup> Der Linguist Martin Wengeler hat sich die INSM in Bezug auf sprachliche Aspekte näher angeschaut. Ihm zufolge ist allein schon die Benennung der Initiative interessant, weil sie versucht „an die gesellschaftlichen und

---

<sup>129</sup> Beispielsweise durch den Bertelsmann Konzern, der im Bildungssektor eine ganze Menge Geld verdienen will. „Bildung sei ein ‚globaler Megatrend‘, sagte Rabe, der dieses Wachstumfeld zur Chefsache erklärt hat. Nach einem Investment in einen Fonds (University Ventures I) folgt nun eine Investition in den Nachfolgefonds, der größer und breiter aufgestellt sein wird. Der Umsatz mit Investitionen in Unternehmen, die im (digitalen) Bildungssektor unterwegs sind, soll in den kommenden 3 bis 5 Jahren eine Milliarde Euro erreichen. Zu den Investitionsfeldern gehört die Medizinische Bildung sowie Online-Angebote in der ‚higher Education‘, also bei der universitären Bildung. Die Bereitschaft der Menschen, für Bildungsangebote zu bezahlen (statt sie gratis in Anspruch zu nehmen), sei vorhanden. Margen von etwa 20 Prozent seien realistisch“ (Meier 2014).

<sup>130</sup> Beispielsweise die humankapitaltheoretische Sicht auf Bildung (Kaphegyi 2012, S. 18 ff.), der Kausalschluss ‚höheres Qualifikationsniveau = höheres Wirtschaftswachstum‘ (ebd., S. 24 ff.) oder Qualitätsverbesserung im Bildungssystem ganz ohne Mehrausgaben (ebd., S. 30 ff.).

<sup>131</sup> Zur Sprache als Herrschafts- und Distinktionsmedium vgl. Bourdieu 2005d.

diskursiven Innovationen der bundesrepublikanischen Geschichte durch die Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren“ anzuschließen, „für die *Bürgerinitiativen* und eben ihr Verständnis als soziale *Bewegungen* zentral sind“ (vgl. Wengeler 2008, S. 99). Die INSM versuche offensichtlich, Aktionsmuster und -formen der kritischen Opposition der Post-68er-Zeit zu kopieren (vgl. ebd., S. 100). Bemerkenswerter sei aber noch, dass die Initiative es geschafft habe, Begriffe wie Soziale Marktwirtschaft, Reform, Wachstum, Subventionen, Nachhaltigkeit und (Wirtschafts-)Standort in den Diskurs einzubringen und dort zu halten. Es sei

„kein Zufall, dass gerade diese Schlüsselwörter in den Texten der INSM immer wieder vorkommen und sowohl als Basis für eine Vielfalt von neuen Komposita dienen, als auch in typischen Kollokationen und Verwendungszusammenhängen gebraucht werden. Während die Verwendung von *Soziale Marktwirtschaft* im Namen der Initiative im Diskurszusammenhang nur als Versuch gewertet werden kann, den ‚Begriff‘ im eigenen, wirtschaftsliberalen Sinn, der nicht der dominante im Diskurs ist, zu besetzen, kann die Initiative bei den fünf anderen ‚Begriffen‘ schon zum Zeitpunkt ihrer Gründung auf einen in ihrem Sinne gut ‚bestellten‘ Diskurs aufbauen, den sie mit ihren Aktivitäten unterstützt, forciert und diese Dominanz stärkt [Hervorhebungen im Original]“ (ebd.).

Durch die Verwendung dieser Begriffe, „die nach nichts aussehen, aber eine ganze Philosophie im Schlepptau führen“ (Bourdieu 1998a, S. 65), versuche die INSM ihre spezifischen ordnungspolitischen Ideen zu verbergen. Denn die Bedeutung dieser Begriffe werde durch deren selbstverständliche Verwendung im Sinne der INSM immer schon mitvermittelt, „weil sie präsupponiert, mitgemeint werden können aufgrund ihrer erfolgreichen Verankerung im Diskurs“ (Wengeler 2008, S. 100). So gibt sich die Initiative wertfrei und überparteilich.

Seit den 90er-Jahren tauche der Begriff soziale Marktwirtschaft wieder im öffentlichen Diskurs auf. Anfang der 2000er sei das Wort zu einem der wichtigsten Begriffe des Wahlkampfs geworden, was bestätigt habe, dass „diskursive [wirtschaftspolitische] Positionen vorerst ausschließlich innerhalb der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ verortet werden können, wenn sie ernst genommen werden wollen“ (Nonhoff 2001, S. 203, zitiert nach Wengeler 2008, S. 101f.). Im öffentlichen Diskurs wird um die Deutung dieses Wortes gekämpft – in diesen Kampf greift die Initiative allein schon durch ihren Namen ein (vgl. ebd.).<sup>132</sup>

---

<sup>132</sup> „Der Idee der Sozialen Marktwirtschaft lag die Vorstellung eines vom Staate zu gewährenden Gemeinwohl [sic!] zugrunde, dass folglich der Staat das Primat der Politik inne hatte. Damit trägt die Gesellschaftsbeschreibung dieser Erhardtschen Ordnungskonzeption ein korporatives Element in sich: Organisationen und Interessengruppen hatten sich in ein ‚Ganzes‘ einzuordnen, statt offener Konfrontation und rücksichtsloser Durchsetzung von Partikularinteressen sollte eine horizontale Herrschaftsbeziehung unter ‚Konfliktpartnerschaften‘ für die politische Willensbildung sorgen. In der Tat



Folgt man der Selbstdarstellung der INSM auf ihrer Webseite, so wird die neoliberalistische Ausrichtung ihrer Begriffsdefinition schnell deutlich. „Beschäftigungshürden“, etwa „Bürokratie“ und „hohe Lohnzusatzkosten“ – alles, was „die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindert“ –, sollen abgebaut, Steuern und Abgaben reduziert werden (vgl. INSM 2014a). Um Marktwirtschaft im INSM-Verständnis als sozial begreifen zu können, wurde das Attribut neu davorgesetzt. Schaut man sich die ordnungspolitischen Veränderungen seit der Gründung des Thinktanks an, so kann behauptet werden, dass die INSM überaus erfolgreich war – die Soziale Marktwirtschaft bewegt sich in Richtung der Vorstellungen der Initiative.

Eines der Schlüsselworte der INSM ist das der Reform. „Reformagenda, Reformindikator, Reformdividende, Reform-Prioritäten, Reformcluster, Reform-kalendarium, Reform-Tief, Reformer des Jahres“ (Wengeler 2008, S. 102 f.) werden auf Grundlage

---

charakterisierte dieser soziale und demokratische Konsens das Modell Deutschland bis in die 90er Jahre hinein. Interpretiert man die Soziale Marktwirtschaft in diesem Kontext nun normativ, fragt also, *was für uns Soziale Marktwirtschaft ist*, dann speist sich aus all dem Beschriebenen in letzter aber entscheidender Konsequenz ein zentraler Grundsatz: Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern hat dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Oder anders formuliert: Nicht der Mensch hat sich den Bedürfnissen der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft den Bedürfnissen des Menschen unterzuordnen. Wettbewerb kann demnach nur soweit gehen, als dass er sozial verträglich ist und das Gemeinwohl nicht schädigt – ein Wettbewerb nach sozialen Kriterien also [Hervorhebungen im Original]“ (Müller 2012). Folgt man dieser Definition, so geht die Entwicklung in eine andere Richtung. „Wie irreführend ist aber nach diesem Resümee der Name *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. Denn nicht nur nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Claus Leggewie ist das Ziel der Arbeitgeberlobby INSM weniger ‚soziale‘ Marktwirtschaft als vielmehr ‚kapitalistische freie Marktwirtschaft‘. Mit dieser Begriffsadaption versucht die INSM ein von Ludwig Erhard geprägtes, in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland positiv assoziiertes [sic!] Schlagwort zu besetzen und gemäß der eigenen Ziele [sic!] umzudeuten und zu instrumentalisieren. So suggeriert der Name ‚Neue Soziale Marktwirtschaft‘, dass die Initiative für eine Modernisierung oder Erneuerung eines Erfolgsmodells stünde, für das es in Deutschland einen breiten Konsens gibt. Doch die INSM nimmt eben keinen historischen Bezug zur Sozialen Marktwirtschaft, sondern verklärt sie – von ihrer Geschichte völlig abgekoppelt – als ein ausschließlich dem Wettbewerb und der Konkurrenz geschuldetes Wirtschaftsmodell, das durch Deregulierung des Arbeitsmarktes und der [sic!] Befreiung der Arbeitgeber von sozialer Verantwortung konkurrenzfähig bleiben soll. Das Soziale spielt, wie Leggewie erkannte, tatsächlich gar keine Rolle. Mehr noch, es wird von der INSM diskreditiert. Die einschlägigen INSM-Kampagnen für einen ‚schlanken Staat‘, sprich geringerer [sic!] Steuern, Lohnnebenkosten und Privatisierung, laufen dem Erhardschen Leitsatz ‚Wohlstand für Alle‘ und einer sozialen Ordnungspolitik letztlich zuwider [Hervorhebung im Original]“ (ebd.). Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft à la Schröder, und damit schon mehr nach Geschmack der INSM, die Neue Mitte, möchte Angela Merkel am liebsten exportiert sehen (vgl. Die Welt 2009). Michael Hüther (Direktor des IW und Kurator der INSM) reiht sich hier ein. Im Ökonomen-Blog – „Die Stimme der ökonomischen Vernunft“ (vgl. Hüther 2014) – der INSM schreibt er unter dem Titel „Der französische Patient“ vom Besuch Peter Hartz‘ bei Francois Hollande. Dessen guten Rat habe Frankreich dringend nötig, bei den schlechten Konjunktur-Aussichten (vgl. ebd.). Die Süddeutsche Zeitung titelt zu dem Thema: „Hartz will sich wieder ‚nützlich machen“ (vgl. Öchsner 2014). Peter Hartz, der wohl für eine der tiefgreifendsten gesellschaftlichen Veränderungen seit der Gründung der Bundesrepublik verantwortlich ist, begreift die Agenda 2010 als Exportmodell. Wenn man bedenkt, dass die EU-Austeritätspolitik in von den Geldern der EU abhängigen Ländern wie etwa Griechenland für die hohe Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden kann, erscheint es mehr als fragwürdig, wie Neoliberalisierung mit noch mehr Neoliberalisierung bekämpft werden soll.

des in den 90er-Jahren im Diskurs etablierten Begriffsverständnisses benutzt. Für diesen Wandel des Reform-Begriffs ist die bereits erwähnte „Ruckrede“ von Roman Herzog (vgl. Herzog 1997) ein wichtiger Bezugspunkt.

„Der Rückzug des Staates und die stärkere Privatisierung und Deregulierung aller Lebensbereiche werden von Herzog als ‚liegen gebliebene Reform-Hausaufgaben‘ eingeführt. Durch die Kontextualisierung mit Schlagwörtern wie *Eigenverantwortung*, *Leistung*, *Anstrengung* und *Wettbewerb* wird *Reform* in einen neuen Bedeutungszusammenhang gerückt, der eine deutliche Abkehr vom Reformbegriff der 60er und 70er Jahre darstellt. [...] Und genau in diesem Sinne hat die INSM für ihr *Reformbarometer* ein *theoretisches Reformoptimum* mit *Reformindikatoren* ausarbeiten lassen, das *marktwirtschaftliche Reformen* und *Reformmodelle* sowie das *Reformkalendarium* anderer Länder aufzeigt, mit denen die *Reformer (des Jahres)* anhand einer Reformagenda den *eingeschlagenen Reformkurs* mit den richtigen *Reform-Prioritäten* fortsetzen können, damit man im *Konjunktur-Hoch* nicht ins *Reform-Tief* ‚abgleitet‘ und zuletzt die *Reformdividende* in Form von mehr Wachstum und Beschäftigung und damit mehr Wohlstand für alle ‚ausgeschüttet‘ werden kann [Hervorhebungen im Original]“ (Wengeler 2008, S. 103).

Die INSM trägt so ein Begriffsverständnis in die Öffentlichkeit, das dem des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, der FDP und des wirtschaftsliberalen Flügels der übrigen Parteien entspricht. Im nächsten Abschnitt soll der sprachliche Erfolg der INSM am Beispiel einer frühen Kampagne gezeigt werden.

### 5.9.1 „Sozial ist, ...“

Im Oktober 2000 wurde der Initiative das erst Mal Aufmerksamkeit zuteil. Mit der Kampagne „Sozial ist, ...“<sup>133</sup> trat die INSM auf Litfaß-Säulen und in Zeitungen an die Öffentlichkeit.<sup>134</sup> Die Kampagne ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie die INSM versucht, Begriffe – hier sozial – umzudefinieren. Es gebe im Deutschen kaum ein Wort, das so positiv besetzt sei wie dieser Begriff, so die INSM in einer Stellungnahme zu der Kampagne. Er sei allerdings von seiner ursprünglichen Bedeutung weit entfernt, das müsse wieder gerade gerückt werden (vgl. Brand 2006, S. 147).

---

<sup>133</sup> Beispielsweise: „Sozial ist, wer durch eigene Leistung zum Wohlstand für alle beiträgt“ (Hans Tietmeyer), „Sozial ist, wer sich nicht nur auf andere verlässt“ (Wolfgang Schäuble), „Sozial ist, wer durch Leistung Solidarität möglich macht“ (Siegmar Mosdorf) oder „Sozial ist, wer Bildungseliten fördert“ (Peter Glotz) (zitiert nach Brand 2006). Der Slogan ließe sich weiterspinnen: Sozial ist, was Kinderarbeit schafft. Sozial ist, wer einen Zwölfstundearbeitstag an sieben Tagen in der Woche schafft. Sozial ist, wer Sklavenarbeit schafft. Die Zuspitzung soll verdeutlichen, dass der Slogan die Frage nach der Entlohnung oder den Arbeitsbedingungen ausspart (vgl. Nicoll 2008).

<sup>134</sup> Bereits 1932, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, war eine Kampagne in Tageszeitungen geschaltet worden, die der der INSM sehr ähnlich war. Der Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ stammt nämlich aus der Feder von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem damaligen Parteivorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Adolf Hitler berief ihn als Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in sein erstes Kabinett (vgl. Nicoll 2008, S. 18).

„Statt gesellschaftlich vorteilhaftem Verhalten [sic!] wurde staatlich organisierte Umverteilung zum Prinzip des Sozialen erhoben. Diese Entwicklung hat jedoch nicht nur die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme über die Grenzen des Erträglichen hinaus belastet. Auch Leistungsbereitschaft, Innovationsfähigkeit, Flexibilität und wirksame Unterstützung für die wirklich Schwachen der Gesellschaft sind zu kurz gekommen. Damit ist Vieles, was sozial genannt wird, in Wahrheit unsozial und unsolidarisch“ (zitiert nach Brand 2006, ebd.).

Die Kampagne schlug ein, durchdrang die Öffentlichkeit förmlich, wie die späteren Bezugnahmen der hiesigen Politik auf den Slogan bewiesen. Die CSU kürte das Motto zu ihrem Wahlkampfeslogan im Jahr 2002 (vgl. Hinz 2002). Ein sogenanntes Reformpapier der CDU war später so überschrieben (vgl. Spiegel Online 2004). CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla sagte im Mai 2008, „Sozial ist, was Arbeit schafft“ sei „*zentrales Leitbild der CDU* [Hervorhebung des Autors]“ (vgl. Pofalla 2008). Franz Josef Jung zitierte dies in seiner Antrittsrede zum Arbeitsministerposten (vgl. Spiegel Online 2009). Der Slogan schaffte es in der Form „Denn was Arbeit schafft, ist auch sozial“ in das Programm der FDP zur Wahl des EU-Parlaments 2009 (vgl. FDP 2009, S. 31). 2011 sagte Sigmar Gabriel auf einer Demonstration vor dem Kanzleramt: „Sozial ist, was ‚gute Arbeit‘ schafft“ (vgl. Faßmann 2011). Damit war der Slogan, wenn auch leicht verändert, ebenfalls in der SPD angekommen und die Arbeit der INSM ist diesbezüglich als voller Erfolg zu bewerten.

## 6. Abschlussbetrachtung

„So kann unter allen Umständen, und zumal in Zeiten, in denen Hoffnungen und Chancen immer weiter auseinandertreten, die relative Autonomie der symbolischen Ordnung einem politischen Handeln, das wieder Möglichkeiten erschließen will, einen Freiheitsspielraum verschaffen“

Pierre Bourdieu (Bourdieu 2001, S. 301).

Den Denkanstoß für diese Arbeit gaben Crouchs *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus* und vor allem Bourdieus *Gegenfeuer*. Bourdieus Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus ist heute, 20 Jahre nach *Gegenfeuer* und zwölf Jahre nach seinem Tod, als hochaktuell zu bezeichnen. Die sogenannte Troika, bestehend aus EU-Kommission, EZB und IWF, die durch ihre Politik der Austerität<sup>135</sup> sozialen Anliegen kaum Platz lässt, beschwört den Aufstieg eines von Bourdieu befürchteten „*Sozialchauvinismus* [Hervorhebung im Original]“ (Bourdieu 1998a, S. 8), wie er auch von rechten Zusammenschlüssen wie Alternative für Deutschland, Lega Nord, Jobbik, Front National oder Partij voor de Vrijheid verbreitet wird. Der ökonomistische Fokus der EU lässt die „Wiederkunft nationalistischen Gedankenguts“ zu (ebd.), das sich auch in sogenannten Volksparteien wie der CSU etabliert hat – siehe den jüngeren Aufruf: „Wer betrügt, der fliegt!“ (vgl. Taz 2013).

Nach der jüngsten Finanzkrise, die Bourdieu nicht mehr erlebte, die auf seine Einschätzungen m. E. aber keine ändernde Wirkung gehabt hätte, fehlt es an Arbeit (vgl. Focus Online 2008) und an Perspektive bezüglich neuer Arbeitsstellen (vgl. Spiegel Online 2013). Die Suizidrate steigt seit Ausbruch der Krise (vgl. Zeit Online 2013). Die Liste ließe sich weiterführen. Es kam zu den von Bourdieu erwarteten „schmerzhaften Kürzungen bei den Transfereinkommen“ (Bourdieu 199a, S. 8) durch die Einführung von Hartz IV. Die Journalistin Gabriele Goettle konstatiert eine „Katastrophe des Gesundheits- und Sozialsystems“ (vgl. Goettle 2014) und der Publizist Jürgen Roth gar einen „Putsch durch neoliberale Eliten“ (vgl. Roth 2014).

Auch die von Bourdieu analysierte Zunahme befristeter Arbeitsverträge ist hochaktuell (vgl. Bourdieu 1998a, S. 96–97). Um den Erfolg der Agenda-2010-Reformen zu beweisen, gab die Bertelsmann Stiftung eine Studie in Auftrag, die folgendermaßen

---

<sup>135</sup> Auf Geld angewiesene Staaten werden gezwungen, sofern sie einen Kredit in Empfang nehmen wollen (was sie müssen, um handlungsfähig zu bleiben), die öffentlichen Ausgaben auf ein Minimum zu senken (vgl. Die Welt 2012). Die Konsequenz ist, dass kaum Geld für Bildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur ausgegeben werden kann (vgl. Schlötzer 2012). Der Rechtswissenschaftler Andreas Fischer-Lescano sieht darin einen Verstoß gegen Menschenrechte (vgl. Schreiner 2014).

betitelt war: „Atypische Beschäftigung drängt normale Arbeitsverhältnisse nicht zurück“ (vgl. Bertelsmann Stiftung 2014). Diese Botschaft wurde von den großen Zeitungen aufgegriffen und verbreitet (vgl. Schmiechen 2014; Süddeutsche Zeitung 2014; auch im Onlineauftritt der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war bis vor Kurzem ein entsprechender Artikel zu finden). Der Tenor: Die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts hat nachweislich mehr Menschen in Arbeit gebracht. Schaut man sich die Pressemitteilung der Stiftung im Detail an, kann man Folgendes lesen:

„Der Zuwachs an Beschäftigung während der vergangenen zehn Jahre in Deutschland ist wesentlich der Zunahme an flexiblen Arbeitsverhältnissen zu verdanken. 2003 arbeitete nicht einmal jeder fünfte Erwerbsfähige (19 Prozent) in einem so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnis – also in Teilzeit, befristet, als Leiharbeiter oder in einem Mini-Job. Inzwischen haben 24 Prozent aller Erwerbsfähigen einen solchen Job. Diese Entwicklung ging allerdings laut einer Studie des ‚Instituts zur Zukunft der Arbeit IZA‘ im Auftrag der Bertelsmann Stiftung nicht zu Lasten der stabilen Arbeitsverhältnisse, im Gegenteil: Im selben Zeitraum stieg der Anteil der Erwerbsfähigen, die eine klassische unbefristete Vollzeitstelle bekleiden, von 39 auf 41 Prozent“ (vgl. Friedrich 2014).

Anstatt die Frage zu stellen, ob es gut ist, dass die „atypischen Arbeitsverhältnisse“ schneller wachsen als „klassische unbefristete Vollzeitstellen“, übernehmen die großen Zeitungen unkritisch die These der Pressemitteilung (vgl. Lieb 2014).

Das stückweise Verschwinden einer „[t]eilweisen Zählung der archaischen Kräfte des Marktes“ (Bourdieu 1998a, S. 8) bedeutet für Bourdieu ein Zurückfallen hinter die zivilisatorischen Errungenschaften des Sozialstaats, der von neoliberalen Intellektuellen als Hindernis für wirtschaftliche Prosperität ausgemacht wird (vgl. Fücks 2003). Er bemüht immer wieder den Begriff des „Regressionsverbotes“, den er auf Deutsch – „[...] die Deutschen haben hier ein wunderbares Wort“ (Bourdieu 1998a, S. 50; vgl. ebd., S. 7, 70) – benutzt. Dafür wurde ihm Kapitalismus-Apologetik und eine antiquiert-paternalistische Sicht auf den Wohlfahrtsstaat vorgeworfen. (vgl. Sonderegger 2009, S. 67 f.) Der Autor vertritt die These, dass der Korporatismus als Meilenstein auf dem Weg in eine progressive Gesellschaft gesehen werden sollte dessen Errungenschaften es zu verteidigen gilt. Was nicht gleichzusetzen ist mit einer unbedingten Affirmation dieses Konstrukts.

Die von Bourdieu konstatierte „symbolische Wende“ (Bourdieu/Wacquant 1999, S. 5 f.) samt ihrer „symbolischen Effekte“ (vgl. Bourdieu 2000b, zitiert nach Herkommer 2003, S. 226 f.) – erarbeitet durch „bestimmte Intellektuelle“ und von ihnen „ganz gezielt in Umlauf“ gebracht, um eine ganze Weltsicht zu erzeugen, zu verbreiten und einzutrichtern (Bourdieu 1998a, S. 39) – sollte hier durch eine Beschreibung der

Tätigkeit und Ausrichtung von MPS und INSM deutlich werden. Mithilfe des Begriffs der symbolischen Gewalt sollte gezeigt werden, wie diese Weltsicht so dominant werden konnte und warum die Beherrschten nicht umfassender rebellieren. Was den Angehörigen der unteren Klasse heute widerfährt, begreift Bourdieu als

„Resultat einer *mehr oder minder bewusst* verabredeten Politik, [...] tief angelegt im Habitus, nur hier gebildet nicht unter Bedingungen der Privilegierung und Förderung, sondern unter der starren Gewalt einer benachteiligten sozialen Herkunft, der benachteiligenden Effekte des Bildungssystems und der Gesetze der Konkurrenz am Arbeitsmarkt [Hervorhebung im Original]“ (Herkommer 2004, S. 21).

Unter diesen Umständen sei es den sozialen Akteuren kaum möglich, ihre Lage zu erkennen, weil sie ihrer Mittel zu kritischer Erkenntnis beraubt seien.<sup>136</sup> Die Herausbildung eines mit bestimmten ökonomischen Dispositionen versehenen Habitus lässt anschaulich begreifen, wie trotz des Kollaps‘ des Finanzsystems 2008 weiterhin am Neoliberalismus festgehalten wird.

Dem Projekt Neoliberalismus, initiiert durch die Intellektuellen rund um die MPS, muss angesichts des weltweiten Thinktank-Netzwerks und der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik großer Erfolg zugestanden werden.<sup>137</sup> Die Vereinigung hält weiterhin regelmäßige Treffen auf allen Kontinenten ab, zuletzt in Galapagos (2013, Ecuador),

---

<sup>136</sup> Uwe Bittlingmayer sieht den benachteiligten, prekarierten Habitus als essenziell für den Neoliberalismus an: „Unter Bedingungen wie der strukturellen Flexibilisierung, der Entgrenzung der Arbeitswelt oder ‚Verwissenschaftlichung der Produktion‘ bilden sich – mit großer Wahrscheinlichkeit – in den unteren sozialen Segmenten, so meine These, *prekarierte* Habitusformen aus, die als Transformation des Notwendigkeitshabitus und als Effekte einer spezifischen Statusvererbung betrachtet werden können [Hervorhebung im Original]“ (Bittlingmayer 2002, S. 244). Erfolgreich ist die Herrschaftstechnik der Prekariierung, weil sie sich auf eben diesen prekarierten Habitus stützen kann. „In dieser ruhelosen Welt, einer Welt ohne eigenen dauerhaften Maßstab, sind die Beherrschten wie zu Tieren des kartesischen Universums herabgesunken: sie sind in ihrer Entscheidungsfreiheit der Verantwortlichkeit einer ‚Selbstschöpfung‘ ihrer Existenz enthoben – Fabrikschließungen, Investitionsrückgänge, Produktionsverlagerungen zeigen das täglich“ (Bourdieu 1998a, S. 113, vgl. S. 112–116).

<sup>137</sup> Mit dem in Westeuropa aufkeimenden Faschismus und dem sich in Russland etablierenden Bolschewismus vor den damaligen Augen sind die Ängste der neoliberalen Intellektuellen vor Kollektivismus und Totalitarismus fast schon nachzuvollziehen. Auch Max Weber beschäftigte sich gegen Ende seines Werks genau mit dieser Frage, die heute noch aktuell erscheint: Was herrscht totalitärer – Etatismus oder Ökonomismus? Die Freiheit, die durch staatliche Organisation, d. h. Bürokratie, erreicht wurde, sah Weber in ein „stahlhartes Gehäuse der Hörigkeit“ umschlagen (vgl. Weber 2011). Auch Künstler beschworen zu Anfang des 20. Jahrhunderts das Bild einer überbordenden und unmenschlichen Bürokratie (vgl. etwa Kafka 2005). Der Zweite Weltkrieg intensivierte diese Befürchtungen. Die Erfahrungen mit Hitler und Stalin waren noch frisch, als George Orwells Roman 1984 erschien. Dieser prägte die Vorstellung, dass die größte Gefahr für Freiheit und Individualität von der Staatsgewalt ausgeht (vgl. Orwell 1983).

Der Kampf zwischen den Feldern der Macht, der Ökonomie und der Politik, geht weiter. Anfang der 90er schien es, als habe die Ökonomie gesiegt. Die zapatistische Bewegung, ebenso die Proteste anlässlich der G7/G8-Gipfel ab Mitte der 90er-Jahre und aktuell Blockupy lassen aber erkennen, dass diese Auseinandersetzungen noch lange nicht vorbei sind. Das Festhalten am Dualismus Staat versus Ökonomie ist aber problematisch, einengend und in diesen Kämpfen vielleicht das Problem der Linken (vgl. Walpen 2004, S. 277–279).

Prag (2012, Tschechien), Fez (ebenfalls 2012, ein sogenanntes Spezial-Meeting zum Thema „Freedom, Human Dignity and the Open Society“, Marokko) Istanbul (2011, Türkei) und Sydney (2010, Australien). Als Nächstes ist Hongkong (2014, China) an der Reihe. Des Weiteren läuft gerade der jährliche „Hayek-Essay-Contest“ (vgl. The Mont Pelerin Society 2014b). Die Arbeit geht also weiter. Zu den Widersprüchen der MPS gehört auch, dass sie sich als Bewahrerin der Freiheit versteht, von Pressefreiheit jedoch wenig hält. Über Finanzierung und interne Diskussionen wissen nur Mitglieder Bescheid. Außenstehende Journalisten sind zu den Treffen weiterhin nicht zugelassen – Diskussionsprotokolle werden nicht angefertigt (vgl. Zitzelsberger 2010). Auch wenn ihr gegenwärtig die großen Intellektuellen à la Hayek oder Friedman fehlen – vielleicht hat man sich auch nur ein wenig zurückgezogen und lässt die Thinktanks die Arbeit machen –, die MPS steht nicht still.<sup>138</sup>

„The Mont Pelerin Society is composed of persons who *continue* to see the dangers to civilized society outlined in [...] the expansion of government, not least in state welfare, in the power of trade unions and business monopoly, and in the continuing threat and reality of inflation [Hervorhebung durch den Autor]“ (ebd.).

Die INSM ist geschäftiger denn je und tritt mehr und mehr als Initiative selbst in Erscheinung.<sup>139</sup> Noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen veröffentlichte sie Anfang Oktober 2013 ein sogenanntes Reformprogramm, das sie der künftigen Regierung nahelegte: *Chance 2020 – Mit Sozialer Marktwirtschaft für ein gerechtes und leistungsfähiges Deutschland* (vgl. INSM 2013). Ein Auszug aus der Pressemitteilung:

„Deutschland braucht, Deutschland kann und Deutschland will Reformen. 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger erwarten von der nächsten Bundesregierung sogar mutige Reformen. Bei den unter 40-Jährigen sind es gar 93 Prozent. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)“ (vgl. ebd.).

Die Umfrage soll als Rückenwind für das Reformpaket dienen und es durch den Rekurs auf die „Bürgerinnen und Bürger“ legitimieren. Ausgangspunkt von *Chance 2020* ist die Agenda 2010, die INSM-Kuratoriumsvorsitzender Wolfgang Clement maßgeblich mit vorangebracht hat. Auch am INSM-Programm selbst war er beteiligt (vgl. Duwe 2013). Der aktuelle INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr ist deshalb sehr von *Chance 2020* überzeugt, Clement „weiß, wovon er spricht“ (zitiert nach ebd.). Das

---

<sup>138</sup> Als letztes Mitglied gewann Vernon L. Smith 2002 den Preis der schwedischen Reichsbank in Erinnerung an Alfred Nobel.

<sup>139</sup> Hat damit aber auch immer wieder Probleme. So wirft Horst Friedrich Wünsche, Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung, der INSM offen vor, zu Unrecht mit Ludwig Erhard zu werben. Die Initiative vereinnahme Erhard für ihre Ziele. Die Instrumentalisierung Erhards lasse einen „ernsthaften Bezug“ auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vermissen (vgl. Wünsche 2007, S. 82).

Reformpapier bildete den Auftakt einer Kampagne, mit der die INSM die Koalitionsverhandlungen begleitete und damit die Verhandelnden unter Druck setzte und noch immer setzt. Pellengahr betitelte die Vorstellung der *Chance 2020* als den „Auftakt unserer Reformagenda“ (zitiert nach Duwe 2013). Es gab und gibt Anzeigen in Tageszeitungen und auf Plakaten, um die Botschaften der Initiative in die Öffentlichkeit zu tragen (vgl. Duwe 2013).<sup>140</sup> Wie erfolgreich die INSM auf die Koalitionsverhandlungen einwirken konnte, muss Spekulation bleiben.<sup>141</sup> *Chance 2020* stellt jedoch ein gutes Beispiel für die versuchte Einflussnahme der INSM auf die Politik dar.

Ob die Initiative erfolgreich ist muss abgewartet werden. Ältere Unternehmungen hält sie selbst für erfolgreich. Klaus Dittko von der ehemaligen für die INSM zuständigen Agentur Scholz & Friends: „Wenn sich bei den Kernthemen der Initiative die veröffentlichte Meinung und die Demoskopie in unserem Sinne verändern, dann ist es plausibel, dass die Initiative einen Anteil daran hatte“ (zitiert nach Nicoll 2008, S. 231). Auch andere sehen sie als äußerst erfolgreich an. Manfred Schmidt, Politikprofessor in Heidelberg, ist der Meinung, die Initiative sei „die erfolgreichste Lobby, die die Wirtschaftsliberalen in Deutschland je hatten“ (zitiert nach Hamann 2005).

Um noch einmal auf Bourdieus Vorschlag der „symbolischen Revolution“ (Bourdieu 1998a, S. 61) zurückzukommen: es sieht so aus, als hätten sich linke Intellektuelle seiner Vorschläge aus Gegenfeuer angenommen. Die Nachdenkseiten, deren Betreiber sich selbst als „eine gebündelte Informationsquelle für jene Bürgerinnen und Bürger“ bezeichnen, „die am Mainstream der öffentlichen Meinungsmacher zweifeln und gegen die gängigen Parolen Einspruch anmelden“, haben sich 2003 gegründet, um den Reforminitiativen etwas entgegenzusetzen (vgl. Nachdenkseiten 2014). Gleich die erste (!) Meldung beschäftigte sich mit der INSM (vgl. Müller 2003). Daran anschließend hat sich das Institut Solidarische Moderne (ISM) 2010 als „linke Denkfabrik“ (Kalbe 2010) gegründet. Mitbegründerin Katja Kipping, Bundesvorsitzende der Partei Die Linke und

---

<sup>140</sup> Momentan schaltet die INSM Anzeigen zu den Themen Mütterrente, Mindestlohn und Rentenpaket. Letzteres versucht sie mit Aktionen zu torpedieren, die sich teilweise direkt an Andrea Nahles richten; beispielsweise platzierte die INSM ein überdimensional großes, rotes Paket am Berliner Hauptbahnhof, auf dem „Zurück an Absender“ stand. Auf dem umfangreichen YouTube-Kanal der Initiative nimmt die INSM Stellung zu den Themen aus ihrer *Chance 2020* (vgl. INSM 2014e).

<sup>141</sup> Am 30. September letzten Jahres wurde bekannt, dass der Verband der Elektro- und Metallindustrie NRW (der auch durch Gesamtmetall vertreten wird) die CDU im Vorfeld der Bundestagswahl mit 60.000 Euro bedacht hat. Möglich, dass die Union den Reformwünschen aus dem Umkreis ihrer Spender besondere Aufmerksamkeit schenkt (vgl. Bundestagsnachrichten 2013). Vielleicht wurde durch das Geld auf die ausgehandelten Ausnahmen des Mindestlohns Einfluss genommen.



Mitglied des Deutschen Bundestags, antwortet auf die Frage, was denn eine Denkfabrik sei: „Wir wollen linkes Gegenstück zur neoliberalen ‚Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft‘ sein“ (vgl. Kalbe 2010). Damit setzt sie Bourdieus Aufruf in die Tat um: Es bedarf neuer „geistiger und kultureller Waffen“, um den „Rückstand mehrere[r] symbolische[r] Revolutionen“ aufzuholen (vgl. Bourdieu 1998a, S. 61).

Das letzte Wort sei Alfred Müller-Armack gegeben, einem der Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft.<sup>142</sup> Er beurteilt die Beschaffenheit dieses neoliberalen Konstrukts anders als die INSM:

„So sehr es notwendig ist, die marktwirtschaftliche Ordnung als ein zusammenhängendes Ganzes zu begreifen und zu sichern, so sehr ist es ebenfalls notwendig, sich des technischen und partiellen Charakters der Marktordnung bewußt zu werden. Sie ist nur ein überaus zweckmäßiges Organisationsmittel, aber auch nicht mehr, und es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, der Automatik des Marktes die Aufgabe zuzumuten, eine letztgültige soziale Ordnung zu schaffen und die Notwendigkeiten des staatlichen und kulturellen Lebens von sich aus zu berücksichtigen“ (Müller-Armack 1976, S. 106, zitiert nach Konrad Adenauer Stiftung 2009).

---

<sup>142</sup> Alfred Müller-Armack war NSDAP-Mitglied, dessen ist sich der Autor bewusst. Er glaubt aber, dass dieses Zitat zur Schließung der Arbeit hervorragend geeignet ist.

# Literaturverzeichnis

- Assheuer, Thomas (2009): Nach dem Bankrott. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2008/46/Habermas>, zuletzt geprüft am 13.05.2014.
- Asta Frankfurt (2014): Offener Brief der Kritischen Ökonomen bezüglich der inhaltlichen Umstrukturierung des Bachelor-Kurses „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“. Online verfügbar unter <http://asta-frankfurt.de/aktuelles/offener-brief-kritischen-oekonomen-bezueglich-inhaltlichen-umstrukturierung-des-bachelor>, zuletzt geprüft am 13.05.2014.
- Baetz, Brigitte (2005): Hintergrund Kultur: Meinung für Millionen. Deutschlandfunk, 26.08.2005.
- Becker, Gary Stanley (1993): Human capital. A theoretical and empirical analysis with special reference to education. 3. Aufl. Chicago, Ill. u.a: Univ. of Chicago Press.
- Bensaid, Daniel (1996): France: Neo-Liberal Reform and Popular Rebellion. Online verfügbar unter <http://www.marxists.org/archive/bensaid/1996/01/neoliberal.htm>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Berliner Institut für kritische Theorie (2014): Fabianismus. Online verfügbar unter [http://www.inkrit.de/e\\_inkritpedia/e\\_maincode/doku.php?id=f:fabianismus](http://www.inkrit.de/e_inkritpedia/e_maincode/doku.php?id=f:fabianismus), zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Bertelsmann Stiftung (2014): Atypische Beschäftigung drängt normale Arbeitsverhältnisse nicht zurück. Studie der Bertelsmann Stiftung: Teilzeit, Leiharbeit und Mini-Jobs schaffen zusätzliche Beschäftigung / Zugleich wächst Anteil der unbefristeten Vollzeitstellen. Online verfügbar unter [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-726EBE7E-8E9764FF/bst/hs.xsl/nachrichten\\_119681.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-726EBE7E-8E9764FF/bst/hs.xsl/nachrichten_119681.htm), zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Biebricher, Thomas (2012): Neoliberalismus zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag GmbH.
- Bittlingmayer, Uwe H. (2002): Transformation der Notwendigkeit. Prekarierte Habitusforne als Kehrseite der "Wissensgesellschaft". In: Uwe H. Bittlingmayer (Hg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus. Opladen: Leske + Budrich, S. 225–252.
- Böckelmann, Frank (2004): Bertelsmann. Hinter der Fassade des Medienimperiums. Hg. v. Hersch Fischler. Frankfurt am Main: Eichborn.
- Boltanski, Luc (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. Brosch. Ausg. Hg. v. ÈveChiapello. Konstanz: UVK-Verl.-Ges. (Éditiondiscours, 38).
- Bourdieu, Pierre (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. 1. Aufl. Hg. v. Jean-Claude Passeron. Stuttgart: Klett.
- Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1992a): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hg. v. Margareta Steinrücke. Hamburg: VSA-Verl.
- Bourdieu, Pierre (1992b): Ökonomisches Kapital - Kulturelles Kapital - Soziales Kapital. In: Pierre Bourdieu: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hg. v. Margareta Steinrücke. Hamburg: VSA-Verl., S. 49–80.
- Bourdieu, Pierre (1993): Soziologische Fragen. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 1872 = N.F., Bd. 872).
- Bourdieu, Pierre (1996): Warnung vor dem Modell Tietmeyer. Europa darf sich den neoliberalen Theorien des Bundesbankpräsidenten nicht unterwerfen (45). Online verfügbar unter [http://www.zeit.de/1996/45/Warnung\\_vor\\_dem\\_Modell\\_Tietmeyer](http://www.zeit.de/1996/45/Warnung_vor_dem_Modell_Tietmeyer), zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Bourdieu, Pierre (1997a): Die männliche Herrschaft. In: Irene Dölling (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 1732 = N.F., Bd. 732), S. 153–216.
- Bourdieu, Pierre (1997b): Eine sanfte Gewalt. Pierre Bourdieu im Gespräch mit Irene Dölling und Margareta Steinrücke. In: Irene Dölling (Hg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 1732 = N.F., Bd. 732), S. 218–230.
- Bourdieu, Pierre (1998a): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK Univ.-Verl. Konstanz (Édition discours).
- Bourdieu, Pierre (1998b): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 1985 = N.F., Bd. 985).

- Bourdieu, Pierre (1999): Über das Fernsehen. 4. Aufl. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2000a): Das religiöse Feld. Texte zur Ökonomie des Heilsgeschehens. Konstanz: UVK, Univ.-Verl. Konstanz (Éditiondiscours, 11).
- Bourdieu, Pierre (2000b): Die Durchsetzung des amerikanischen Modells und die Folgen. In: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Europa des Kapitals oder Europa der Arbeit? Perspektiven sozialer Gerechtigkeit ; Loccumer Initiative Kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Unter Mitarbeit von Thomas Blanke. Erstaug. Hannover: Offizin.
- Bourdieu, Pierre (2000c): Zur Soziologie der symbolischen Formen. [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 107).
- Bourdieu, Pierre (2001): Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2002): Für eine neue europäische Aufklärung. In: *Utopie kreativ* (H. 139), S. 389–397.
- Bourdieu, Pierre (2003): 1961 - 1980. Kolonialkrieg & revolutionäres Bewusstsein, Erziehung & Herrschaft, gegen die Wissenschaft von der politischen Enteignung. Hamburg: VSA-Verl.
- Bourdieu, Pierre (2005a): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 658).
- Bourdieu, Pierre (2005b): Die männliche Herrschaft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (2005c): Neo-Liberalismus als konservative Restauration. In: Horst Müller (Hg.): Das Praxis-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft. [konkrete Praxisphilosophie - Grundlagen und Aktualität ; Karl Marx als Vorausdenker im 21. Jahrhundert ; von der Reproduktionstheorie zur System-Alternative ; Beiträge und Quellen einer Tagung]. 1. Aufl. Norderstedt: Books on Demand GmbH, S. 175–180.
- Bourdieu, Pierre (2005d): Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches. 2. Aufl. Wien: Braumüller.
- Bourdieu, Pierre (2006): Reflexive Anthropologie. 1. Aufl. Hg. v. Loic J. D. Wacquant. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1793).
- Bourdieu, Pierre (2009): Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 291).
- Bourdieu, Pierre (2010): Algerische Skizzen. 1. Aufl. Hg. v. TassaditYacine-Titouh. Berlin: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre; Accardo, Alain (Hg.) (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Dt. Erstaug. Konstanz: UVK, Univ.-Verl. Konstanz (Éditiondiscours, 9).
- Bourdieu, Pierre; Köhler, Helmut (Hg.) (1981): Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht. Frankfurt am Main: Europ. Verl.-Anst.
- Bourdieu, Pierre; Steinrücke, Margareta (Hg.) (2002): Der Einzige und sein Eigenheim. Erw. Neuaug.
- Bourdieu, Pierre; Wacquant, Loic J. D. (1999): Die List der imperialistischen Vernunft. In: Marc Aeschbacher (Hg.): Eingrenzungen - Ausgrenzungen - Entgrenzungen. Konstanz: UVK Universitätsverl. (Liber, 1998), S. 3–20.
- Brand, Tilman (2006): Ideologie auf leisen Sohlen. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). In: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* (H. 65), S. 143–157.
- Buchanan, James M. (1962): The calculus of consent. Logical foundations of constitutional democracy. Hg. v. Gordon Tullock. Ann Arbor, Mich: The Univ. of Michigan Press (Ann Arbor paperbacks, 100).
- Bundtagsnachrichten (2013): Im Bundestag notiert: Spende. Online verfügbar unter [http://bundestag.de/presse/hib/2013\\_09/2013\\_469/06.html](http://bundestag.de/presse/hib/2013_09/2013_469/06.html), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Butler, Judith (1998): Haß spricht. Zur Politik des Performativen. Berlin: Berlin-Verlag.
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (2008): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (2008b): Kritik des Neoliberalismus. 2. Verb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph (2014): Armut in einem reichen Land: Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. 5. Auflage. Campus Verlag.

- C.C.Buchner Verlag GmbH & Co. KG (2014): Wirtschaft und Recht - Die soziale Marktwirtschaft. Online verfügbar unter [http://www.ccbuchner.de/titel-14514\\_2\\_2/die\\_soziale\\_marktwirtschaft\\_0205.html](http://www.ccbuchner.de/titel-14514_2_2/die_soziale_marktwirtschaft_0205.html), zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Carles, Pierre (2001): Soziologie ist ein Kampfsport. DVD.
- Celikates, Robin (2009): Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie. Frankfurt am Main u.a: Campus-Verl. (Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, 13).
- Cockett, Richard (1994): Thinking the unthinkable. Think-tanks and the economic counter-revolution 1931 - 1983. 1. Aufl. London: HarperCollins.
- Collard, David (1968): The New Right: A Critique. London (Fabian Tract, 387).
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.
- Dardenne, Jean-Pierre; Dardenne, Luc (2005): Das Kind. Originaltitel: L'Enfant.
- Dardenne, Jean-Pierre; Dardenne, Luc (2008): Lornas Schweigen. Originaltitel: Le Silence de Lorna.
- Demirovic, Alex (2001): Herrschaft durch Kontingenz. In: Hans-Jürgen Bieling (Hg.): Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis ; Frank Deppe zum 60. Geburtstag. Hamburg: VSA-Verl., S. 208–224.
- Der Tagesspiegel (2013): Bei der Bildung liegt Sachsen vorn - und Berlin hinten. Online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/wissen/bildungsmonitor-2013-bei-der-bildung-liegt-sachsen-vorn-und-berlin-hinten/8970132.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Die WAAGE e.V. (1957): Behalte Deinen klaren Blick. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=3ustF8gzxKo>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Die WAAGE e.V. (1959): Mit beiden Füßen auf der Erde... Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=MUAJAetDdSI>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Die Welt (2009): Merkel: Soziale Marktwirtschaft weltweit einführen. Online verfügbar unter [http://www.welt.de/welt\\_print/article3123123/Merkel-Soziale-Marktwirtschaft-weltweit-einfuehren.html](http://www.welt.de/welt_print/article3123123/Merkel-Soziale-Marktwirtschaft-weltweit-einfuehren.html), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Die Welt (2012): Griechen drohen mit "sozialem Aufstand". Online verfügbar unter <http://www.welt.de/wirtschaft/article13860041/Griechen-drohen-mit-sozialem-Aufstand.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Die Welt (2013): Die Bildungschancen bleiben im Norden mittelmäßig. Online verfügbar unter <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article121111249/Die-Bildungschancen-bleiben-im-Norden-mittelmaessig.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Diez, Georg (2014): S.P.O.N. - Der Kritiker: Der Pesthauch des Konformismus. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/das-undemokratische-zdf-markus-lanz-und-sahra-wagenknecht-a-945361.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Dixon, Keith (2000): Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus. Konstanz: UVK, Univ.-Verl. Konstanz (Raisons d'agir, 1).
- Djuren, J. (2008): Philanthrokapitalismus und kulturelle Hegemonie. Zur Rolle von Stiftungen & anderen 'gemeinnützigen' AkteurInnen bei der Modernisierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Online verfügbar unter [http://irrlische.org/politische\\_kritik/bill\\_und\\_melinda\\_gates\\_stiftung.pdf](http://irrlische.org/politische_kritik/bill_und_melinda_gates_stiftung.pdf), zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Doering-Manteuffel, Anselm (2008): Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Hg. v. Lutz Raphael. Göttingen: Vandenhoeck& Ruprecht.
- Durkheim, Emile (2008): Der Selbstmord. Frankfurt: Suhrkamp.
- Duwe, Silvio (2013): Wir haben da mal was vorbereitet. Online verfügbar unter <http://www.heise.de/tp/artikel/40/40014/1.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Ehrich, Udo (2009): Die INSM zwischen advokatorischem Think Tank und Lobbygruppe. Norderstedt: GRIN-Verl.
- Ehrich, Udo (2013): INSM & Co. Wie die Wirtschaft unser Bewußtsein steuern will. 2. Aufl. Norderstedt: Books on Demand.

- Faßmann, Alix (2011): „Sozial ist, was gute Arbeit schafft“. Online verfügbar unter [http://www.spd.de/aktuelles/9204/20110223\\_demo\\_kanzleramt\\_leiharbeiter.html](http://www.spd.de/aktuelles/9204/20110223_demo_kanzleramt_leiharbeiter.html), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- FDP (2009): Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009. Online verfügbar unter <http://www.lambsdorffdirekt.de/de/files/content/pdf/eu-programm.pdf>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Focus Online (2008): Finanzkrise - 500 000 neue Arbeitslose im kommenden Jahr. Online verfügbar unter [http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/finanzkrise-500-000-neue-arbeitslose-im-kommenden-jahr\\_aid\\_356773.html](http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/finanzkrise-500-000-neue-arbeitslose-im-kommenden-jahr_aid_356773.html), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Focus Online (2014): HWWI-Chef über soziale Gerechtigkeit. Top-Ökonom Straubhaar: "Viele Deutsche leben über ihre Verhältnisse". Online verfügbar unter [http://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/interview-ungleichheit-schafft-fortschritt\\_id\\_3679237.html](http://www.focus.de/finanzen/news/arbeitsmarkt/interview-ungleichheit-schafft-fortschritt_id_3679237.html), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Friedman, Milton (1993): The Real Free Lunch: Markets and Private Property. Online verfügbar unter <http://www.cato.org/sites/cato.org/files/serials/files/policy-report/1993/8/v15n4.pdf>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Friedman, Milton (2002): Kapitalismus und Freiheit. Frankfurt am Main: Eichborn.
- Friedrich, Ute (2014): Atypische Beschäftigung drängt normale Arbeitsverhältnisse nicht zurück. Online verfügbar unter <http://idw-online.de/de/news569663>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Fücks, Ralf (2003): Lobbyismus braucht demokratische Kontrolle. In: Thomas Leif (Hg.): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 55–59.
- Fukuyama, Francis (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.
- Gammelin, Cerstin (2005): Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien - wie Deutschland regiert wird. 2. Aufl. Hg. v. Götz Hamann. Düsseldorf: Econ.
- getAbstract (2014): So funktioniert's. Die zentrale Idee jedes Buches in weniger als zehn Minuten. Online verfügbar unter <http://www.getabstract.com/de/how-it-works/howto/>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Goettle, Gabriele (2014): Haupt- und Nebenwirkungen. Zur Katastrophe des Gesundheits- und Sozialsystems. München: Kunstmann.
- Goffman, Erving (2002): Asyl. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 678).
- Grabka, Markus; Westermeier, Christian (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. Hg. v. Prof. Dr. Pio Baake et. al. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.438710.de/14-9-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.438710.de/14-9-1.pdf), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Grill, Markus (2013): Bestechlich sind immer nur die anderen. Wie PR-Profis für gefällige Berichterstattung sorgen. In: Netzwerk Recherche (Hg.): Gefallen an Gefälligkeiten. Journalismus und Korruption, S. 4–8. Online verfügbar unter [http://www.netzwerkrecherche.de/files/nr-kurzstudie-gefallen\\_an\\_gefaelligkeiten-web.pdf](http://www.netzwerkrecherche.de/files/nr-kurzstudie-gefallen_an_gefaelligkeiten-web.pdf), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Hall, Peter A.; Soskice, David (2001): Varieties of capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford: Oxford University Press.
- Hamann, Götz (2005): Lautsprecher des Kapitals. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft streitet für die Freiheit der Unternehmen. Sie ist so erfolgreich, dass selbst ihre Gegner sie schon nachahmen. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2005/19/insm>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Hamburger Morgenpost (2013): Bildungschancen in Hamburg deutlich verbessert. Online verfügbar unter <http://www.mopo.de/nachrichten/-bildungsmonitor-2013--bildungschancen-in-hamburg-deutlich-verbessert,5067140,24749852.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich: Rotpunktverlag.
- Hayek, Friedrich A. von (1976): Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. 2. Aufl. Salzburg: Neugebauer.
- Hayek, Friedrich A. von (1977): Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus. Tübingen: Mohr (Vorträge und Aufsätze Walter-Eucken-Institut, 63).
- Hayek, Friedrich A. von (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Landsberg.

- Hayek, Friedrich A. von (1983): Die Verfassung der Freiheit. 2. Aufl. Tübingen: Mohr (Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen, 7).
- Hayek, Friedrich A. von (2001): Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Hg. v. Viktor Vanberg. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hayek, Friedrich A. von (2004): Der Weg zur Knechtschaft. 4. Aufl. Hg. v. Manfred E. Streit. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hennet, Florian von (2012): Sieger des Essaywettbewerbs zur Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft stehen fest. Online verfügbar unter <http://www.insm.de/insm/Themen/Soziale-Marktwirtschaft/Sieger-Essay-Wettbewerb-.html>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Herkommer, Sebastian (2003): Kapitalismus-Kritik bei Pierre Bourdieu. In: Olaf Gerlach (Hg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Zur Aktualität der Kritik der politischen Ökonomie ; für Klaus Peter Kisker zum 70. Geburtstag. Hamburg: VSA-Verl., S. 222–241.
- Herkommer, Sebastian (2004): Metamorphosen der Ideologie. Zur Analyse des Neoliberalismus durch Pierre Bourdieu und aus marxistischer Perspektive. Hamburg: VSA-Verl.
- Herzog, Roman (1997): Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Berlin, 26.04.1997. Online verfügbar unter [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426\\_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Rede.html), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Hesse, Michael (2012): Es muss noch schlimmer werden. Online verfügbar unter <http://www.fr-online.de/kultur/colin-crouch-zur-finanzkrise-es-muss-noch-schlimmer-werden,1472786,11452072.html>, zuletzt geprüft am 13.05.2014.
- Hinkelammert, Franz Josef (1994): Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie. Luzern u.a.: Ed. Exodus {[u.a.]}
- Hinz, Oliver (2002): Slogan aus Nazizeit. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2002/08/16/a0023>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Hobsbawm, Eric J. (2000): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. 4. Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (dtv, 30657).
- Hoffmann, Jürgen (2006): Arbeitsbeziehungen im rheinischen Kapitalismus. Zwischen Modernisierung und Globalisierung. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Honneth, Axel (2009): Fataler Tiefsinn aus Karlsruhe. Zum neuesten Schrifttum des Peter Sloterdijk. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2009/40/Sloterdijk-Blasen?>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Horn, Karen Ilse (2009): „Wir müssen uns vor der Tyrannei der Mehrheit schützen“. Ein Gespräch mit dem Wirtschaftsnobelpreisträger James M. Buchanan. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/frankfurter-allgemeine-zeitung/feuilleton/ein-gespraech-mit-dem-wirtschaftsnobelpreistraeger-james-m-buchanan-wir-muessen-uns-vor-der-tyrannei-der-mehrheit-schuetzen-1842119.html>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Horn, Karen Ilse (2010): Die soziale Marktwirtschaft. Alles, was Sie über den Neoliberalismus wissen sollten. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch.
- Horn, Karen Ilse (2012): Die Stimme der Ökonomen. Wirtschaftsnobelpreisträger im Gespräch: Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG.
- Hüther, Michael (Hg.) (2006): Klassiker der Ökonomie. Von Adam Smith bis Amartya Sen. Bonn: Bpb, Bundeszentrale für Pol. Bildung (Schriftenreihe Bundeszentrale für Politische Bildung, 611).
- Hüther, Michael (2014): Der französische Patient. Online verfügbar unter <http://www.insm-oekonomenblog.de/11236-der-franzoesische-patient/>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Huxley, Aldous (2007): Schöne neue Welt. Ein Roman der Zukunft. 1981. Aufl. Hg. v. Herberth E. Herlitschka. Frankfurt, M: Fischer-Taschenbuch-Verl. (Fischer, 17577).
- HWWI (2014): Leitbild. Online verfügbar unter <http://www.hwwi.org/ueber-uns/leitbild.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- INSM (2008): Die nächste Runde im Steuerwettlauf. Online verfügbar unter <http://www.insm.de/insm/Publikationen/Dossiers/Steuern-und-Finanzen/INSM-Dossier-Unternehmenssteuerreform/Die-naechste-Runde-im-Steuerwettlauf.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- INSM (2013): Chance 2020. Mit Sozialer Marktwirtschaft für ein gerechtes und leistungsfähiges Deutschland. Online verfügbar unter <http://insm.de/insm/dms/insm/text/kampagne/chance2020/reformpapier/chance2020-broschuere/Chance2020%20Brosch%C3%BCre.pdf>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.

- INSM (2014a): Alles über die INSM. Online verfügbar unter <http://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/FAQ.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2013.
- INSM (2014b): Altersvorsorgeprodukte. Unterrichtsentwurf. Online verfügbar unter <http://www.wirtschaftundschule.de/unterrichtsmaterialien/haushaltsgeld/unterrichtsentwuerfe/altersvorsorgeprodukte/>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- INSM (2014c): Bildungsmonitor. Online verfügbar unter <http://www.insm-bildungsmonitor.de/>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- INSM (2014d): EEG-Kostenzähler. EEG Subventionen seit 2000. Online verfügbar unter <http://www.insm.de/insm/kampagne/chance2020/eeg-kostenzaehler.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- INSM (2014e): INSMBerlin Youtube-Kanal. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/user/INSMBerlin>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- INSM (2014f): Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Botschafter der INSM. Online verfügbar unter <http://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/Kuratoren-und-Botschafter.html>.
- INSM (2014g): Wirtschaft und Schule. Das Lehrerportal der INSM. Online verfügbar unter [www.wirtschaftundschule.de](http://www.wirtschaftundschule.de), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- IW Köln (2014). Online verfügbar unter <http://www.iwkoeln.de/de/institut/leitbild>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- IW Medien (2014). Online verfügbar unter <http://www.iwmedien.de/>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Jores, Annika (2014): La nouvelle Mitte. Mit seiner neuen Regierung forciert Präsident Hollande den wirtschaftsliberalen Kurswechsel und verfolgt zur Freude Berlins eine EU-kompatible Politik. Online verfügbar unter <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/la-nouvelle-mitte>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Kafka, Franz (2005): Der Prozeß. Roman. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch, 3669).
- Kalbe, Uwe (2010): Mehr als Konsens bei Latte macchiato. Ziel ist ein Institut, das geistigen Widerstand gegen den Neoliberalismus organisiert. Online verfügbar unter <http://www.neues-deutschland.de/artikel/164132.mehr-als-konsens-bei-latte-macchiato.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Kaphegyi, Tobias (2012): Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings ; Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der Initiative neue soziale Marktwirtschaft (INSM). 2. Aufl. Frankfurt Main: GEW, Hauptvorstand.
- Kartheuser, Boris (2013): Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Fragwürdige Kooperationen mit Redaktionen und Verlagen. In: Netzwerk Recherche (Hg.): Gefallen an Gefälligkeiten. Journalismus und Korruption, S. 17–28. Online verfügbar unter [http://www.netzwerkrecherche.de/files/nr-kurzstudie-gefallen\\_an\\_gefaelligkeiten-web.pdf](http://www.netzwerkrecherche.de/files/nr-kurzstudie-gefallen_an_gefaelligkeiten-web.pdf), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Kassovitz, Mathieu (1995): Hass. Originaltitel: La Haine.
- Keynes, John Maynard (2009): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Übersetzung von Fritz Waeger, verbessert und um eine Erläuterung des Aufbaus ergänzt von Jürgen KromphardtStephanie Schneider. 11. Aufl. Berlin: Duncker & Humblot GmbH.
- Kießling, Friedrich (Hg.) (2011): Mit dem Wandel leben. Neuorientierung und Tradition in der Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre. Köln u.a: Böhlau.
- Kocks, Klaus (2003): Das neue Lobbyisnstrument - PR im Journalismus. In: Thomas Leif (Hg.): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 350–353.
- König, Jürgen (2011): Das Totschlagargument. Online verfügbar unter [http://www.deutschlandradiokultur.de/das-totschlagargument.1013.de.html?dram:article\\_id=171392](http://www.deutschlandradiokultur.de/das-totschlagargument.1013.de.html?dram:article_id=171392), zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Konrad Adenauer Stiftung (2009): Menschenbild und Werte. Online verfügbar unter [http://www.kas.de/upload/dokumente/2009/03/Soziale\\_Marktwirtschaft/Soziale\\_Marktwirtschaft\\_mensch\\_enbild.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/2009/03/Soziale_Marktwirtschaft/Soziale_Marktwirtschaft_mensch_enbild.pdf), zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Krais, Beate (2002): Habitus. Hg. v. Gunter Gebauer. Bielefeld: Transcript-Verl.
- Krauss, Dietrich (2006): Umarmung der Medien und Durck auf kritische Journalisten. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). In: Netzwerk Recherche (Hg.): nr-Werkstatt: Dunkelfeld Korruption. Herausforderungen für den Recherche Journalismus, S. 106–123. Online verfügbar unter

- <http://www.netzwerkrecherche.de/files/nr-werkstatt-03-dunkelfeld-korruption.pdf>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Krugman, Paul (2014): *Wealth Over Work*. Online verfügbar unter [http://www.nytimes.com/2014/03/24/opinion/krugman-wealth-over-work.html?\\_r=1](http://www.nytimes.com/2014/03/24/opinion/krugman-wealth-over-work.html?_r=1), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Leif, Thomas; Speth, Rudolf (2006): *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. In: Thomas Leif (Hg.): *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 302–316.
- Leoni, Bruno (1991): *Freedom and the law*. 3. Aufl. Indianapolis, IN: Liberty Fund.
- Lieb, Wolfgang (2014): *Die Manipulation des Monats: Atypische Beschäftigung drängt normale Arbeitsverhältnisse nicht zurück?* Online verfügbar unter <http://www.nachdenkseiten.de/?p=20443>.
- Lilienthal, Volker (2004): *Formierte Öffentlichkeit. Wie die Industrie pogrammprägend wirkt*. In: Ulrich Müller (Hg.): *Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen*. Hamburg: VSA-Verl., S. 111–120.
- Lippmann, Walter (1945): *Die Gesellschaft freier Menschen*. Bern: Francke (Mensch und Gesellschaft, 6).
- Lobbypedia (2014): *Initiative neue soziale Marktwirtschaft*. Online verfügbar unter [https://lobbypedia.de/wiki/Initiative\\_Neue\\_Soziale\\_Marktwirtschaft](https://lobbypedia.de/wiki/Initiative_Neue_Soziale_Marktwirtschaft), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Ludwig von Mises Institute (2009): *Literature Library. Freedom an the Law - Bruno Leoni*. Online verfügbar unter <http://mises.org/document/4322>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Luhmann, Niklas (2009): *Die Realität der Massenmedien*. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Mauss, Marcel (1978): *Gabentausch, Soziologie und Psychologie, Todesvorstellung, Körpertechniken, Begriff der Person*. Ungekürzte Ausg. Frankfurt/M. u.a: Ullstein (Ullstein-Buch, 3491).
- Meier, Christian (2014): *Bertelsmann: Das Geschäft mit Bildung soll Milliardenumsatz bringen*. Online verfügbar unter [http://meedia.de/2014/03/26/bertelsmann-das-geschaefit-mit-bildung-soll-milliardenumsatz-bringen/?utm\\_campaign=NEWSLETTER\\_MITTAG&utm\\_source=newsletter&utm\\_medium=emails](http://meedia.de/2014/03/26/bertelsmann-das-geschaefit-mit-bildung-soll-milliardenumsatz-bringen/?utm_campaign=NEWSLETTER_MITTAG&utm_source=newsletter&utm_medium=emails), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Mirowski, Philip; Plehwe Dieter (2009): *The Road from Mont Pelerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge: Harvard University Press.
- Moebius, Stephan (2011): *Pierre Bourdieu: Zur Kultursoziologie und Kritik der symbolischen Gewalt*. In: Stephan Moebius und Dirk Quadflieg (Hg.): *Kultur. Theorien der Gegenwart*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 55-69.
- Moldenhauer, Benjamin (2010): *Die Einverleibung der Gesellschaft. Der Körper in der Soziologie Pierre Bourdieus*. Köln: PapyRossa-Verl. (PapyRossa-Hochschulschriften, 85).
- Müller-Armack, Alfred (1976): *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*. Kastell.
- Müller, Albrecht (2003): *INSM verbreitert die Öffentlichkeitsarbeit*. Online verfügbar unter <http://www.nachdenkseiten.de/?p=37>.
- Müller, Albrecht (2006): *Machtwahn. Wie eine mittelmäßige Führungselite uns zugrunde richtet*. München.
- Müller, Albrecht (2009): *Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen*. Orig.-Ausg. München: Droemer.
- Müller, Sebastian (2012): *Was ist Soziale Marktwirtschaft? Zum Essay-Wettbewerb der INSM*. Online verfügbar unter <http://www.freitag.de/autoren/sebastianus/was-ist-soziale-marktwirtschaft>.
- Murray, Charles A. (1994): *Losing ground. American social policy, 1950 - 1980*. 2. Aufl. New York: Basic Books.
- NachDenkSeiten (2014): *Warum NachDenkSeiten? Und was bieten NachDenkSeiten?* Online verfügbar unter [http://www.nachdenkseiten.de/?page\\_id=4](http://www.nachdenkseiten.de/?page_id=4), zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Netzwerk Recherche (2005): *Positionspapier zum Verhältnis von PR und Journalismus. PR-Einfluss auf Journalismus muss drastisch zurückgedrängt werden*. Online verfügbar unter [http://www.netzwerk-recherche.de/docs/NR-Positionspapier\\_PR\\_Journalismus.pdf](http://www.netzwerk-recherche.de/docs/NR-Positionspapier_PR_Journalismus.pdf), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Netzwerk Recherche (2006): *Medienkodex*. Online verfügbar unter <http://www.netzwerkrecherche.de/nr-Positionen--Positionen-des-netzwerk-recherche/Medienkodex-des-netzwerk-recherche/>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.



- Netzwerk Recherche (2014): Ziele des Netzwerks Recherche. Online verfügbar unter <http://www.netzwerkrecherche.de/nr-Positionen--Positionen-des-netzwerk-recherche/Ziele-des-netzwerk-recherche/>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Nicoll, Norbert (2008): "Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen". Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006). Marburg: Tectum-Verl.
- Nicoll, Norbert (2009): Neoliberalismus. Hinter- und Abgründe einer politischen Zivilreligion. Münster: Verl.-HausMonsenstein und Vannerdat.
- Nonhoff, Martin (2001): Soziale Marktwirtschaft - ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus. In: Johannes Angermüller und Thomas Höhne (Hg.): Diskursanalyse. Theorien, Methoden, Anwendungen. Hamburg: Argument-Verl. (Argument-Sonderband, 286), S. 193–208.
- Nordmann, Jürgen (2009): Keine Alternative. Neoliberale Positionen in den Printmedien nach dem Finanzcrash. In: Walter Ötsch (Hg.): Der neoliberale Markt-Diskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen. Marburg: Metropolis-Verl., S. 257–276.
- Nuernbergk, Christian (2005a): Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Magisterarbeit, Münster.
- Nuernbergk, Christian (2005b): Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster eingereichten Magisterarbeit. Online verfügbar unter <http://www.nuernbergk.de/pdf/in-sm-ergebnisse.pdf>, zuletzt geprüft am 08.05.2014.
- Öchsner, Thomas (2014): Hartz will sich wieder "nützlich machen". Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-gegen-jugendarbeitslosigkeit-in-der-eu-hartz-will-sich-wieder-nuetzlich-machen-1.1914217>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Orwell, George (1983): 1984. Roman. Hg. v. Kurt Wagneseil. Zürich: Diogenes (Diogenes-Taschenbuch, 21087).
- Peter, Lothar (1999): Das Ärgernis Bourdieus. In: *Das Argument* Jg. 41 (H. 4).
- Peter, Lothar (2004): Pierre Bourdieus Theorie der symbolischen Gewalt. In: Margareta Steinrück (Hg.): Pierre Bourdieu. Politisches Forschen, Denken und Eingreifen. Hamburg: VSA-Verl., S. 48–73.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*: Harvard University Press.
- Plehwe, Dieter; Walpen, Bernhard (2004): Buena Vista Neoliberal? In: Klaus-Gerd Giesen (Hg.): Ideologien in der Weltpolitik. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 49–88.
- Plehwe, Dieter; Walpen, Bernhard; Neunhöffer, Gisela (2006): *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*. New York: Routledge.
- Plickert, Philip (2008): Der Neoliberalismus wird siebzig. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/aus-der-krise-geboren-der-neoliberalismus-wird-siebzig-1683870.html>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Pofalla, Ronald (2008): Arbeit bekämpft Armut. Online verfügbar unter <http://www.presseportal.de/pm/6518/1193953/pofalla-arbeit-bekaempft-armut>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Polanyi, Karl (2009): *The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 13. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 260).
- Popper, Karl R. (2003a): *Der Zauber Platons*. 8. Aufl. Hg. v. Hubert Kiesewetter. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Popper, Karl R. (2003b): *Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen*. 8. Aufl. Hg. v. Hubert Kiesewetter. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Ptak, Ralf (2004b): *Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.
- raisons d'agir (2014). Online verfügbar unter <http://www.homme-moderne.org/raisonsdagir-editions/index.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Ramonet, Ignacio (1995): *La pensée unique. Le Monde diplomatique*. Online verfügbar unter <http://www.monde-diplomatique.fr/1995/01/RAMONET/1144>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Rehmann, Jan (2008): *Einführung in die Ideologietheorie*. 1. Aufl. Hamburg: Argument-Verl.

- Rehmann, Jan (Hg.) (2010): Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte. Dt. Orig.-Ausg. Hamburg: Argument (Das Argument, 307).
- Rodenstock, Randolph (2001): Chancen für alle. Die Neue Soziale Marktwirtschaft. Köln: Deutscher-Instituts Verlag.
- Roth, Jürgen (2014): Der stille Putsch. Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt. 1. Aufl. München: Heyne-Verlag.
- Rousseau, Jean-Jacques (2000): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts. 1. Aufl. Frankfurt am Main u.a: Insel-Verl. (Insel-Taschenbuch, 2606).
- Schlötzer, Christiane (2012): Am Randes des Infarkts. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/griechenland-in-der-krise-am-rande-des-infarkts-1.1518580>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Schmidt, Robert; Woltersdorff, Volker (2008): Symbolische Gewalt. Herrschaftsanalyse nach Pierre Bourdieu. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Schmiechen, Frank (2014): Ein echtes Wunder. Die meisten Deutschen gehen gerne zur Arbeit, sagt eine neue Studie. Online verfügbar unter [http://www.welt.de/print/die\\_welt/debatte/article124014535/Ein-echtes-Wunder.html](http://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article124014535/Ein-echtes-Wunder.html), zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Schnedler, Thomas (2006): Getrennte Welten? . Journalismus und PR in Deutschland. Online verfügbar unter [http://www.mediendisput.de/downloads/Getrennte\\_Welten.pdf](http://www.mediendisput.de/downloads/Getrennte_Welten.pdf), zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Schreiner, Patrick (2014): Andreas Fischer-Lescano: „Diese neoliberale Politik ist unvereinbar mit den Menschenrechten“. Online verfügbar unter <http://www.annotazioni.de/post/1288>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Schröder, Gerhard; Blair, Tony (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Online verfügbar unter <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Schwingel, Markus (1993): Analytik der Kämpfe. Macht und Herrschaft in der Soziologie Bourdieus. Hamburg: Argument-Verl. (Argument-Sonderband, 215).
- Schwingel, Markus (2011): Pierre Bourdieu zur Einführung. 7. Aufl. Hamburg: Junius-Verl.
- Serviceplan Public Opinion (2014). Online verfügbar unter <http://www.serviceplan-publicopinion.de/referenzen/kampagnen.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Sloterdijk, Peter (2009): Die Revolution der gebenden Hand. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-zukunft-des-kapitalismus-8-die-revolution-der-gebenden-hand-1812362.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Sonderegger, Ruth (2009): Wie diszipliniert ist (Ideologie-)Kritik? Zwischen Philosophie, Soziologie und Kunst. In: Rahel Jaeggi (Hg.): Was ist Kritik? 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1885), S. 55–80.
- Speth, Rudolf (2004): Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Hans-Böckler-Stiftung. Online verfügbar unter [http://www.boeckler.de/pdf/fof\\_insm\\_studie\\_09\\_2004.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/fof_insm_studie_09_2004.pdf), zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Speth, Rudolf (2006): Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen. Von „Du bist Deutschland“ bis zur „Stiftung Marktwirtschaft“. Online verfügbar unter [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_arbp\\_127.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_127.pdf).
- Speth, Rudolf (2010): Grenzen der politischen Kommunikation von Unternehmensverbänden. In: Wolfgang Schroeder (Hg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland. Ein Handbuch. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., S. 220–233.
- Spiegel Online (2004): Reformpapier der Union: "Sozial ist, was Arbeit schafft". Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/reformpapier-der-union-sozial-ist-was-arbeit-schafft-a-289563.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Spiegel Online (2009): Jungs Antrittsrede im Parlament: "Sozial ist, was Arbeit schafft". Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/jungs-antrittsrede-im-parlament-sozial-ist-was-arbeit-schafft-a-660712.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Spiegel Online (2013): Rekord-Arbeitslosigkeit: Krise kostete weltweit 34 Millionen Jobs. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/rekord-arbeitslosigkeit-krise-kostete-weltweit-34-millionen-jobs-a-674247.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Stiglitz, Joseph (2008): The End of Neo-liberalism? Online verfügbar unter <http://www.project-syndicate.org/commentary/the-end-of-neo-liberalism->, zuletzt geprüft am 13.05.2014.

- Stockholm Network (2014a): About us. Online verfügbar unter <http://www.stockholm-network.org/About-Us>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Stockholm Network (2014b): Think Tank Details. Online verfügbar unter <http://www.stockholm-network.org/network/details.php>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- Süddeutsche Zeitung (2014): Wirtschaft: Mehr Arbeit. Online verfügbar unter <http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1537341>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Taz (2013): „Wer betrügt, der fliegt“. Die CSU will einen schärferen Kurs gegen vermeintliche Armutszuwanderer aus EU-Staaten beschließen. Ihnen soll der Zugang zum Sozialsystem erschwert werden. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/!130062/>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- The Economist (2000): What is Europe? Online verfügbar unter <http://www.economist.com/node/280547>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.
- The Heritage Foundation (2014): About. Online verfügbar unter <http://www.heritage.org/about>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- The London School of Economics and Political Science (2014): About LSE. Online verfügbar unter <http://www.lse.ac.uk/aboutLSE/aboutHome.aspx>, zuletzt geprüft am 14.05.2014.
- The Mont Pelerin Society (2014a): Statement of Aims. Online verfügbar unter <https://www.montpelerin.org/montpelerin/mpsGoals.html>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- The Mont Pelerin Society (2014b): The Mont Pelerin Society. Online verfügbar unter <https://www.montpelerin.org/montpelerin/home.html>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Wacquant, Loic J. D. (2000): Elend hinter Gittern. Konstanz: UVK, Univ.-Verl. Konstanz (Raisons d'agir, 2).
- Wacquant, Loic J. D. (2007): Tödliche Symbiose. Armut, Ethnizität und der Aufstieg der neoliberalen Strafe. Opladen: Leske + Budrich.
- Wacquant, Loic J. D. (2009): Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen u.a: Budrich.
- Wagenhofer, Erwin (2008): Let's MakeMoney.
- Walpen, Bernhard (2000): Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus. Online verfügbar unter [http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Geschichte\\_Neoliberalismus.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Geschichte_Neoliberalismus.pdf), zuletzt geprüft am 25.04.2013.
- Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. Hamburg: VSA-Verl. (Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie, 1).
- Walpen, Bernhard (2005): Auf dem Pilgerberg oder: Dialektik der Freiheit. Eine kurze Geschichte des Neoliberalismus. Online verfügbar unter <http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/walpen.pdf>, zuletzt geprüft am 25.04.2013.
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. Aufl. Hg. v. Johannes Winkelmann. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1988): Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. [Taschenbuchausg.]. Tübingen: Mohr (Gesammelte Aufsätze / Max Weber).
- Weber, Max (2011): Staatssoziologie. Soziologie der rationalen Staatsanstaalt und der modernen politischen Parteien und Parlamente. 3. Aufl., (Neusatz auf Basis der Ausg. von 1966). Berlin: Duncker & Humblot.
- Wengeler, Martin (2008): Das Merkmeter mit seinem theoretischen Reformoptimum. In: Steffen Pappert (Hg.): Verschlüsseln, Verbergen, Verdecken in öffentlicher und institutioneller Kommunikation. Berlin: Schmidt (Philologische Studien und Quellen, 211), S. 85–110.
- Wünsche, Horst Friedrich (2007): Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft: Eine Bilanz. Online verfügbar unter <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/pdf/orientierungen/orientierungen112.pdf>.
- Zeit Online (1946): F. A. Hayek: „Der Weg zur Knechtschaft“. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/1946/34/f-a-hayek-der-weg-zur-knechtschaft>, zuletzt geprüft am 25.04.2014.
- Zeit Online (1998): Leiden an der Wirklichkeit. Online verfügbar unter [http://www.zeit.de/1998/02/Leiden\\_an\\_der\\_Wirklichkeit](http://www.zeit.de/1998/02/Leiden_an_der_Wirklichkeit), zuletzt geprüft am 24.04.2014.
- Zeit Online (2010): Schäuble stellt Sozialleistungen auf den Prüfstand. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-05/spardebate-haushalt>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.

Zeit Online (2013): Zahl der Suizide in der Finanzkrise weltweit gestiegen. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/wissen/2013-09/suizidrat-finanzkrise-studie>, zuletzt geprüft am 26.04.2014.

Zitzelsberger, Gerd (2010): Erinnerungen an alten Glanz. Die einflussreiche Mont Pèlerin Society galt einst als Denkfabrik des Neoliberalismus. Heute ist ihr Treffpunkt, das "Hotel du Parc", jedoch verwaist. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kapitalismus-in-der-krise-erinnerungen-an-alten-glanz-1.373355>, zuletzt geprüft am 24.04.2014.

## Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Diplomarbeit ohne Hilfe Dritter und ohne Zuhilfenahme anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.

Frankfurt am Main, den 15.05.2014